

Vor dem Thermidor

Revolution und Konterrevolution in Sowjetrussland

**Die Plattform der linken Opposition in der
bolschewistischen Partei**

(Sapronow, Smirnow, Oborin, Kalin usw.)

unterdrückt in Russland und in allen Sektionen der Komintern

**Herausgegeben von den
aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen
Hamburger Oktoberkämpfern**

**Druck und Verlag:
Fritz Erulat, Hummelsbüttel Post Fuhlsbüttel (Hamburg)**

Vor dem Thermidor

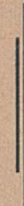
Revolution und Konterrevolution in Sowjetrussland

**Die Plattform der linken Opposition in der
bolschewistischen Partei**

(Sapronow, Smirnow, Oborin, Kalin usw.)

unterdrückt in Russland und in allen Sektionen der Komintern

**Herausgegeben von den
aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen
Hamburger Oktoberkämpfern**



Druck und Verlag:

Fritz Erulat, Hummelsbüttel Post Fuhlsbüttel (Hamburg)

Die Perspektiven der Weltrevolution.

Die Revolution 1917 in Rußland, der Umsturz 1918 in Deutschland und Oesterreich, eine Reihe revolutionärer Bewegungen in der Periode 1919—21 in anderen europäischen Ländern (Ungarn, Italien, England) waren der erste Anprall des revolutionären Proletariats, das erste Aufklodern der Weltrevolution, nach dem „Eintritt der Welt in die Epoche der Kriege und Revolutionen“. Dieses erste Aufklodern der sozialistischen Revolution war mit der Kriess- und Nachkriegskrise der Weltwirtschaft aufs engste verbunden. Es endete siegreich nur in Rußland mit der Aufrichtung der proletarischen Diktatur. In den übrigen europäischen Ländern behielt die Bourgeoisie die Oberhand unter aktiver Mitwirkung der verräterischen Sozialdemokratie, mit der sie seit dem revolutionären Ansturm des Proletariats die Macht „teilte“. Die Koalitionsregierungen waren nur eine kurze Étape in der gegenwärtigen offenen Diktatur der Bourgeoisie. Das zweite schwächere Aufklackern, die revolutionäre Bewegung 1923 in Deutschland, verursacht durch die Ausplünderung Deutschlands durch die Siegerstaaten (Okkupation des Ruhrgebietes usw.), wurde gleichfalls unterdrückt. Es entstand eine zweite Pause, die den Namen „Stabilisierung des Kapitalismus“ erhielt.

Bedeutet diese Pause den Eintritt des Kapitalismus in eine neue, mehr oder weniger dauerhafte Epoche der friedlichen Entwicklung? Selbstverständlich nicht. Das hätte bedeutet, daß die Widersprüche, die ihn zum imperialistischen Krieg und der nachfolgenden Welle der revolutionären Bewegungen geführt hatten, in einem gewissen Umfange gelöst oder abgeschwächt wären. In Wirklichkeit treten alle spezifischen Eigenschaften der imperialistischen Epoche nicht schwächer, sondern stärker hervor. Die Kartelle wachsen, das Bedürfnis nach Außenmärkten wird stärker, die Verarmung der Arbeiterklasse und die Arbeitslosigkeit wachsen mehr als je, die Klassegegensätze verschärfen sich bis aufs Aeüßerste. Die revolutionäre Bewegung der Kolonialvölker wird immer ausgehnter, trotz lokaler und zeitweiliger Niederlagen. Sie untergräbt das System der Ausbeutung der unterdrückten

Völker durch die imperialistischen Mächte, schafft auf jeder ihrer Entwicklungsstufen neue Widersprüche zwischen diesen Mächten und verstärkt in ihrem Inneren die Klassengegensätze. Die kapitalistische Welt ist schon vor dem Weltkriege in die Epoche der Kriege und Revolutionen eingetreten, die nur mit dem Untergang des Kapitalismus, mit dem Triumph der proletarischen Revolutionen enden kann.

Wir können nicht voraussagen, wann dieser Sieg eintreten wird. Die Epoche der Kriege und Revolutionen kann nach Marx und Lenin Jahrzehnte dauern, mit wechselndem Erfolg der Arbeiterklasse (Siege, Niederlagen). Es wäre eine Utopie, anzunehmen, daß das Proletariat, nachdem es in einem Lande den Sieg davon getragen hat, unter allen Umständen bis zum Siege der Weltrevolution im Besitz der Macht bleiben wird. Während der ganzen langen Periode der Kriege und Revolutionen können die Siege der Arbeiterklasse in einzelnen Ländern von Niederlagen abgelöst werden (z. B. die Siege und Niederlagen der sozialistischen Revolution in Bayern und Ungarn). Naiv wäre es auch anzunehmen, daß die ganze Periode der Kriege und der Revolutionen, d. h. viele Jahrzehnte, ein ununterbrochener Krieg und Bürgerkrieg sein wird, ein ununterbrochener bewaffneter Kampf zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Pausen, in denen eine mehr oder weniger „friedliche“ Entwicklung stattfindet, sind unvermeidlich, aber diese „friedlichen“ Perioden haben nicht die geringste Ähnlichkeit mit den friedlichen Perioden vor der Epoche der Kriege und der Revolutionen. Auch in ihnen bleiben die Klassengegensätze äußerst gespannt und können jederzeit wieder im bewaffneten Kampf aufeinanderprallen.

Deshalb ist jeder Streit darüber, ob der Kapitalismus in eine, wenn auch zeitlich begrenzte aber **immerhin bestimmte Periode der friedlichen Existenz und Entwicklung eingetreten ist**, — nichts als leere Scholastik.

Jede Prophezeiung, jede Einstellung darauf, daß die Revolution während einer bestimmten Zeitspanne nicht eintreten wird (wie das die Theoretiker des „Sieges des Sozialismus in einem Lande“ annehmen), ist Quacksalberei in der Theorie und Opportunismus in der Praxis. Einzelne Ausbrüche revolutionärer Kämpfe und einzelne Kriege (Generalstreik in England, Revolution und Krieg in China) spielen sich beinahe ununterbrochen ab und können jederzeit in einen entscheidenden Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat Europas und der ganzen Welt übergehen. **Voraussagen und Prognosen können sich dabei nur auf Monate, nicht auf Jahre erstrecken.** Was wir jetzt erleben, ist nur **eine Pause im bewaffneten Kampf.**

Insbesondere ist die Veränderung der Lage in Europa nach dem Kriege zu berücksichtigen. Infolge des Krieges hat Europa nicht nur seine herrschende, sondern sogar seine selbständige Position in der Weltwirtschaft verloren. Das herrschende kapitalistische Land wurde Amerika. Das Einströmen des amerikanischen Kapitals in Europa bedeutet, daß die europäische Bourgeoisie einen Teil des Mehrwerts, den sie aus ihren Arbeitern und ihren Kolonien herauspreßt, an Amerika abgeben muß. Daraus folgt unvermeidlich eine noch größere Ausbeutung der Arbeiterklasse in Europa einerseits, und andererseits ein noch schärferer Kampf um die Verteilung der Kolonien zwischen den imperialistischen Mächten. Wenn auch die Widersprüche des Kapitalismus sich nach dem Kriege in der ganzen Welt verstärkt haben, so haben sie sich doch am meisten in Europa verschärft.

Das durch den Krieg erschöpfte Europa erreichte erst 8—9 Jahre nach dem Weltkriege die Vorkriegsstufe der Produktion. Aber diese bis zur Friedenshöhe gesteigerte Produktion führt unvergleichlich schärfere Gegensätze zwischen den verschiedenen Gruppen der imperialistischen Mächte und zwischen den verschiedenen Klassen mit sich, als es vor dem Kriege der Fall war. Das zeigt deutlich, daß der Kapitalismus sich erschöpft hat, daß er, wenigstens in seiner alten Heimat, in Europa, die Fähigkeit verloren hat, seine Produktivkräfte zu steigern. Man darf die Sache selbstverständlich nicht so hinstellen, als ob jenseits einer bestimmten Grenze die Entwicklung der Produktivkräfte automatisch zum Stillstand kommt. An einzelnen Teilen der ökonomischen Front kann der Kapitalismus auch jetzt noch gewisse Erfolge erzielen und erzielt sie auch. Die Technik entwickelt sich, die Industrie wird rationalisiert. Aber im großen und ganzen vergrößert sich der Umfang der Produktivkräfte äußerst langsam, und durch die Konflikte zwischen den Klassen und den imperialistischen Kliquen werden sie immer wieder zerstört.

Alles das weist darauf hin, daß Europa von dem Schlage der proletarischen Revolution zuerst getroffen werden wird. Die Revolution in Europa wird unvermeidlich auch der sozialistischen Revolution in den Vereinigten Staaten einen mächtigen Anstoß geben, deren gegenwärtige „Prosperität“ auf der vorläufig noch fortbestehenden Herrschaft der Bourgeoisie in Europa und auf der Unterwerfung dieser Bourgeoisie unter das amerikanische Kapital beruht.

Auf der Grundlage dieser Perspektive muß die Taktik der Komintern sich aufbauen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Kommunisten immer nur die Methoden hervorkehren sollen, die im Moment der

unmittelbar revolutionären Situation anwendbar sind. In der Zwischenzeit müssen sie auch Teilforderungen erheben und in den Vordergrund stellen und insbesondere die Taktik der Einheitsfront anwenden können. Aber man soll keinen Augenblick außer Acht lassen, daß die Grundaufgabe, der alles Andere untergeordnet werden muß, auch in der jetzigen Zwischenperiode nichts anderes ist, als die Vorbereitung des offenen Kampfes des Proletariats um den Sturz der Bourgeoisie, als der nächsten Etappe der Weltgeschichte.

Die allgemeine Entwicklung der Klassenbeziehungen und des Klassenkampfes in der UdSSR.

Die Verzögerung der Weltrevolution versetzte die UdSSR*) in die Notwendigkeit, die Wirtschaft fast ausschließlich auf den inneren Möglichkeiten des eigenen Landes aufzubauen. Bei der enormen Rolle der kleinbäuerlichen Wirtschaft und bei dem enormen quantitativen Uebergewicht der kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten konnte ein Druck auf die Sowjet-Regierung nicht ausbleiben. „Solange es Klassen gibt, ist der Klassenkampf unvermeidlich“ (XI. Parteitag: „Ueber die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften“). Deswegen müssen die Ergebnisse unserer Politik nicht nur vom Standpunkt der Entwicklung der Produktivkräfte, sondern auch vom Standpunkt der Zunahme oder Abnahme der Klassengegensätze bewertet werden. Wir müssen auf das Genaueste beachten, welchen Einfluß die nicht proletarischen Bevölkerungsschichten auf unsere Politik ausgeübt haben. Die Feststellung dieses Einflusses der nicht proletarischen Klassen auf die Politik der Partei und die Feststellung der klassenmäßigen Ergebnisse dieser Politik ist unbedingt notwendig.

Die allgemeinen Resultate der Veränderung der Klassenverhältnisse während der Jahre der Nep sind folgende:

1) Es entstand und entwickelte sich eine neue Bourgeoisie eines vorwiegend parasitären Typus, die besonders in dem Bereich des Handels, der Spekulation, des Wuchers, aber zum Teil auch in der Produktion festen Fuß gefaßt hat.

2) Die Klassenscheidung innerhalb des Bauerntums nimmt in schnellem Tempo zu. Die Dorfarmut betrug nach den Berichten der Bauernkommission des ZK. schon Ende 1925 40—50% der gesamten Bauernschaft. Die Abwanderung des Dorfes nach der Stadt nimmt ständig zu. Die Anzahl der ländlichen Tagelöhner vergrößert

*) Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken.

sich rapid. Ebenso rapid wächst die Macht der Kulaken. Die Kulaken erlangten wesentliche ökonomische Zugeständnisse: Die Anwendung von Lohnarbeit und die Verpachtung von Boden ist zugelassen worden. Diese Zugeständnisse werden immer größer: Die Beschäftigung von Lohnarbeitern, die früher nur für werktätige Bauernwirtschaften zulässig war, ist jetzt auch für Pachtland zugelassen worden. Die Höchstdauer der Pachtverhältnisse, die ursprünglich 3 Jahre nicht überschreiten durfte, ist durch den 3. Sowjetkongreß im Mai 1926 auf 12 Jahre ausgedehnt worden. Der Kulak erhielt Zutritt zu den Kooperativen (Genossenschaften), und seine Bedeutung innerhalb derselben ist so stark, daß er sie teilweise bereits zu beherrschen anfängt. Auch in die Sowjets hat er Zutritt erhalten. Die politische und ökonomische Bedeutung des Kulaken im Dorfe wächst fortlaufend, und sein Einfluß auf die Dorfsowjets und innerhalb der Sowjets nimmt immer mehr zu.

3) Das Steigen der Reallöhne bleibt auffallend hinter dem Steigen der Arbeitsintensität zurück. **Seit Oktober 1925 hat der Lohn sein Wachstum eingestellt** und zeigt sogar eine Tendenz zum Sinken, während die Arbeitsleistung pro Arbeiter in dieser Periode um nicht weniger als 15% gestiegen ist. Gleichzeitig hat sich der Druck der Wirtschaftsorgane auf den Arbeiter kraß verstärkt. Die Rechte der Verwaltung haben sich bedeutend vergrößert. Dieser Umstand führt zu einer immer größeren Zunahme der Unzufriedenheit innerhalb der Arbeiterklasse.

4) Während der Zeit der Nep hat sich die Anzahl der Arbeiter bedeutend vermehrt, seit Anfang des laufenden Jahres trat jedoch ein jäher Umschwung ein, und das Wachstum kam beinahe zum Stillstand. Gleichzeitig schwillt die Arbeitslosigkeit in immer schnellerem Tempo an: schon im Jahre 1926 wird die Zunahme der beschäftigten Arbeiter von der Zunahme der Arbeitslosen überholt. Im laufenden Jahre steigt die Ziffer der Arbeitslosen noch stärker, und die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen im ersten Halbjahr 1926-27 *) beläuft sich auf 385 000, d. h. auf 36%.

Auf diese Weise war die bisher ziemlich rasche Zunahme unserer Wirtschaft überhaupt und der staatlichen Wirtschaft im besonderen (allerdings bei sehr schwacher Verstärkung der sozialen Ungleichheit, einer direkten Zunahme der Klassengegensätze und Klassenscheidung (Stärkung der Bourgeoisie in Stadt und Land) außerhalb der staatlichen Wirtschaft, und innerhalb ihrer von bedeutenden „Interessengegensätzen bezüglich der Arbeitsbedingungen“ zwischen den Arbeitern und den Organen des Sowjet-Staates.

*) 1. 10. 26 — 1. 4. 27 Das Wirtschaftsjahr beginnt am 1. Oktober.

Die Oktoberrevolution schuf außerordentlich wichtige Voraussetzungen für den sozialistischen Aufbau, deren hauptsächlichste die Verstaatlichung der Industrie war. Aber die Politik des ZK. verwertet diese Errungenschaften der Oktoberrevolution in den letzten Jahren immer weniger und weniger. Unter solchen Umständen zu behaupten, daß bei uns auch jetzt noch eine Verdrängung der kapitalistischen Elemente durch die sozialistischen vollzogen würde, daß wir in irgend eine „höhere Phase“ der NEP eingetreten seien, heißt die tatsächliche Sachlage vor der Partei und der Arbeiterschaft verstecken. Wirklicher Erfolg des sozialistischen Aufbaus würde bedeuten: 1) daß die Produktivkräfte auf der Basis der verstaatlichten Industrie schneller wachsen, als es während des kapitalistischen Regimes der Fall war, 2) daß die Lage der Arbeiter — außer unter besonderen Umständen (Krieg, Intervention usw.) — sich fortwährend verbessert, 3) daß die Einteilung der Gesellschaft in Klassen allmählich aufhört und die soziale Ungleichheit sich verringert.

In Wirklichkeit ist dies jedoch durchaus nicht der Fall. Rasch wuchs bisher nur die **Produktion** unserer Staatswirtschaft, die Entwicklung der Produktivkräfte vollzog sich weit langsamer. Der Zustand der Grundlagen des Verkehrswesens und der Zustand der Wohnungsfonds verschlechtert sich immer weiter. Was die Industrie anbelangt, so vollzieht sich die geringfügige Verstärkung ihrer äußerst abgenutzten Ausrüstung vorläufig nur sehr langsam. Die Verbesserung der Lage der Arbeiter ist zum Stillstand gekommen. Die soziale Ungleichheit wächst, sowohl infolge der Klassenscheidung auf dem Dorfe wie auch infolge der Bildung und des Wachstums einer neuen Bourgeoisie. Dabei bleibt der Anteil der Arbeiterklasse an dem Staatseinkommen, der seit der Einführung der Nep bis zum Jahr 1925-26 ununterbrochen stieg, im Jahre 1926-27 im besten Falle auf dem Niveau des Vorjahres stehen.

Der sogenannte „Wiederaufbau“, die Entfaltung der Produktion ohne eine nennenswerte Vergrößerung des Stamminventars hat diese negativen Erscheinungen verschleierte und den Anschein einer schnell fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte erweckt. Es ist darum kein Zufall, daß diese negativen Erscheinungen um so deutlicher zum Vorschein kommen, je mehr dieser „Wiederaufbau“ sich seinem Ende nähert.

Das langsame Wachstum der Produktivkräfte in der staatlichen Wirtschaft, das Anwachsen der Bourgeoisie, die fortschreitende Klassenscheidung auf dem Lande, die immer langsamer wachsende Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, die seit Mitte 1925 zum Stillstand

gekommene Hebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, die mit alledem zusammenhängende Erstarkung der kapitalistischen Elemente in der staatlichen Wirtschaft selbst, die Verschärfung der Klassengegensätze und der sozialen Ungleichheit — all das besagt letzten Endes, **daß die kapitalistischen Elemente bei uns in den letzten Jahren schneller zunehmen, als die sozialistischen.**

Die technische Rückständigkeit unseres Landes und der sich daraus ergebende niedrige Stand der Arbeitsproduktivität ist selbstverständlich ein ungeheures Hindernis auf dem Wege zum sozialistischen Aufbau. Infolge dieser Rückständigkeit ist der Uebergang zu einer wirklich sozialistischen Organisation der Produktion (wobei der Arbeiter aus einer bloßen Arbeitskraft zum Herrn der Produktion wird und der Warencharakter der Produktion verschwindet) ohne die Hilfe technisch vorgeschrittener Länder, ohne die soziale Weltrevolution für uns unmöglich. Damit ist die Weltrevolution für uns nicht nur eine Garantie vor Interventionen, wie das die Stalin-Bucharinsche Theorie des „Sieges des Sozialismus in einem Lande“ behauptet, sie ist auch aufs Engste mit den vitalsten Interessen unseres inneren sozialistischen Aufbaus verknüpft, insbesondere mit der Lage der Arbeiterklasse und des ärmlichsten Teils der Landbevölkerung. Nur im Falle einer Weltrevolution, die uns die Möglichkeit geben wird, den zweifellos höheren Stand der Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität technisch vorgeschrittener Länder für unseren Aufbau auszunutzen, werden wir in der Lage sein, nicht nur „das Fundament der sozialistischen Oekonomie“ (Lenin), sondern auch wahrhaft sozialistische Beziehungen zwischen den Menschen zu schaffen. Es wäre aber völlig verfehlt, daraus zu folgern, daß die Verzögerung der Weltrevolution das Todesurteil für die Diktatur des Proletariats in der UdSSR. bedeutet; es besteht kein Zweifel, daß wir, gestützt auf die Nationalisierung der Industrie, trotz unserer technischen Rückständigkeit **auch im Rahmen des Nep** unsere Wirtschaft in sozialistischem Sinne ausbauen können. Und wenn in den letzten Jahren ein schnelleres Anwachsen der kapitalistischen Elemente im Vergleich mit den sozialistischen zu verzeichnen ist, so liegt der Grund nicht in der objektiven Unmöglichkeit des sozialistischen Aufbaus, sondern in der Politik des ZK. mit ihrem ständigen Nachgeben gegenüber dem Druck des Kleinbürgertums.

Die Industrialisierung.

Die Krise des Jahres 1923, die hauptsächlich durch den fast völligen Mangel an wirtschaftlicher Führung verursacht wurde, hatte in der führenden Gruppe des ZK. eine panische Angst vor der „zu schnellen“ Entwicklung der Industrie erregt. „Es ist vom Standpunkt des sozialistischen Aufbaus falsch“, heißt es in der Resolution der 13. Parteikonferenz, „wenn in die Warenpreise außer den Selbstkosten und einem Mindestgewinn noch die **Kosten einer so raschen Entwicklung der Industrie eingerechnet werden, wie sie von der Hauptmasse der Bevölkerung offensichtlich nicht getragen werden kann.** Die Preispolitik muß sich in Zukunft in weit höherem Grade nach dem wichtigsten, ländlichen Märkte richten und das Tempo der industriellen Entwicklung ist strenger als bisher dem durchschnittlichen Wachstum der Aufnahmefähigkeit des ländlichen Marktes anzupassen“. Praktisch bedeutete das die Einstellung auf ein mäßiges Wachstum der Industrie, auf deren passive Anpassung an die Entwicklung der Landwirtschaft. Bis zum 14. Parteitag, wo im Kampfe mit der „neuen Opposition“ in Worten die Lösung der Industrialisierung ausgegeben wurde, wobei jedoch zugleich eine wilde Hetze gegen die Anhänger der sogenannten „Ueberindustrialisierung“ getrieben wurde, hemmte die Politik des ZK. fortwährend die Entwicklung der Industrie. Die Produktionsprogramme waren stets derart minimal, daß sie bis zum Jahre 1925-26 jedesmal bei der Ausführung überholt wurden. Die elementaren Gesetze des Marktes korrigierten also die Politik des ZK. der WKP.*). Schon hieraus erhellt, daß diese Politik, die von der Angst vor der Kleinbourgeoisie hervorgerufen war und sich ihren Forderungen fügte, nicht nur die Entwicklung der Industrie hemmte, sondern die Entwicklung der Produktivkräfte unserer Wirtschaft überhaupt schädigte. Auch die Politik der sogenannten Preisherabsetzung, die durch die 13. Konferenz aufgestellt worden war, und die bisher ein noch unerschütterliches Dogma darstellt, ist nichts als ein Zugeständnis an die utopischen Forderungen der Kleinbourgeoisie.

Der Grundfehler dieser Politik besteht darin, daß das ZK. die Preise der Industrie auf Selbstkostenpreis plus „Mindestgewinn“ herabzusetzen strebt (in der Praxis stellt sich dieser „Mindestgewinn“ häufig unter Null heraus, sodaß die Preise unter den Selbstkostenpreis sinken!), ohne sich um die Sättigung des Marktes mit Waren oder um die technische Verbesserung der Produktion zu kümmern, die es ermöglichen würde, den Selbstkostenpreis herabzusetzen und somit eine wirkliche systema-

tische Herabsetzung der Preise zu erreichen. Um der „Konsumenten an sich“, das heißt auch um der Bourgeoisie willen, hat das ZK. beschlossen, die Gesetze des Marktes zu durchkreuzen, und das zu der Zeit, als sich mit dem Wachstum der Nep das Wachstum des Marktes entfaltete. In Wirklichkeit gewann durch diese Politik „zum Nutzen aller Klassen“ nur die Bourgeoisie und dabei hauptsächlich die parasitäre Bourgeoisie.

Die Resultate dieser Politik des ZK. sind im Moment folgende:

1) Die sogenannte „Herabsetzung der Preise“.

Die Herabsetzung der **Fabrikpreise**, die nach dem Oktober 1923 begann, dauerte nur bis zum November 1924. In dieser Zeit fielen die Preise um 36 Prozent. Seitdem, d. h. im Verlauf von mehr als zwei Jahren, vollzieht sich keine Senkung der Fabrikpreise mehr, — formell bleiben sie stabil. **In der Wirklichkeit sind sie jedoch im Steigen begriffen**, da unter Beibehaltung der früheren Preise die Qualität der Waren (insbesondere der Manufakturwaren) seit 1926 sich auffällig verschlechtert hat. Die **Großhandelspreise** einschließlich der Aufschläge der staatlichen Großhandelsorgane fangen, nach dem bedeutenden Sinken gegen Ende 23 und Anfang 24, seit dem Juli 1925 langsam aber stetig an zu steigen. Bis 1927 sind sie um 7½% gestiegen (siehe die Bewegung der industriellen Großhandelspreise nach dem Großhandelsindex der Staatsplankommission), wiederum unter einer Verschlechterung der Warenqualität, die die Preissteigerung in Wirklichkeit noch bedeutend vergrößert. Die Kleinhandelspreise dagegen sanken bis Juli 1925 viel langsamer als die Fabriks- und Großhandelspreise. Die größte Senkung erreicht nur 20%, seit dem angegebenen Zeitpunkt aber stiegen sie wieder rasch um ganze 25% und erreichten so zum Januar 1926 wieder das Niveau des Oktobers 1923. Im Hinblick auf die Verschlechterung der Warenqualität haben sie dieses Niveau sogar überschritten. Die letzte Preissenkungs-Kampagne ergab trotz allen administrativen Drucks nur einige wenige (3—5) Prozent Herabsetzung bei weiterer Verschlechterung der Qualität. Also: **Der Konsument erhält gegenwärtig eine verschlechterte Qualität der Ware für beinahe denselben Preis wie im Jahre 1923.** Die Politik der Herabsetzung der Preise führte also in Wirklichkeit zu einer Erhöhung der Preise und zur Verfälschung der Ware.

2) Der Profit der Bourgeoisie und das Wachstum der parasitären Schichten der Bevölkerung.

Das Mißverhältnis zwischen den Kleinhandels- und Fabrikpreisen wächst infolgedessen ständig. Die Aufschläge des Privathandels, die nach den Berechnungen

*) Allrussische, Kommunistische Partei.

des OVWR.*) im Oktober 1923 8% auf den Fabrikpreis betrugen, betrugen im Oktober 1924 nach denselben Berechnungen schon 40%, im Oktober 1925 51%, im Oktober 1926 63% und im Januar 1927 66,5%. Während der letzten Preisabbau-Kampagne verstärkte sich dieser Unterschied noch mehr: Das Sinken der Fabrikpreise war stärker als die unbedeutende Senkung der Kleinhandelspreise. Das führte zweifellos zu einer bedeutenden Akkumulation des privaten Kapitals. Aber gleichzeitig haben sich auf dem Gebiete des Handels enorme Mengen parasitärer Elemente eingenistet. Ein Teil der letzteren wirft sich selbstständig auf den Kleinhandel, die Menge der Kleinhändler über das Maß hinaus vermehrend, das unter dem Standpunkt gesunder Handelsentwicklung als nützlich anzusehen ist; ein anderer Teil unterstützt die bedeutenderen Händler, indem sie in deren Interesse und von ihnen engagiert sich bei den „Schlangen“ vor den staatlichen und Genossenschaftsläden anstellen. Ein ungeheurer Teil des Volksvermögens wird auf diese Umgehung der „niedrigeren“ Preise verschwendet, wird verschwendet auf die Ernährung dieser Parasiten-Heere, die auf Kosten der Arbeiterschaft mit ein paar Metern Kattun pro Tag handeln, in Schlangen anstehen, auf Bestechungsprämien der Agenten der Trusts, des Staats- und Genossenschaftshandels usw. Nicht nur das Privatkapital ist so im Wachsen begriffen (wobei am besten das Spekulant- und Wuchererkapital gedeiht), sondern auch der unproduktiv-parasitäre Konsum.

Die Aufschläge der Kooperativen (Genossenschaften) halten sich nach den offiziellen Angaben etwas unter denen des Privathandels — auf etwa 30—40%. Doch diese geringeren Aufschläge ergeben sich hauptsächlich aus dem Umstand, daß die Kooperativen mit weniger gangbarer Ware handeln, da die gangbarsten Warensorten dem Privathandel zufallen. Auch hier wird, ganz abgesehen von den übermäßigen Profiten der Kooperativen, durch die großen Aufschläge ein enormes Anschwellen des Handelsapparates, d. h. wiederum Unterhaltung unproduktiver Bevölkerungsschichten herbeigeführt. Im allgemeinen haben wir durch diesen Unterschied zwischen den Fabrik- und den Kleinhandelspreisen zu Gunsten des Privathändlers und zu Gunsten der parasitären Bevölkerungsschichten in dem einen Jahr 1925-26 nicht weniger als eine Milliarde Rubel verloren, und im laufenden Jahre werden wir wahrscheinlich noch mehr verlieren. Im ganzen aber, d. h. von 1923 bis zum Anfang des laufenden Jahres, belaufen sich die Verluste auf eine Summe über 2 Milliarden Rubel. Wenn diese Riesensumme für den sozialistischen Aufbau verwertet wor-

*) Oberster Volkswirtschaftsrat. — Russische Abkürzung: WSNX.

den wäre, im besonderen für die Neuausrüstung der Industrie, so hätten wir eine wirkliche Preissenkung und eine Erniedrigung der Selbstkosten der industriellen Produktion.

3) Die Entwicklung der Industrie und die Neuanlagen.

Die Entwicklung der Industrie ist sogar vom Standpunkt der Vergrößerung der Produktion unzulänglich, da sie offensichtlich den schon seit drei Jahren bestehenden Warenhunger nicht befriedigen kann. Mit Bezug auf den Industrieplan für 1926-27 erkennt sogar der OVWR. an, daß „der Warenhunger noch nicht befriedigt werden“ wird. Die Berechnungen der Kontrollziffern der Staatsplankommission ergeben sogar eine Verschärfung des Warenhungers.

Noch schlimmer steht es um die Vervollkommenung der industriellen Technik, um ihre Neuausrüstung und grundlegende Remontierung. Jetzt kann man als erwiesen betrachten, daß in einer Reihe der wichtigsten Industriezweige (z. B. in der Metallindustrie) gleichzeitig mit der Erweiterung der Produktion **die Verschlechterung der maschinellen Ausrüstung vor sich gegangen ist.** (Dabei steht es am schlimmsten um die technische Unfallverhütung, was zu einem ständigen Anwachsen der Unglücksfälle in den Betrieben führt.) Von diesem Standpunkt aus ist auch der Umfang der Neuanlagen an Grundkapital, der für das kommende Jahr vorgesehen ist, vollständig ungenügend. Dieser Umstand wurde auch offen anerkannt durch beinahe sämtliche Sprecher in der Plenartagung des ZK. vom Februar, und teilweise hat auch unsere Presse darüber berichtet. Diese Unzulänglichkeit der Neuanlagen an Grundkapital ist eine der wichtigsten Ursachen des Wachstums der Selbstkosten der Industrieproduktion im Jahre 1925-26, das auch in diesem Jahre noch andauert. Dieses Anwachsen der Selbstkosten zeigt mit voller Klarheit, daß die vom ZK. betriebene Politik nichts gemein hat mit der Politik eines wirklichen Preisabbaus. Bei dem Anwachsen der Selbstkosten ist jede Politik des Preisabbaus selbstverständlich unmöglich.

4) Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Schließlich ist das Tempo des Anwachsens unserer Industrie vollständig ungenügend, um den Zuwachs von Arbeitskräften unterzubringen. Bereits im vorigen Jahre haben wir trotz einer Vergrößerung der Arbeiterzahl in der dem OVWR. unterstellten Industrie um 380 000 einen Zuwachs der Arbeitslosen um 150 000 zu verzeichnen. In diesem Jahre, wo nur eine Vergrößerung der Arbeiterzahl um 136 000 vorgesehen war, hat die Arbeitslosigkeit eine ungeheure Zunahme erfahren, indem sie allein im ersten Halbjahr 2½ mal mehr angewachsen ist, als in dem ge-

samten Vorjahre. Bei solcher Sachlage führt die sogenannte „Rationalisierung“ der Industrie zur Entlassung der Arbeiter. Diese Rationalisierung ist nur ein Surrogat für den technischen Fortschritt, da sie vornehmlich auf der zunehmenden Intensität der Arbeit, ohne jede bedeutende technische Verbesserung beruht. **Das unzureichende Tempo der Industrialisierung läßt die Interessen der Produktionsverbesserung und die Interessen der Arbeiterfeindlich gegeneinander prallen.**

Die Politik des ZK. auf dem Gebiete der Industrie ist dermaßen von kleinbürgerlichen Abweichungen durchtränkt, daß sie sogar die elementare Aufgabe der staatsnotwendigen Entwicklung der Produktivkräfte nicht zu lösen vermag, geschweige denn die Aufgabe des sozialistischen Aufbaus.

Die richtige Politik der Industrialisierung sollte dagegen in folgendem bestehen:

1. Die Industrie kann und soll sich nicht passiv den Bedürfnissen der Landwirtschaft anpassen. Sie soll zum bestimmenden Faktor der ganzen Volkswirtschaft werden, der ihre Technik revolutioniert, sowohl im ganzen, wie auch im besonderen in der Landwirtschaft. Indem sie einen Absatzmarkt für landwirtschaftliche Rohstoffe eröffnet, muß sie die Entwicklung der industriellen Nutzpflanzen und die Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft fördern. (Errichtung von Werken für Halbfabrikate, Elektrifizierung usw.). Auf diese Weise würde sie einerseits die Abwanderung der Arbeiter aus den Dörfern eindämmen und andererseits die Aufnahme des Zustroms der Arbeitskräfte durch die Entwicklung der industriellen Produktion sicherstellen.

2. Die weitere Entwicklung der Industrie soll sich nicht auf die Ausnützung der alten Einrichtung und auf eine Erhöhung der Arbeitsintensität stützen, sondern auf eine technische Rekonstruktion.

Die Mittel zu einer solchen Entwicklung müssen und können durch die Aenderung der Preispolitik gewonnen werden. Man kann den Markt beherrschen und regulieren, „indem man von der tatsächlichen Lage des Marktes ausgeht und seinen Gesetzen Rechnung trägt“ (Resolution der Dezemberkonferenz 1921). Man muß die erfolg- und hoffnungslosen Versuche, die Preise durch administrative Verordnungen herabzusetzen, aufgeben und zu einer elastischen Preispolitik übergehen, die den Zustand des Marktes sowohl im ganzen wie auch in jeder speziellen Warengruppe berücksichtigt. Der Preisabbau der Industriewaren muß sich aus dem Sinken ihres Wertes und einer genügenden Versorgung des Marktes ergeben, nicht aber aus einer künstlichen Herabminderung des für die Entwicklung der Industrie notwendigen Gewinnes und der Löhne. Bei

Warenmangel und beim Anwachsen der Selbstkosten ist die Politik des Abbaus der Fabrikpreise und der „Mindestgewinne“ tatsächlich eine Politik der hohen und wachsenden Preise, führt zu Riesenprofiten für das parasitäre Privatkapital und muß entschieden verworfen werden. Die richtige Regulierung des Marktes und der Preise besteht nicht darin, daß man fiktiv die Fabrikpreise auf Kosten des Gewinnes herabsetzt, sondern darin, daß man die Gewinne für die Rekonstruktion unserer Industrie ausnutzt und damit in der Tat die Politik des Abbaus der Industriepreise durchführt und wirklich billige Waren in für die Sättigung des Marktes ausreichender Menge schafft.

Gleichzeitig ist es notwendig, die Mittel für die Entwicklung der Industrie auf Kosten der Ausgaben für den administrativen Apparat zu erhöhen; die Abgaben der Kulaken und Nep-Leute zu verstärken (bei Senkung der Steuern für die Dorfarmen); tatsächlich das Regime der Oekonomie in den Fabriken und Werken unter **aktiver Beteiligung der Arbeitermassen**, nicht auf Kosten des Arbeiters sondern durch Reduzierung der unproduktiven Ausgaben, durchzuführen. Selbstverständlich können diese Maßnahmen nur unter der Bedingung der Durchführung der Arbeiterdemokratie verwirklicht werden.

Arbeitsfragen.

1) Die Produktivität der Arbeit und der Arbeitslohn.

In der Periode der Diskussion des Jahres 1923, unter dem Eindruck der damals ausgebrochenen Streiks hat das ZK., um die Sympathien der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, in den Resolutionen der 13. Konferenz und des 13. Parteitages den „Kurs auf die Erhöhung der Löhne entsprechend der Hebung der Industrie und der Produktivität der Arbeit“ aufgenommen und verstärkt. Dieser Entschluß, der in offensichtlichem Widerspruch stand zu der Hauptlinie der ökonomischen Politik — d. h. zu dem mäßigen Wachstum der Industrie und zu der Preispolitik des ZK. —, blieb jedoch auf dem Papier.

Da die Industrie durch diese Politik zur Herabsetzung der Selbstkosten gezwungen war, so bewegte sie sich auf der Linie des geringsten Widerstandes, des Drucks auf den Arbeiter: Seit dem Herbst 1924 wurde, gleichzeitig mit der Entfaltung der Kampagne „Das Gesicht dem Dorfe zu“, mit größter Energie und Druck auf die Arbeiterklasse eine Kampagne für die Hebung der Produktivität (tatsächlich der Intensität) der Arbeit durchgeführt, wobei der Arbeitslohn nicht nur nicht entsprechend erhöht, sondern sogar etwas herabgemindert wurde. **Die Politik der „niedrigen“ Preise, die hauptsächlich zum Profit für die Spekulan-**

ten führte, hat sich nicht nur auf das Tempo der industriellen Entwicklung, sondern auch auf die Lage der Arbeiter schädlich ausgewirkt.

Der „Kurs auf die Erhöhung der Löhne entsprechend der Hebung der Industrie und der Produktivität der Arbeit“ wurde über Bord geworfen, sobald die Opposition unterdrückt worden war.

Zum Zwecke der Hebung der Arbeitsproduktivität wurde ein maßloses Schacherwesen, eine systematische Heraufsetzung der Arbeitsnormen bei gleichzeitiger Herabsetzung der Akkordsätze, eingeführt. Diese Aenderungen der Leistungs- und der Preisnormen wurden durchgängig so durchgeführt, daß der Arbeitslohn durch sie stark vermindert wurde. Das mußte unvermeidlich zu Konflikten zwischen den Arbeitern und dem Sowjetstaat und zur Untergrabung der Staatsautorität führen.

Die erste Kampagne zur „Hebung der Produktivität der Arbeit“ wurde durch eine Streik-Epidemie beendet, die im Januar 1925 einsetzte und schon im Verlaufe des Frühlings einen Massencharakter annahm. Unter ihrem Druck wurde im Frühjahr 1925 ein „neuer Kurs“ proklamiert. Der Arbeitslohn stieg bis zum August ungefähr um 25 %, ohne jedoch die Vorkriegshöhe zu erreichen. Aber mit diesem Moment hörte das Wachsen des Reallohnes auf und gegenwärtig steht er sogar unter dem Niveau des Herbstes 1925. Trotz des Stillstandes im Wachsen des Lohnes geht der Druck auf die Intensität der Arbeit weiter. Die Normierungstätigkeit läuft darauf hinaus, die maximale Leistung für die kräftigsten Arbeiter festzustellen und sie als Norm für die Allgemeinheit aufzustellen. Die Brackierung (Ausmusterung) wird immer mehr gesteigert, während die Akkordsätze nicht erhöht oder sogar herabgesetzt werden. Das Ergebnis ist, daß bei einem Arbeitslohn, der sogar bei sehr optimistischer Berechnung den Vorkriegslohn nicht übersteigt, bei einer Ausrüstung, die unter der der Vorkriegszeit steht, die Arbeitsleistung pro Arbeiter die der Vorkriegszeit bedeutend übersteigt und vielfach geradezu auf das doppelte und noch darüber hinaus steigt. Das führt zu einem direkten körperlichen Verfall der Arbeiter und zu einem Anwachsen der Invalidität.

Vom Oktober 1924 bis zum Oktober 1926 hat sich, in völligem Widerspruch zu der Resolution der 13. Konferenz, die Arbeitsleistung um 47,5 % pro Arbeiter gehoben, indes der Tageslohn nur um 26 % und der Monatslohn um 15 % gestiegen ist. Nun aber wird durch die letzte Bestimmung des ZK. der WKP. über die Rationalisierung der Industrie **diese Resolution offiziell annulliert:**

„In denjenigen Betrieben,“ lautet diese Bestimmung, „wo organisatorische und technische Verbesserungen der Produktion durchgeführt werden, **sind die**

Arbeitsnormen und die Akkordsätze entsprechend dem Ergebnis der organisatorischen und technischen Verbesserungen zu überprüfen; diese Ueberprüfung darf jedoch nicht dazu führen, daß der vor der Einführung der technischen und organisatorischen Verbesserungen gezahlte Tageslohn herabgesetzt wird, sondern muß im Gegenteil ein weiteres Anwachsen des Arbeitslohnes **bei erhöhter Arbeitsintensität ermöglichen.**“

Hier wird offen festgelegt, daß der Arbeiter einen größeren Lohn nur für eine größere Arbeitsmenge erhalten kann. Was aber die Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums betrifft, die sich aus der Entwicklung der Technik ergibt, so steht sie, nach der Meinung des ZK. der WKP., in keiner Beziehung zum Arbeiter und er darf keinen Teil dieser Zunahme für sich in Anspruch nehmen. Das ZK. behauptet in Worten durch den Mund der Theoretiker der Bucharinschen Schule, daß die Arbeitskraft schon aufgehört habe eine Ware zu sein, aber in der Tat errichtet es ein Lohnsystem nach rein kapitalistischen Prinzipien.

Die Ausgabe von 40 %igem Wotka hat der Arbeiterklasse den größten Schaden zugefügt. Geringe Löhne und große Arbeitsleistung schaffen besonders günstige Bedingungen für den Alkoholismus. Die Arbeitsversäumnisse haben auffallend zugenommen. Der Arbeiter muß nicht nur die „Trinkersteuer“ zahlen unter Schädigung seiner anderen Bedürfnisse, vergiftet sich nicht nur mit Alkohol, sondern verliert auch infolge der Arbeitsversäumnisse einen Teil seines Verdienstes. Besonders schädlich hat sich die Ausgabe des Wotka auf die Arbeiterjugend ausgewirkt. Die Erhöhung der Staatseinnahmen geht auf Kosten der Gesundheit und des Lohnes der Arbeiterschaft vor sich.

Der Tiefstand des Lohnes gestattet dem Arbeiter nicht, seine Wohnungsverhältnisse einigermaßen erträglich zu gestalten. Dies ist eine der Hauptursachen der Wohnungskrise und der systematischen Verkleinerung der Wohnfläche pro Werktätigen, die von Jahr zu Jahr fortschreitet. Der Bau und die Instandhaltung von Häusern (besonders für die Arbeiter) bringt Verluste. Man versucht eine Besserung der Lage zu schaffen, indem man einerseits den Wohnungsbau auf Staatskosten (in einem im Verhältnis zum Bedürfnis verschwindend geringen Ausmaß) unterstützt, andererseits die Wohnungsmiete steigert ohne gleichzeitig die Löhne zu erhöhen. (Hier müssen wir darauf hinweisen, daß der Index für den Konsum der Arbeiter die Wohnungs-Miete nicht mit erfaßt, die im ständigen Wachsen begriffen ist). Die Wohnungsmiete ist daher zu hoch im Verhältnis zum Lohn des Arbeiters und wird so für ihn zu einer schweren Bürde; an-

dererseits ist die Miete noch zu niedrig im Verhältnis zu den für die Instandhaltung notwendigen Ausgaben, und der Arbeiter wird dadurch gezwungen, in Höhlen zu wohnen. Dem Arbeiter geht es hier, wie in vielen Fällen: Er erhält für „billigen“ Preis eine unbrauchbare Ware.

2) Das Sparsamkeitsregime und die Verhältnisse innerhalb der Fabrik.

Das „Sparsamkeitsregime“ hat sich ebenfalls in eine Bedrückung des Arbeiters verkehrt: Man entzieht den Arbeitern die Straßenbahngelder, man verkürzt die Ausgaben für Krippen und für andere kulturelle Bedürfnisse. Zur Bekämpfung der Arbeitsversäumnisse, die in großem Ausmaße durch die Einführung des Wotka verursacht worden sind, hält man es für gut, ein Strafsystem anzuwenden, das für die geringste Verspätung die Entlassung des Arbeiters vorsieht. Die Versicherungskassen beschränken die Anzahl der zu bezahlenden Krankentage und verweigern die Zahlung, weil der Kranke angeblich die ärztlichen Vorschriften nicht befolge oder schlagen dem arbeitsunfähig gewordenen vor, zu „leichter“ Arbeit überzugehen. „Diese Art des Sparsamkeitsregimes hat in Moskau epidemischen Charakter angenommen. Man kann sich leicht vorstellen, wie in dieser Hinsicht in den Provinzial-Kassen gearbeitet wird.“ („Trud“ 15. 3. 27 „Ersparnisse an den Versicherten.“) Eine andere Art des Sparsamkeitsregimes besteht in der Verkürzung der Ausgaben für die Technik der Unfallverhütung. Bei Mangel an Mitteln für die Installations-Arbeiten werden die Ausgaben für den Arbeiterschutz in erster Linie vermindert. „Die Anzahl der Unfälle in den Betrieben wächst. Es wurden z. B. in den Moskauer Werken und Fabriken im Jahre 1927 2775 Unfälle, 1926 bereits 6111 Unfälle registriert. Nach den Angaben des Statistischen Zentralamts kommen im ersten Quartal des Jahres 1925 auf 100 000 Arbeitstage 22 Unfälle mit Verlust der Arbeitsfähigkeit, im zweiten Quartal 24, im dritten 29, im vierten 33 usw.“ („Trud“, 8. 3. 27. „Die Anzahl der Unfälle wächst“.)

Trotz der Arbeitslosigkeit wird das System der Ueberstunden in großem Ausmaße angewendet (das Volkskommissariat für Arbeit verweigert sehr selten seine Zustimmung), ebenso das System der „zeitweiligen“ Einstellungen. Diese zeitweilig eingestellten Arbeiter sind in bezug auf Kündigung und Abgangsentschädigung schlechter gestellt als die ständigen Arbeiter (die letzteren haben zweiwöchentliche Kündigung und Abgangsentschädigung, die ersteren dagegen ein- bis dreitägige Kündigung und entsprechende Abgangsentschädigung). Tatsächlich unterscheiden sich die zeitweiligen Arbeiter von den anderen durchweg nur dadurch, daß sie nach Ablauf der Frist auf

einige Tage entlassen und dann wieder „zeitweilig“ eingestellt werden. Dieser Mißbrauch führt zu der sogen. „Flüssigkeit“ der Arbeitskraft: nach den Angaben des Volkskommissariats für Arbeit vollzieht sich der volle Kreislauf durchschnittlich innerhalb von 10 Monaten, d. h. die Zahl der Neueinstellungen in einem Jahr übersteigt die Zahl der Arbeiter. Die qualifizierten Arbeiter werden durch unqualifizierte verdrängt und der Arbeitslohn herabgedrückt. Anstatt diese Mißstände zu bekämpfen, verlängern der Rat der Volkskommissare und das Zentral-exekutivkomitee der UdSSR. die Maximalfrist für die Einstellung der zeitweiligen Arbeiter von einem auf zwei Monate, was noch bessere Grundlagen für die Mißbräuche schafft.

Auf dem Gebiete der inneren Ordnung der Fabriken und Werke nimmt die unbegrenzte Macht der Administration (Betriebsleitung) immer mehr überhand, ihr steht das ausschließliche Entlassungsrecht für Verfehlungen der Arbeiter zu, gegen das eine Berufung nicht möglich ist. Die Einstellung der Arbeiter wird ebenfalls durch die Administration vollzogen, und die Funktion der Betriebsräte beschränkt sich auf die Registrierung der Eingestellten. Das führt zu Bestechungen der Meister seitens der Arbeiter; zwischen Meister und Arbeiter bilden sich daher wieder die Beziehungen des vorrevolutionären Typus heraus.

Anstatt einer allmählichen Heranziehung der Arbeiter zur Leitung der Betriebe, verstärkt sich die Macht der Administration und der mechanischen Disziplin. Die Hinweise der Produktionsberatungen und der Arbeiter auf die zuweilen katastrophalen Fehler der Produktion werden außer Acht gelassen oder noch schlimmer für Krakehlsucht erklärt. Als guter Meister gilt dagegen der, der in keinen guten Beziehungen zur Gewerkschaft steht. (Kalinin.) Die Bestimmung der Akkordsätze liegt ganz und gar in den Händen der Meister. **Die inneren Zustände in der Fabrik nähern sich immer mehr den vorrevolutionären Zuständen.**

3) Die Gewerkschaften und die Arbeiterdemokratie.

Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften innerhalb der von der neuen Oekonomischen Politik geschaffenen Verhältnisse sind mit erschöpfender Klarheit auf dem X. und XI. Parteitag formuliert worden. „Die hauptsächlichste Arbeitsmethode der Gewerkschaften ist nicht die Methode des Zwanges, sondern die Methode der Ueberzeugung“, sagt Punkt 6 der Resolution des X. Parteitages: „Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften.“ „Die Methoden der Arbeiterdemokratie, die während der drei Jahre des grausamsten Bürgerkrieges stark beschränkt waren, müssen zuerst und weitgehendst

in der Gewerkschaftsbewegung wieder hergestellt werden. Vor allem muß innerhalb der Gewerkschaften die Wählbarkeit aller Funktionäre wieder hergestellt werden. Die Methode der Ernennung von Gewerkschaftsorganen muß abgeschafft werden.

Die Gewerkschaft soll auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. Gleichzeitig damit ist in den genannten Organisationen ein äußerst energischer und planmäßiger Kampf gegen die Ausartung des Zentralismus, Militarismus und der militärischen Formen der Arbeit in Bürokratismus und Fiskalismus ganz besonders notwendig.“

Ergänzend stellt der XI. Parteitag fest, daß die Umstellung der Staatsbetriebe auf kaufmännische Grundlage „unvermeidlich zwischen den Arbeitermassen und den Direktoren, den Verwaltern der Staatsunternehmungen und den Behörden eine gewisse Interessengegensätzlichkeit in den Arbeitsfragen erzeugt“, und folgert hieraus: „Innerhalb der sozialisierten Staatsunternehmungen (ganz zu schweigen von den Konzessionsbetrieben und Privatunternehmungen) ist es unbedingt die Pflicht der Gewerkschaften, die Interessen der Werktätigen zu vertreten“ (Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften, Punkt 3).

Derselbe Parteitag erklärte die Anwendung des Streiks innerhalb der Staatsunternehmungen für zulässig, allerdings mit folgender Einschränkung: „Die Anwendung der Kampfmethode des Streiks in einem proletarischen Staat kann ausschließlich durch bürokratische Korruption und andere Ueberbleibsel der kapitalistischen Vergangenheit in seinen Einrichtungen erklärt und gerechtfertigt werden“ (daselbst Punkt 4). Diese Beschlüsse, die mit voller Deutlichkeit die Rolle der Gewerkschaften innerhalb des Systems der proletarischen Diktatur bestimmen, sind heute längst vergessen.

Partei und Gewerkschaften nehmen alle Maßnahmen der Wirtschaftler blindlings in Schutz, anstatt gegen die bürokratischen Mißbräuche der Wirtschaftsorgane anzukämpfen und werden so faktisch zu deren Agenten. Diese völlige Entartung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionen läßt die Arbeiter ohne Schutz und diskreditiert so diese Organisationen in den Augen der Arbeiterschaft wie es Gen. Tomski in seiner Rede auf dem XIV. Parteitag feststellte. Eine gleichgültige, zuweilen sogar feindselige Einstellung der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften ist als Massenerscheinung festzustellen. Die Arbeiterversammlungen werden ungern besucht, öfters nur unter dem Druck administrativen Zwanges (Sperrung der Tore usw.). Das Interesse an den Produktionsberatungen flaut ab. Die Arbeiter verabreden sich außerhalb der Gewerkschaftsorganisationen, die vorgeschriebene Leistungsnorm nicht zu überschreiten.

Im Falle von Konflikten zwischen den Wirtschaftlern und den Arbeitern haben die letzteren keine Möglichkeit den Streik anzuwenden, auch wenn bereits alle anderen Maßnahmen erschöpft sind. Noch mehr: In der Resolution des XIV. Parteitages über die Arbeit der Gewerkschaften wird es als notwendig befunden, das den Gewerkschaften zustehende Recht der Anrufung der staatlichen Schiedsgerichte auch der anderen Seite, d. h. den Wirtschaftsorganen zuzuerkennen. Auf diese Weise kann das wirtschaftliche Organ, das früher durch die Gewerkschaft bei jedem Konflikt genötigt werden konnte, sich dem Spruch des Schiedsgerichts zu unterwerfen, heute die Angelegenheit unabhängig von den Gewerkschaften vor das Schiedsgericht bringen. Infolgedessen werden gewöhnlich während der Streiks illegale Streikkomitees gewählt. Es sind auch schon Ansätze zu illegalen Gewerkschaften vorhanden (z. B. Kassen für Selbsthilfe).

Der Kampf der Arbeiter für die Besserung ihrer Lage, der in der Atmosphäre der wachsenden Widersprüche unvermeidlich ist, **geht an der Partei und an den Gewerkschaften vorbei oder richtet sich sogar gegen sie und wird dadurch in das Bett der konterrevolutionären Organisationen getrieben, die die Wichtigkeit dieser Situation sehr gut verstehen.**

Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Partei haben gleichfalls einen gänzlich verzerrten Charakter angenommen. Trotz der unzähligen Bestimmungen über die „Unzulässigkeit der kleinlichen Bevormundung“, hat die Liquidierung der letzten Reste der innerparteilichen Demokratie nach der Diskussion von 1923 die Gewerkschaftsorgane jeglicher Selbständigkeit beraubt und konzentrierte die unmittelbare Führung der Gewerkschaftsarbeit in den Händen der Parteiorgane. Die Auswahl der Gewerkschaftsangestellten vollzieht sich nach dem Merkmal des „Gehorsams“. Schließlich haben die Parteiorgane anstatt der allgemeinen Führung der Gewerkschaften durch ihre Fraktionen faktisch angefangen, die Gewerkschaften zu ersetzen.

Daraus ergab sich eine ineinandergreifende Kette: Die Partei wird bürokratisiert, — die Gewerkschaften werden bürokratisiert, — beide werden in Hilfsorgane der Wirtschaftsorganisationen verwandelt — es wird eine Einheitsfront der Gewerkschafts- und Wirtschafts-Parteiorgane gegen die parteilose Arbeiterschaft geschaffen, — die parteilosen Arbeiter versuchen ihrerseits eine Einheitsfront gegen alle diese Organisationen zu bilden. **Die Gewerkschaften haben aufgehört, eine Organisation „zum Schutz der Arbeiter gegen ihren Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter“ zu sein (Lenin).** Sie sind nicht mehr die Schule des Kommunismus.

Auf diese Weise bürokratisiert sich auch die Organisation der Gewerkschaften immer mehr. Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften wird zur bloßen Form, und man tritt in die Gewerkschaften ein, um Arbeit zu bekommen oder um bei Arbeitsverkürzung eine gewisse Garantie gegen die Entlassung zu haben. Die Wählbarkeit der Gewerkschaftsorgane ist auch nur formal. Bei den innerhalb der Partei, zwischen der Partei und den Gewerkschaften, und zwischen den Gewerkschaften und der Arbeitermasse bestehenden Beziehungen werden die führenden Mitglieder der gewerkschaftlichen Zelle faktisch einfach ernannt. Die Gewerkschaften leiden an sämtlichen Gebrechen der bürokratischen Organisation, von der Abwesenheit einer eigenen Meinung bei den Mitgliedern bis zur Veruntreuung von Geldern.

Alles in allem gehen wir auf dem Gebiet der Arbeiterdemokratie zurück, während die Aktivität der nicht proletarischen Klassen wächst.

4. Die Arbeitslosigkeit.

Das ungenügende Tempo der Industrialisierung führt zu einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Ihre allgemeine Entwicklung ist folgende:

Zahl der registrierten Arbeitslosen.

	Insgesamt		Industrie-Arb. (qualifizierte u. halbqual.)		Unqual. u. Gelegenheits- Arbeiter *)		Industrie, unqual. u. Ge- legenh.-Arb.		In Betrieben beschäftigte Arbeiter	
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
1.10.25	920	100	142,2	100	485,1	100	698,3	100	2034,5	100
1.10.26	1070	116	182,77	128,5	589,6	121,3	777,3	123,9	2279,2	112
1.12.26	1254	136	206,1	144,9	668,5	137,5	874,5	138,6	2285,5	112
1. 4. 27	1455	158								

*) Ohne Einrechnung der Kopfarbeiter.

Wir sehen, daß die Zahl der Arbeitslosen schneller anwächst als die Zahl der Arbeiter. Dabei wächst am raschesten die Zahl der Arbeitslosen in der Industrie. Das zeigt, daß es sich nicht nur darum handelt, daß das Dorf viele Arbeitslose ausstößt. Das Wesentliche ist, daß unsere Unternehmungen diesen Zustrom der Arbeiter aus den Dörfern ausnützen, indem sie auf jede Weise die qualifizierten Arbeitskräfte durch billigere Arbeiter zu ersetzen suchen, die ihnen aus dem Dorfe zuströmen. Nur dadurch läßt es sich erklären, wieso die Anzahl der arbeitslosen qualifizierten Arbeiter, bei der zwar geringen aber doch immerhin vorhandenen Zunahme der Arbeiter, schneller zunimmt, als die der unqualifizierten.

Seit dem Beginn des laufenden Wirtschaftsjahres hat sich die Arbeitslosigkeit stark gesteigert. Dieses An-

wachsen steht in direktem Zusammenhang mit der Tatsache, daß sich die Zunahme der in der Industrie beschäftigten Arbeiter in diesem Jahre stark vermindert hat. Schon der Industrieplan des OVWR. sah nur eine Vergrößerung der Arbeiterzahl um 136 000 vor. Dabei wurde jedoch die „Rationalisierung“ nicht in Betracht gezogen. In Wirklichkeit aber hat sich die Anzahl der Industriearbeiter während des ersten Halbjahres nur um 61 000 vermehrt, im April aber entstand eine Verminderung um 38 000.

Unter diesen Umständen entstand für die Wirtschaftler ein Dilemma: Entweder mußten sie von der „Rationalisierung“ Abstand nehmen oder sie mußten die Arbeiter entlassen. Zu dem letzteren konnten sie sich nicht entschließen. Die Frage wurde so akut, daß sich sämtliche Debatten über den Industrieplan auf dem Februarplenium auf die Frage der „Abstoßung“ der Arbeiter konzentrierten. Anstatt diesen Industrieplan als mangelhaft zurückzuweisen und seine Umarbeitung vorzuschlagen, hat das ZK. einfach angeordnet, die Arbeiter zu entlassen. In den Bestimmungen über die Rationalisierung der Produktion wird gesagt: „In den Fällen, wo ein gegebenes Unternehmen bei der Verbesserung seiner Produktionstechnik und Organisation nicht gleichzeitig erweitert werden kann, oder wenn die vorhandene Anzahl der Arbeiter den Bedarf des Unternehmens übersteigt, ist es notwendig, das Unternehmen von dem Ueberschuß der Arbeitskräfte zu befreien.“

Gleichzeitig erhielten das Handelskommissariat und das Kommissariat des Innern die Weisung, ein Gesetz auszuarbeiten über „Die Einführung des Vertragssystems“ und über „Die Benutzung der Werkwohnungen innerhalb einer bestimmten Frist, nach deren Ablauf die Wohnungen von den Arbeitern geräumt werden müssen“, und über „Die völlige Befreiung der Fabriks- und Werksräume von allen im Betrieb nicht arbeitenden Personen“. Außerdem hat es das ZK. für notwendig erachtet, die Arbeitsversäumnis ohne triftigen Grund auf drei Tage im Monat zu beschränken.

Auf diese Weise denkt das ZK. angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit nur daran, wie man den Betrieb von den überzähligen Arbeitskräften befreien kann: Es wird der Administration befohlen, die Arbeiter zu entlassen, indem die erwähnten drei Versäumnistage ohne „triftigen Grund“ als hinreichender Entlassungsgrund angesehen werden. Was aber mit diesen „freigestellten“ Arbeitern geschehen soll, diese Frage beantwortet das ZK. nicht. Es beschränkt sich lediglich auf die Phrase, daß „in dem Plan der industriellen Entwicklung eine derartige Erweiterung der Produktion vorzusehen sei, daß die Ge-

samtzahl der Arbeiter nicht vermindert, sondern vermehrt werden muß“. Aber es handelt sich doch nicht nur darum, daß sich die Anzahl der Arbeiter nicht verringere, es handelt sich vielmehr darum, daß die Zunahme der freien Arbeitshände in rascherem Tempo vor sich geht, als die Zunahme der Arbeiter in der Industrie. Und wenn das ZK. nur die Vermehrung der Arbeiterzahl fordert, ohne auszusprechen, wie groß diese Vermehrung sein soll, damit die Arbeitslosigkeit sich verringert, so erkennt es dadurch an, daß es mit seiner Politik das Arbeitslosenproblem nicht lösen kann.

Als Palliativmaßnahme erkennt das ZK. den infolge der Rationalisierung entlassenen Arbeitslosen nur eine Erhöhung der Unterstützung bis zu 1½—3 Monatsgehältern zu. Es verlautet kein Wort über die Einschränkung der bei uns geleisteten Ueberstunden, die die Arbeitslosigkeit wirklich eindämmen könnte. Es verlautet kein Wort von der Verbesserung der Hilfe für die Arbeitslosen, obgleich die Arbeitslosigkeit bei uns jetzt geradezu katastrophalen Charakter annimmt. Im Gegenteil, der Rat der Volkskommissare der UdSSR. gibt neue Regeln der Arbeitslosenregistrierung heraus, die es ermöglichen, den Arbeitslosen die Registrierung an der Börse*) und die Unterstützung zu entziehen: wenn sie ohne triftige Gründe die vorgeschlagene Arbeit ablehnen; wenn sie die ihnen nachgewiesene geeignete, aber nicht in ihrem Fach liegende Arbeit ausschlagen; wenn sie die ihnen nachgewiesene Arbeit in den Arbeitskollektiven oder bei öffentlichen Arbeiten ablehnen, und wenn ledige Arbeiter die Arbeit an einem anderen Orte ablehnen, was sich auch auf diejenigen mit kleiner Familie erstreckt, falls ihnen am Arbeitsort eine Wohnung nachgewiesen wird (Trud Nr. 52, 4. 3. 27).

Die konkreten Maßnahmen gegenüber der enorm anwachsenden Arbeitslosigkeit beschränken sich also darauf, die Werke von „überflüssigen“ Arbeitern zu befreien, die Registrierung der Arbeitslosen an der Arbeitsbörse zu beschränken und die Ausgaben für die Arbeitslosen einzuschränken.

Folgerungen.

Diese Sachlage birgt die größte Gefahr — und zwar die Gefahr des Bruches zwischen den Arbeitern und dem Sowjetstaat. Das Anwachsen der anti-sowjetistischen Stimmungen unter den Arbeitern unterliegt keinem Zweifel. Diese Stimmung läßt sich weder mit Agitation noch mit Repressalien überwinden. Die Arbeitermasse kann sich nur in dem Falle als nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch herrschende Klasse empfinden, wenn ihre materielle Lage sich verbessert, wenn ihre Teil-

*) In Russland üblicher Ausdruck für Arbeitsnachweis.

nahme an der Lenkung des Staates und der Produktion sich steigert. Darum darf man in der proletarischen Diktatur keines Falls die Frage der Besserung der Lage der Arbeiter hintansetzen und die sogenannten „Zunft“-Interessen der Arbeiterklasse wegwerfend behandeln. Der gebildete und unter menschenwürdigen Verhältnissen lebende Arbeiter ist ebenso eine Bedingung für die proletarische Diktatur, wie die Entwicklung der Industrie. Läßt man das außer Acht, so führt es dazu, daß der Arbeiter sich in Gegensatz zum Staate stellt, daß er dem kleinbürgerlichen Einfluß stärker anheimfällt und sich zum Aufbau des Sozialismus passiv verhält. Um so weniger ist dieses Verhalten unter den gegenwärtigen Umständen zulässig, wo dank der Politik des ZK. bei den Arbeitern ein Gefühl der Enttäuschung und des Mißtrauens gegenüber der Sowjetmacht entsteht. Es ist der Gipfel bürokratischer Selbstgenügsamkeit, wenn Gen. Stalin auf der V. Konferenz des WLKSM.*) mit Bezug auf die „Rationalisierung“ behauptet, daß „bei uns kein bedeutender Schritt vorwärts getan worden ist, ohne daß einzelne Gruppen der Arbeiterschaft den Interessen der Gesamtarbeiterschaft unseres Landes gewisse Opfer bringen mußten“. „Deswegen denke ich, daß wir vor manchen unwesentlichen Opfern im Interesse der Arbeiterklasse nicht zurückschrecken dürfen.“

Die Vermehrung der Arbeitslosen um 385000 in einem halben Jahr für ein „unbedeutendes Opfer“ zu erklären, solche Tatsachen als normal im Lande der proletarischen Diktatur hinzustellen, das bedeutet eine Trennung von der Arbeiterschaft, das bedeutet die Zumutung, daß der Arbeiter das Opfer nicht um des sozialistischen Aufbaus willen, sondern wegen der Fehler der Politik des ZK. auf sich nimmt, das bedeutet Diskreditierung der proletarischen Diktatur in den Augen der Arbeiterschaft und Untergrabung ihres Fundamentes.

Die kommunistische Partei sollte diese verderbliche Politik entschieden verwerfen. Sie sollte im Gegenteil festen Kurs auf die Stärkung ihrer Verbindung mit der Arbeiterklasse nehmen und auf die Verstärkung ihrer Aktivität, sowohl durch Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage als auch durch tatsächliche Durchführung der Arbeiterdemokratie. Im Einzelnen:

1) Da die Intensität der Arbeit heute bereits das Vorkriegsniveau übersteigt, so erscheint als nächste Aufgabe die Erhöhung des Lohnes bis zu dem Punkt, der den Vorkriegslohn wenigstens um soviel übersteigt, wie die heutige Arbeitsintensität des Arbeiters die Vorkriegsintensität übersteigt. Ferner soll die Zunahme des Lohnes wenigstens mit dem Wachstum der Produktivität

*) Allrussischer Leninistischer Kommunistischer Jugendverband.

(nicht nur der Intensität) Schritt halten, d. h. das zunehmende Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums muß eine stete absolute und relative Besserung der Lage der Arbeiter mit sich führen. Dabei muß man das gänzlich reaktionäre Gerede darüber, daß die Erhöhung des Lohnes nur eine Folge erhöhter Arbeitsproduktivität sein kann, gänzlich verwerfen. Die Erhöhung des Lebensniveaus des Arbeiters ist an und für sich einer der wichtigsten Faktoren der Steigerung der Arbeitsproduktivität und darum soll sie der Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht folgen, sondern ihr ständig vorausgehen.

2) Die weitere Zunahme der Produktivität der Arbeit darf nicht auf die Zunahme der Arbeitsintensität gegründet sein, sondern auf die technischen und organisatorischen Verbesserungen des Produktionsprozesses, bei gleichzeitiger Zunahme der Löhne. Es müssen die Grenznormen der Arbeitsintensität festgestellt und die Akkordsätze so festgesetzt werden, daß der Arbeiter nicht genötigt ist, sich zuschanden zu arbeiten, um einen normalen Lohn zu erreichen.

3) Man muß unverzüglich damit beginnen, die Ausgabe des Wotka, besonders in der Stadt, einzuschränken, in solchem Ausmaß, daß man in zwei Jahren die Ausgabe vollständig unterbindet.

4) Eine ebenso dringende Aufgabe ist die Verbesserung der Wohnbedingungen der Arbeiter. Es muß dem Arbeiter ein Lohn in solcher Höhe zugesichert werden, daß er ohne Vernachlässigung seiner sonstigen Bedürfnisse seine Wohnung in befriedigendem Zustand erhalten kann. Ohne eine solche Erhöhung der Löhne darf eine Erhöhung der Mieten nicht stattfinden. Gleichzeitig muß man die Behörden dazu verpflichten, die Ausgaben für den Wohnungsbau zu verstärken und die Budgetzuweisungen und Kredite für den Wohnungsbau so zu erhöhen, daß die Wohnungskrise innerhalb der nächsten 5 Jahre überwunden wird.

5) Die innere Organisation der Fabrik muß in der Richtung der Demokratisierung verändert werden. Es muß energisch auf bewußte Disziplinierung hingezielt werden, die sich auf eine kameradschaftliche Bindung zwischen den Arbeitern und der Administration, sowohl der höheren als auch der niedrigeren gründet, sowie auf Verstärkung der Teilnahme der Arbeitermassen an der Leitung des Betriebes. Zu diesem Zwecke:

a) Bei der Anstellung der Werkdirektoren und ihrer Hilfskräfte müssen die durch die höheren wirtschaftlichen Organe vorgeschlagenen Kandidaturen in allgemeinen Arbeiterversammlungen oder Facharbeiterversammlungen besprochen werden, aber auch die Arbeiter selbst können eigene Kandidaten aufstellen. Eine endgültige

Einstellung kann nur nach einer solchen Besprechung auf der Grundlage einer Berücksichtigung der Stellungnahme der Arbeiter zu den vorgeschlagenen Kandidaten und auf Grund der Vorschläge der allgemeinen Versammlungen erfolgen.

b) Der Betriebsdirektor muß einen ständigen Kreis von Beratern um sich haben, der sich aus der höheren Administration, dem Vorsitzenden der Produktionsberatung des Betriebes und den auf der allgemeinen Arbeiterversammlung gewählten Arbeitervertretern zusammensetzt. Die Beschlüsse dieser Beratung sind für den Direktor nicht bindend, aber sämtliche grundlegenden Fragen des Betriebes müssen gemeinsam mit den Beratern behandelt werden, so daß die Arbeiterdelegierten über die Betriebsangelegenheiten völlig informiert sind und die Administration die Einstellung der Arbeiter zu den laufenden Maßnahmen erfährt.

c) Anstatt der heutigen Willkür in der Organisation der Produktionsberatungen muß überall die Wählbarkeit dieser Beratungskörper und ihre Unterstellung unter die Kontrolle der Arbeiter durchgeführt werden. Ihre Arbeit muß aufs engste mit der oben erwähnten ständigen Beratungskommission des Betriebsdirektors verbunden sein.

6) Die Gewerkschaftsorgane, vom Betriebskomitee an, müssen unabhängig von der Administration werden und wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten, nicht aber der Administration als Werkzeug zur Durchführung ihrer Maßnahmen dienen. Im besonderen muß sowohl die Einstellung und Entlassung der Arbeiter, als auch die Versetzung der Arbeiter von einer Arbeit zur anderen für längere Zeit als zwei Wochen durch das Betriebskomitee vollzogen werden. Der Administration soll nur das Recht zustehen, gegen die Beschlüsse des Betriebskomitees an alle höheren Gewerkschaftsinstanzen zu appellieren, jedoch ohne Aussetzung der vom Betriebskomitee gefaßten Beschlüsse.

7) Die Organisation der Gewerkschaften muß im Ganzen auf der wirklichen Arbeiterdemokratie fußen. Die vorgesehenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik müssen vorbereitend auf den allgemeinen und Delegierten-Versammlungen behandelt werden und der endgültige Beschluß darf nur auf Grund der Resultate gefaßt werden, die sich bei der Besprechung gerade in den tieferen Arbeiterschichten ergeben haben. Auf dieser Basis muß eine reale Wählbarkeit des gewerkschaftlichen Apparats und seine Kontrolle durch die Masse der Gewerkschaftler durchgeführt werden.

8) Angesichts der bürokratischen Korruption der Wirtschaftsorgane, die in der Atmosphäre der wachsenden

Klassengegensätze wuchert, und zum Zwecke der Verwandlung der Gewerkschaften in wirkliche Schutzorgane der Arbeiterinteressen, sollen die Gewerkschaften tatsächlich die Möglichkeit erhalten, den Streik innerhalb der Konzessionsbetriebe wie in den anderen Privatbetrieben und, als äußerstes Kampfmittel, auch in den staatlichen Betrieben anzuwenden. Bei Konflikten zwischen den Gewerkschaften und den Wirtschaftlern kann der Fall nur mit Zustimmung oder auf Grund der Forderung der gewerkschaftlichen Organisationen an das Schiedsgericht geleitet werden.

9) Die Parteiorganisationen müssen, indem sie die Arbeit der Gewerkschaften mit den Gesamtinteressen des Proletariats in Einklang bringen und indem sie unter diesem Gesichtspunkt ihre Arbeit kontrollieren, den kommunistischen Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften einen genügenden Grad von Selbständigkeit ermöglichen. Die kleinliche Einmischung in ihre Arbeit, die in Wirklichkeit zum Ersatz der Gewerkschafts-Organisationen durch Parteiorganisationen führt, muß entschieden verworfen werden.

Die gewerkschaftlichen Organisationen müssen ihrerseits die parteilosen Arbeiter an ihrer Arbeit teilnehmen lassen, ihr Vertrauen gewinnen und die Methode des organisatorischen Zwanges auf ein Minimum reduzieren.

10) Es ist notwendig, einen entschiedenen Kampf gegen die Umgehung des Arbeitskodex seitens der Wirtschaftsorgane zu führen, einen scharfen Kampf gegen die Umgehung des Gesetzes über den Normalarbeitstag zu führen, die Anwendung der Ueberstunden — ausgenommen in Fällen äußerster Notwendigkeit — zu unterbinden, den Mißbrauch, den man mit der kurzfristigen Einstellung von Arbeitskräften treibt, einzustellen, besonders die Höchstfrist für die zeitweiligen Einstellungen auf zwei Wochen zu beschränken. Die Veränderungen, die in den letzten Jahren in den Arbeitskodex aufgenommen worden sind, und die die Lage des Arbeiters verschlechtern, müssen annulliert werden: z. B. die Verkürzung des Urlaubs bei gesundheitsschädlichen Arbeiten, die Erweiterung der Anwendungssphäre der weiblichen Arbeit, die Einschränkung des Jugendschutzes usw. Das unbezahlte Lehrlingswesen darf nicht zugelassen werden, die Verantwortlichkeit der Betriebe für die Unglücksfälle muß verstärkt und strengste Strafen für die Unterlassung von Sicherheitsmaßnahmen müssen eingeführt werden.

11) Die Veränderungen der diesjährigen Kollektivverträge, die die Lage der Arbeiterschaft im Vergleich zum Vorjahre verschlechterten, sind unzulässig. Man muß die Kollektivverträge so abfassen, daß es den Administrationen der einzelnen Fabriken und Werke nicht mög-

lich ist, sie zu umgehen, und muß die Arbeitsbedingungen noch über die vertraglichen Festlegungen hinaus verbessern.

12) Die Beiträge für die Sozial-Versicherung*) dürfen nicht weiter verkürzt werden und ihre faktische Nichtauszahlung, wie sie bei manchen Wirtschafts-Organisationen üblich geworden ist, muß nachdrücklich bekämpft werden. Es muß ein energischer Kampf gegen die „Ersparnisse an den Versicherten“ geführt werden. Die Mittel der Versicherungskassen dürfen nicht, wie es heutzutage gang und gäbe ist (Fonds G.) für die Bedürfnisse der allgemeinen Volksgesundheit verwandt werden. Das Kur- und Sanatoriumswesen für die Arbeiter muß verbessert werden. Die Institution der sogenannten „Vertrauensärzte“ bei den Versicherungskassen muß abgeschafft werden: Die Aerzte, die das Recht des Arbeiters, auf Grund einer Erkrankung der Arbeit fernzubleiben, feststellen, müssen sowohl von der Betriebsleitung wie von den Versicherungskassen unabhängig sein. Durch die Gewerkschaften muß die Masse der Arbeiter und der Angestellten eine Kontrolle über die zuständigen Versicherungskassen erhalten.

13) Die Arbeiterpension muß vergrößert werden. Ihre Höhe darf nicht auf Grund des letzten Lohnes vor dem Uebergang zum Bezug der sozialen Unterstützung bestimmt werden, sondern auf Grund des der Qualifizierung entsprechenden Lohnes. Der Durchschnitt der Pensionshöhe der Arbeiter und der Angestellten muß auf die gleiche Stufe gebracht werden.

14) Die Arbeitslosenfrage kann im Grunde nur durch die Steigerung der Industrialisierung gelöst werden — d. h. durch die Aenderung der allgemeinen ökonomischen Politik. Jedoch muß der Sowjetstaat trotzdem für die Zunahme der Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Da diese in der letzten Zeit katastrophalen Charakter annimmt, sind folgende Maßnahmen notwendig:

a) Die Bestimmung des Rats der Volkskommissare der UdSSR. vom 4. 3. 27, die es ermöglicht, den Arbeitslosen unter verschiedenen Vorwänden die Registrierung an der Arbeitsbörse und die Unterstützung zu entziehen, muß annulliert werden. Es muß bestimmt werden, daß eine Verschlechterung der Bedingungen für die Arbeitslosen, auf der Börse registriert zu werden, nicht zulässig ist.

b) Es ist eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung anzustreben. Die Unterstützung der Arbeitslosen in der Industrie muß sofort erhöht werden, und eine im Verhältnis zu der allgemeinen Unterstützung höhere Unter-

*) Gemeint sind die Beiträge der Betriebe.

stützung muß denjenigen Arbeitslosen zu Teil werden, die wegen der Verkürzung der Arbeiterzahl aus den Betrieben entlassen worden sind.

c) Im Falle daß die Beiträge für die Sozialversicherung für die Durchführung dieser Maßnahmen nicht genügen sollten, müssen diese Beiträge prozentual entsprechend erhöht werden.

Nur bei festem Kurs auf die Besserung der Lage der Arbeiterklasse, auf die Verstärkung der Aktivität der Arbeiter, wird die Partei und der Sowjetstaat durch die Gewerkschaften eine lebendige Verbindung mit der Arbeitermasse herstellen und dem Drucke der kleinbürgerlichen Elemente widerstehen können. Aber die Durchführung dieser Linie ist nur unter der Bedingung einer wirklichen innerparteilichen Demokratie möglich, ohne welche die Arbeiterbewegung degeneriert und die zur Trennung der Gewerkschaften von der Partei oder der Arbeitermassen von den Gewerkschaften führt.

Die Parteipolitik auf dem Dorf.

Die Grundlinie der Partei auf dem Dorfe ist „die Linie auf die Vernichtung der Klassen, des Kleinproduzenten“.

„Wenn wir diese Haupt- und Grundlinie verloren hätten, so hätten wir aufgehört Sozialisten zu sein und wären unter die Sozialrevolutionäre und Menschewiken geraten, die heutzutage die schlimmsten Feinde des Proletariates sind“ (Lenin, Schlußwort auf der Mai-Konferenz 1921 der RKP. zur Frage der Naturalsteuer). Das heißt, daß unser Kampf gegen den Kulaken keineswegs die Unterstützung der Kleinwirtschaften den Großwirtschaften gegenüber und die Festigung der individuellen Klein- und Mittelwirtschaften bedeutet oder bedeuten kann: **unser Kampf ist ein Kampf gegen die kapitalistischen Formen der Großwirtschaft für die sozialistische Form der Großwirtschaft.** In diesem Kampfe stützen wir uns auf die dem Kulaken feindliche Dorfarmut und stellen durch sie den Kontakt mit den mittleren Bauern her.

Die Lösung dieser Aufgabe, d. h. der Uebergang zum sozialistischen Groß-Ackerbau, bietet enorme Schwierigkeiten. Das politische Bündnis mit der Dorfarmut ist eine Bedingung, ohne die man nicht zur Verwirklichung des Planes kommen kann. Aber das bedeutet nicht, daß diese Vorbedingung allein genügend ist.

Wenn sich die Kleinbauernwirtschaft auf die Warenproduktion einstellt (und wir müssen selbstverständlich diese Einstellung als unsere Aufgabe betrachten), so folgt daraus ein elementares Streben zur Entwicklung auf kapitalistischem Wege. Um diese elementare Tendenz zu überwinden, um die Landwirtschaft zwar nur sehr lang-

sam und allmählich, aber doch in die sozialistischen Formen der Großwirtschaft zu überführen, ist nicht nur die politische Sympathie der unteren Bauernschichten, sondern auch eine aktive wirtschaftliche Politik, eine aktive materielle Hilfe seitens der Staatswirtschaft notwendig. Ohne diese Bedingungen kann die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Dorf nur auf kapitalistischer Linie vor sich gehen, noch mehr, die Versuche gegen die kapitalistischen Elemente auf dem Dorfe anzukämpfen, würden ohne den genügenden materiellen Beistand des Staates nur zum Rückgang der Produktivkräfte und zur Verarmung des Dorfes führen. **Aus diesem Grunde darf man nicht den „Kurs“ auf den Kleinbauern dem „Kurs“ auf den Kulaken gegenüber stellen.** Der Kampf gegen die Kulaken kann nur dann zum Erfolge führen, wenn wir **im politischen Bündnis mit dem Kleinbauern und durch ihn mit dem Mittelbauern den Kurs auf den Aufbau einer sozialistischen Großwirtschaft im Ackerbau nehmen.**

Die Politik des ZK., die, wie wir oben gesehen haben **aus Angst vor der kleinen Dorfbourgeoisie** den Kurs auf eine minimale Akkumulation, den Kurs auf die passive Anpassung der Industrie an die Landwirtschaft genommen hatte, konnte selbstverständlich an die Lösung dieser Aufgabe nicht einmal herangehen. Die Politik des ZK. gegenüber dem Dorf nimmt also eine passive Stellung ein und macht Zugeständnisse an die Kleinbourgeoisie, die sich in Wirklichkeit in Zugeständnisse an die Kulaken verwandeln. In den kurzen Perioden, wo das ZK. unter dem Druck der Opposition von dieser defacto kulakischen Linie abweichen mußte, beschränkten sich seine Maßnahmen auf bloße Liebesgaben an die Dorfarmen (Armutfonds usw.), die genau so wenig mit der sozialistischen Linie gemein hatten, wie das Almosen an einen Bettler.

Es ist durchaus kein Zufall, daß infolge der offensichtlichen kleinbürgerlichen Abweichung der industriellen Politik sich die kulakische Abweichung in der Dorfpolitik verstärkte. Die Kampagne „Das Gesicht dem Dorfe zu“ endete mit dem berühmten Auftreten des Gen. Bucharin vor der XIV. Konferenz: „Unsere Dorfpolitik muß sich in der Richtung entwickeln, daß viele Beschränkungen wegfallen müssen, die das Wachstum der wohlhabenden und der Kulakenwirtschaften hemmen. Es muß den Bauern, muß allen Bauern gesagt werden: Bereichert euch, entwickelt eure Wirtschaft und fürchtet keine Unterdrückung“. („Prawda“ 24. 4. 25). Diese offene Kulakenformulierung — möge das ZK. und auch Bucharin sie verleugnen, soviel sie mögen — offenbart am schlagendsten die Richtung der Dorfpolitik des ZK. **Sie war eine notwendige Folgerung aus den Beschlüssen des XIII. Parteitages.** Wenn die Staatswirtschaft nur minimale Gewinne

erzielen soll, so können die Produktivkräfte der Landwirtschaft sich nur auf Grund der kulakischen Akkumulation entwickeln.

Das Unvermögen des ZK., eine wahrhaft sozialistische Politik auf dem Dorfe durchzuführen, führt dazu, daß die Produktivkräfte des Ackerbaus sich elementar in das kapitalistische Bett drängen. Schon jetzt übersteigt die Anzahl der Lohnarbeiter in den privat-kapitalistischen (Kulaken-, sogen. „produktionskräftigen“, wohlhabenden usw.) Wirtschaften die Anzahl der Arbeiter in den Kollektiv-, Sowjetwirtschaften usw. Die Zunahme dieser kapitalistischen Unternehmungen im Ackerbau überholt schnell die Vermehrung der kollektiven Formen des Ackerbaus. Gleichzeitig bedeutet ein großer Teil dieser pro forma kollektiven Wirtschaften de facto nichts als maskierte Kulakenwirtschaften und deren Vereinigungen. Das Anwachsen der kapitalistischen Elemente zerreißt elementar die formalen Beschränkungen der Agrargesetzgebung (Pacht, gemietete Arbeitskräfte usw.). Diese Gesetzgebung verwandelt sich immer mehr in eine einfache Registrierung der Tatsachen, in eine bloße juristische Formulierung des vor sich gehenden kapitalistischen Prozesses (siehe die Diskussion über das Projekt des Dekrets über die Grundregeln der Bodennutzung und Organisation). Anstatt den sozialistischen Entwicklungsgang aktiv zu unterstützen, setzt sich in der Agrarpolitik der Partei immer mehr und mehr die Tendenz durch, die Hemmungen der kapitalistischen Entwicklung auf dem Dorfe zu beseitigen.

Anstatt auf dem Dorfe eine sozialistische Politik durchzuführen, ist das ZK. nun bestrebt, seine kapitalistische Entwicklung zu maskieren. Die beliebteste Vertuschungsmethode ist der ständige Hinweis auf die Verstaatlichung des Bodens und das Wachsen der Kooperativen als angeblich an und für sich unerschütterliche Grundlagen des Sozialismus auf dem Dorfe. Nirgends zeigt sich der Einfluß der kleinbürgerlichen Ideologie so kraß wie in diesem Bestreben, die realen Kräfte durch die nackten Formen des staatlichen Bodenbesitzes oder der kooperativen Zusammenfassung der Kleinproduzenten zu maskieren, unabhängig von dem Inhalt, der diese Form füllt.

Solange die Produktionsmittel in Privathänden konzentriert sind, bietet die Verstaatlichung des Bodens allein, sogar bei völliger Durchführung, keine Garantie gegen den Kapitalismus. Im Gegenteil kann, wie Lenin seinerzeit bewiesen hat, die Vernichtung des Privatbesitzes am Boden unter bestimmten Bedingungen der **Beschleunigung** der kapitalistischen Entwicklung auf dem Dorfe Vorschub leisten. Die Landwirtschaft auf den sozialistischen Weg führen, die Verstaatlichung des Bo-

dens in diesem Sinne ausnutzen, kann der proletarische Staat nur dann, wenn er ausreichende Fonds für die Schaffung sozialisierter Produktion auf sozialisiertem Boden schafft. Doch dies setzt eine ganz andere Politik der staatlichen Akkumulation voraus, als diejenige, die das ZK. betreibt.

Dasselbe gilt auch für die Kooperativen. Sie können nur dann zu einer Form des sozialistischen Aufbaus werden, wenn das Staatskapital an ihnen beteiligt ist, wenn sie in engster Verbindung mit der Staatswirtschaft stehen. Sonst müssen die Kooperativen der Bauern — wie es im gegenwärtigen Augenblick der Fall ist — ein klägliches Dasein fristen oder sich auf den Kulaken stützen. Es ist daher durchaus kein Zufall, wenn die Leiter der landwirtschaftlichen Kooperativen gleichzeitig die unverblümtesten Verteidiger der Kulakenlinie sind. Unter den gegebenen Arbeitsbedingungen in den Kooperativen ist es unvermeidlich: ohne vom Staate finanziert zu werden, können sie nur noch arbeiten, wenn sie den Kulaken und seine Beiträge zu der Kooperation mithieranziehen.

Die Hilfe des Staates geschieht entweder in der Form der Wohltätigkeit oder, hauptsächlich, in der Form der Anleihe für die Kleinproduzenten, unter gewissen Garantien seitens der kooperativen Vereinigungen der letzteren. Unter diesen Umständen bildet die kooperative Vereinigung nicht den Sitz einer vereinten kollektiv-staatlichen Großwirtschaft, sondern sie wird ein Apparat zur Verteilung der Anleihen und eine Gesellschaft von Garanten für die Erfüllung der bei der Anleihe übernommenen Verpflichtungen gegenüber dem Staate. Die Kooperativen akkreditieren naturgemäß nur ihre „stärksten“ Mitglieder, bei denen eine Sicherheit für die Rückzahlung der Anleihen besteht; die Armen aber werden nur unter dem Druck von oben akkreditiert oder auf Kosten des sogenannten „Armutsfonds“: die Orientierung auf den Kleinproduzenten verwandelt sich bei den besten Absichten unvermeidlich in eine Orientierung auf den Kulaken.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir im letzten Jahre in der Landwirtschaft eine Reihe von Symptomen gesehen haben, die einen Rückschritt feststellen lassen:

1. Die Anbaufläche für industrielle Nutzpflanzen bleibt unverändert oder geht sogar zurück.

2. Die Abwanderung von dem Dorfe nach der Stadt wächst rapid — eine Erscheinung, die unwiderleglich beweist, daß die proletarischen Dorfschichten immer weniger Arbeit in der Landwirtschaft, auch in der Kulakenwirtschaft, finden können.

3. Allem Anschein nach entwickelt sich dies Emporkommen der Dorfbourgeoisie nicht so sehr in der Richtung auf die Entstehung verhältnismäßig großer Wirtschaften

als in der Richtung auf erpresserische Formen der Ausbeutung der Kleinwirtschaften durch Handel, Pacht und Wucher. Wir erhalten so ein Bild, das dem der städtischen Verhältnisse entspricht. **Die wachsende Dorfbourgeoisie erweist sich ebenso wie die städtische als schädlich, nicht nur vom Standpunkt des sozialistischen Aufbaus, sondern auch vom Standpunkt der Entfaltung der Produktivkräfte.**

Die Industriepolitik des ZK. hat dazu geführt, daß die Kulaken zur Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft unentbehrlich wurden. Infolgedessen mußte das ZK. den ökonomischen Zugeständnissen an die Kulaken auch politische Zugeständnisse folgen lassen.

Obleich während der Diskussion 1923 die Hauptbeschuldigung des ZK. gegenüber der Opposition dahin lautete, daß diese durch ihre Forderung der innerparteilichen Demokratie der politischen Demokratie Vorschub leiste, hat das ZK. schon ein halbes Jahr nach dem 13. Parteitag angefangen, die Bauerndemokratie zu fördern. Erschrocken durch den grusinischen Aufstand proklamierte das ZK. die „Belebung“ der Dorfsowjets. Bald darauf, nach der Kampagne gegen Trotzki's „Lehren des Oktober“ und die sogenannte „Unterschätzung des Bauerntums“ vollzieht sich die „Wendung zum Dorf“, gleichzeitig mit der Kampagne für die Hebung der „Produktivität“ der Arbeit in der Stadt. Nachdem das ZK. den Weg „Belebung“ der Sowjets beschritten hatte, erweiterten die Organe der staatlichen Gesetzgebung die Wahlrechte der Kulaken und der „wohlhabenden Bauern“ in solchem Grade, daß sogar der Anhänger des ZK., Genosse Karpinski, ihr Verfahren als eine „unaufhaltsame Evolution in der Richtung der bürgerlichen Demokratie“ charakterisieren mußte, „die bei der Zusicherung gewisser Rechte an einzelne Bevölkerungsschichten gemäß dem Bodenkodex anfängt und bis zur Gewährung von Rechten an die gesamte sich entwickelnde Bourgeoisie fortschreitet“ („Bolschewik“ Nr. 13, 1926, Seite 39). Die skandalösen Resultate der Neuwahl 1925/26 und die scharfe Kritik seitens der Opposition zwangen das ZK. zur Zurücknahme dieser Bestimmungen. Aber schon auf der Plenarsitzung des ZK. im Februar, sobald die vorläufigen Resultate der Neuwahlen bekannt wurden, die auf Grund der Widerrufung der erweiterten Wahlinstruktionen verliefen, erklärten sämtliche Zetkisten, daß wir eine zu starke Schwenkung nach links vorgenommen hätten, daß die „Einschränkung“ der Kulakenrechte (die nur in einer — nicht einmal völligen — Annullierung der Erweiterung ihrer Rechte bestand) den Mittelbauer in Mitleidenschaft zöge und den Impuls zur Verbesserung seiner Wirtschaft lähme. Das zeigt klar, daß die Linie die alte geblieben ist.

So enthüllt sich die Liquidierung der innerparteilichen Demokratie im Jahre 1923 und die darauffolgende Liquidierung der Arbeiterdemokratie als bloßes Vorspiel für die Entwicklung einer Bauern- und Kulakendemokratie. Die Politik des ZK. fesselt nicht nur die proletarische Aktivität, sondern entfesselt auch die Aktivität der nicht proletarischen Klassen.

Gleichzeitig vertuscht das ZK. auf jede Weise den wirklichen Sinn seiner Politik. Für den Kulaken werden alle möglichen Pseudonyme erfunden, wie „der wohlhabende Bauer“, „der produktionskräftige Mittelbauer“ usw. Die Zulassung der Bodenverpachtung und der Verwendung fremder Arbeitskräfte auf dem Lande werden nicht als Zugeständnisse an den Kulaken angesehen, sondern als Zugeständnisse an den Mittelbauern und den Dorfarmen (Bucharin). Es werden geradezu leidenschaftlich tendenziöse Aufstellungen gemacht, wobei die Zahl der Kulaken herabgedrückt und an ihrer Stelle die Zahl der „Mittelbauern“ heraufgesetzt wird. Diese Maskierung des Prozesses der Klassenbildung im Dorfe und des wahren Sinnes solcher Maßnahmen, wie der Zulassung der Landverpachtung und der Einstellung von gedungenen Arbeitern sowie der Verlängerung der Pachtfrist schwächt und vernichtet teilweise die Arbeit für die Organisation des Klassenkampfes der Kleinbauern und Tagelöhner gegen den wohlhabenden und Kulakenteil des Dorfes. **Anstatt des Kurses auf die Vernichtung der Klassen hält das ZK. in Wirklichkeit den Kurs auf die „Versöhnung der Klassen“,** der die Aktivität der Dorfarmut in dem Kampf gegen das Kulakentum unterbindet.

Im Gegensatz zu dieser wesentlich kulakischen Linie und zur Vertuschung der Klassengegensätze muß die proletarische Politik auf dem Dorfe die Organisation der sozialistischen Großwirtschaft einerseits und die Organisation des Klassenkampfes der Armen und der Tagelöhner gegen ihre Ausbeutung durch die Kulaken andererseits als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Zu diesem Zwecke ist es notwendig:

1. reale Schritte zu unternehmen zur Organisation von großen Staatswirtschaften mit einer vorgeschrittenen Produktionstechnik, mit der für den Landesteil günstigsten Kombination von verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft mit Betrieben zur Verarbeitung der von der Landwirtschaft produzierten Rohstoffe (Meiereien, Zuckerfabriken, Flachsspinnereien usw.). Solche Wirtschaften müssen auf das engste mit der Dorfarmut verbunden sein. Sie müssen die notwendigen Wirtschaftsprodukte vornehmlich bei den Kleinbauern einkaufen, diese als Arbeitskräfte verwenden, ihnen auch direkte Hilfe zukommen lassen durch Gewährung von Vorschüssen, Krediten usw.

Diese Maßnahmen, die die ökonomische Bedeutung des Kulaken untergraben würden, müssen die Kleinbauernwirtschaft mit der Staatswirtschaft verbinden. Trotzdem diese Aufgabe sehr schwierig ist, muß sie doch gestellt und nachdrücklich und systematisch durchgeführt werden, da ohne ihre Lösung der Erfolg der sozialistischen Politik auf dem Dorfe nicht möglich ist;

2. muß man die Organisation der Kollektivwirtschaften verstärken bei unbedingter Beteiligung des Staatskapitals, dem genügender Einfluß gesichert werden muß. Solche Wirtschaften müssen wiederum nach Möglichkeit vorgeschrittene Methoden der Wirtschaftsführung, kombiniert mit industriellen Hilfsunternehmungen, einführen.

3. muß auf denselben staatlich-kooperativen Prinzipien auch das landwirtschaftliche Kreditwesen aufgebaut werden. Der Staat darf sich nicht auf die Rolle des Kreditgebers für untergeordnete Kreditgenossenschaften beschränken. Er soll zum Teilhaber dieser Gesellschaften werden, so daß ihre Arbeiten unter ständiger Kontrolle und Leitung des Staates stehen. Diese Genossenschaften, an denen nur die Klein- und Mittelbauern teilnehmen können, müssen das Kreditwesen organisieren, damit die ärmeren Dorfschichten von der Abhängigkeit von den Kulaken befreit werden. Besonderer Nachdruck muß auf die Organisation des Kredits in Naturalform (Getreide in schlechten Erntejahren, Saatgut usw.) gelegt werden. Dieser Kredit darf selbstverständlich nicht in einfache Wohltätigkeit ausarten. Indem sie die klein- und mittelbäuerlichen Schichten in dem Kampf gegen das Kulakentum vereinigen, müssen diese Organisationen gleichzeitig durch eine Reihe genau durchdachter Maßnahmen ihre Mitglieder auf den Uebergang zur staatlich-kollektivistischen Wirtschaftsorganisation vorbereiten. Insbesondere sollen sie durch Kreditgewährung die Organisationen derjenigen Unternehmungen (der Mühlen, Graupenmühlen usw.) unterstützen, die nicht Einzelwirtschaften sind, sondern den Kooperativen gehören.

4. Die entsprechende Organisation muß auch in den landwirtschaftlichen Kooperativen, gleichfalls unter ausschließlicher Teilnahme der Klein- und Mittelbauern und gleichfalls unter Teilnahme und unter Kontrolle des Staatskapitals, durchgeführt werden. Auch die landwirtschaftlichen Kooperativen müssen, indem sie ihre Mitglieder auf der Basis der Kauf- und Verkaufsoperationen organisieren, ihre Arbeit unter dem Gesichtspunkt des allmählichen Uebergangs zur kollektiven Wirtschaftsführung in der oben erwähnten Art betreiben.

5. Es muß tatsächlich ein staatlicher Getreidefond, nicht nur zur Regulierung des Konsumentenmarktes, sondern auch als Versicherungsfond für die Klein- und Mittelbauern im Falle von Naturkatastrophen, errichtet werden.

6. Man muß von der Heranziehung der kulakischen Elemente zu den Kooperativen entschieden Abstand nehmen. Die Ausnutzung der kulakischen Mittel in Form des Kredits soll durch die Entwicklung des Sparkassennetzes, durch die auf den Kleinbauern eingestellten Staatsanleihen geschehen, darf aber keinesfalls zur Kulakisierung der Kooperativen führen.

7. An Hand der Verbesserung des Systems und der Technik der Steuereinzahlung auf dem Dorfe, soll allmählich die Besteuerung der kulakischen Oberschicht vergrößert werden. Die unteren Dorfschichten — nicht weniger als 50 % der gesamten Wirtschaften — müssen sofort von der Landwirtschaftssteuer befreit werden. Der Verkauf des notwendigen landwirtschaftlichen und häuslichen Inventars bei Rückständigkeit in der Schuldentilgung muß verboten werden.

8. Solange tatsächlich eine Klassenscheidung auf dem Dorfe besteht und solange sie andauert (und sie kann nur allmählich durch Verstärkung der sozialistischen Elemente in der Landwirtschaft auf Grund der oben dargelegten Maßnahmen überwunden werden), kann und darf die Partei nicht den Grad dieser Scheidung vertuschen. Im Gegenteil, ihre direkte Aufgabe ist die Organisation des ökonomischen und politischen Kampfes der Tagelöhner und der Kleinbauern gegen die Dorfbourgeoisie unter Unterstützung des Staates. Zu diesem Zwecke soll ein System der Gesetzgebung zum Schutze der Arbeit auf dem Lande ausgearbeitet werden gegen die erpresserischen Formen der Ausbeutung („Pachtung“ des kleinbäuerlichen Bodens durch den Kulaken, Anstellung des Kulaken durch den Dorfarmen zur Bestellung seines Landes mit Pferd und Inventar usw.). Auf Grund dieser Gesetzgebung müssen die Partei und die Gewerkschaften ihre Arbeit an der Organisation der Kleinbauern und Tagelöhner so umfassend wie möglich gestalten. Insbesondere muß man den, jetzt faktisch annullierten Zwang zu dem Abschluß und der Registrierung der Arbeitsverträge bei den Dorfsowjets, unter Teilnahme der Gewerkschaften, wiederherstellen und die Kontrolle über die Einhaltung der Verträge seitens der Arbeitgeber durch die lokalen Sowjets festlegen.

Es versteht sich von selbst, daß die angeführten Maßnahmen, die eine bedeutende Vermehrung der vom Staat für die Landwirtschaft aufgewendeten Mittel erfordern, nur dann durchgeführt werden können, wenn die Linie der minimalen Akkumulation für die staatliche Wirtschaft aufgegeben und der Kurs auf die tatsächliche Industrialisierung des Landes genommen wird.

Der Sowjetstaat.

In der sozialistischen Revolution ist die Aufgabe des Proletariats dem Staate gegenüber nach der Marxschen Formulierung folgende: „Alle Umwälzungen haben diese Maschine vervollkommenet, statt sie zu zerbrechen“. — „Diese Folgerung“, betont Lenin in „Staat und Revolution“, „ist das Hauptsächlichste und Grundlegende in Marx' Lehre vom Staate“.

„Die Kommune mußte gleich von vornherein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht die fertige Staatsmaschine einfach für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann, sondern, um nicht ihrer eigenen, eben errungenen Herrschaft wieder verlustig zu gehen, alle die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen muß“. (Vorrede Engels zum „Bürgerkrieg“.)

Damit hat das Proletariat die Oktoberrevolution begonnen. Es vernichtete die alten Ministerien und die Apparate der „Semstvos“ und der Städte, ersetzte sie durch Sowjets, ersetzte die Zarenarmee durch die rote Arbeitergarde und später durch die rote Armee der Werktätigen, schuf für den Schutz der Revolution die W. Tsch. K.*) Nur durch die Zerstörung der alten Institutionen konnte das Proletariat nach seinem Siege dem Ansturm der Konterrevolution widerstehen.

Der Staat ist eine bürgerliche Institution und wird es nach der Lehre von Marx und Lenin sogar in der ersten Periode des Kommunismus bleiben. „Es ergibt sich also, daß während der Periode des Kommunismus für eine gewisse Zeit nicht nur das bürgerliche Recht bestehen bleibt, sondern sogar auch der bürgerliche Staat — ohne Bourgeoisie“ (Lenin, Staat und Revolution, Kap. 5, Abs. 4). Daraus folgt erstens: „Die Befreiung der geknechteten Klasse ist ohne Beseitigung jenes staatlichen Machtapparates, den die herrschende Klasse geschaffen hat, nicht möglich“ (daselbst Kap. 1, Abs. 1); ferner: anstatt dieses Apparates benötigt das Proletariat „nur den absterbenden Staat, d. h. einen Staat, der unverzüglich beginnen muß, abzusterben, und nicht umhin kann, abzusterben“. Das Proletariat wird unvermeidlich gezwungen werden (Beispiel: die Pariser Kommune), manche der schlimmsten Auswüchse des Staates nach Möglichkeit zu beseitigen, bis die neue Generation, die in der neuen Gesellschaftsordnung aufwächst, imstande sein wird, sich vom Gerümpel jeder staatlichen Institution freizumachen (Vorwort von Engels zum „Bürgerkrieg“). Der Staat muß so organisiert sein, daß seine Organe, indem sie der Lahmlegung der Aus-

beuter dienen, sich nicht aus „Dienern der Gesellschaft“ in „Herren über die Gesellschaft“ verwandeln, wie es den Organen aller Staaten gemeinhin eigentümlich ist. Dieser Staat kann nicht ein „Staat der Beamten“, sondern nur der „Staat der bewaffneten Arbeiter“ sein (Lenin, „Staat und Revolution“, Kap. 5, Abs. 4). Eine Garantie gegen die Verwandlung der im Staatsapparat arbeitenden Arbeiter und Angestellten in Bürokraten ist nur gegeben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind: 1. sie müssen nicht nur wählbar, sondern auch jederzeit absetzbar sein, 2. ihre Bezahlung darf die des Arbeiters nicht übersteigen, 3. man muß unverzüglich dazu übergehen, daß alle die Funktionen der Kontrolle und Aufsicht ausüben, damit alle eine Zeit lang „Bürokraten“ werden und somit keiner wirklich zum Bürokraten werden kann (daselbst Kap. 6, Abs. 2).

Damit ist die grundlegende Einstellung des Kommunisten zum Staate gegeben. Das Parteiprogramm, das auf dem VIII. Parteitag angenommen wurde, stellt fest: „Ungeügendes Kulturniveau der breiten Massen, Mangel an notwendiger Erfahrung im Regieren bei den Personen, die von der Masse zur Bekleidung der verantwortlichen Posten gewählt werden, die Notwendigkeit der schnellen Heranziehung von Fachleuten der alten Schule bei schwierigen Angelegenheiten und die Abwanderung der entwickelten Schicht der städtischen Arbeiter zur militärischen Arbeit führte zur teilweisen Wiedergeburt des Bürokratismus innerhalb der Sowjetordnung“. Derselbe Parteitag empfahl „zur völligen Ueberwindung dieses Uebels folgende Maßnahmen:

1. Obligatorische Heranziehung jedes Sowjetmitgliedes zu bestimmter staatlicher Regierungsarbeit,
3. laufende Ablösung dieser Arbeiter und laufende Versetzung, damit sie allmählich alle Regierungszweige kennen lernen,
3. allmähliche Heranziehung der ganzen werktätigen Bevölkerung zur staatlichen Regierungsarbeit“.

In Wirklichkeit wird dieses Programm der allmählichen Annäherung an den Typ des tatsächlichen Kommunistenstaates auch jetzt nach Beendigung des Bürgerkrieges — der ja naturgemäß die besten Kräfte des Proletariats zur Militärarbeit ablenkte — nicht befolgt. Im Gegenteil, gerade seit Abschluß des Bürgerkrieges wächst die Bürokratisierung des Sowjetstaates in erstaunlichem Ausmaß.

Anstelle der Wählbarkeit und der jederzeitigen Absetzbarkeit aller Angestellten des Staatsapparates — worin Engels das Mittel sah, sich „gegen eigene Angestellte und Bevollmächtigte zu schützen“, wird heute der Hauptwert auf möglichst „vorgebildete“ Beamte gelegt. Die Werbe- und Wahl-Versammlungen verwandeln sich aus politisch aktiven in rein formelle, jeglichen

*) Name der „Allrussischen Außerordentlichen Kommission“ (Tscheka), die heute durch die „Staatliche Politische Verwaltung“ (GPU) ersetzt ist.

politischen Sinnes bare Prozeduren, wo die Arbeiter unter der Drohung der „organisatorischen Konsequenzen“ für die von oben aufgestellten Kandidaten stimmen. Oppositionelle Parteimitglieder werden in die Sowjets nicht zugelassen, auch wenn sie Popularität unter den Arbeitern genießen. Faktisch besteht keine Wählbarkeit, sondern eine Auslese unter dem Gesichtspunkt des Gehorsams. Unter diesen Umständen besitzen die Wähler auch nicht mehr das Recht, ihre Delegierten abzurufen. Im Gegenteil wird dieses Recht der Entsetzung vom Amte seitens des Parteiapparates als ein Mittel zur Beseitigung von „Unbotmäßigen“ benutzt. Die Delegierten tragen keine Verantwortung vor den Wählern noch die Vollzugskomitees vor den Sowjets. Sogar die Zeitabstände zwischen den Einberufungen der jeweiligen Parteitage werden immer länger. Die Berichte der Delegierten und der Vollzugskomitees an die Wähler haben den Charakter von Kanzelreden angenommen und stehen über aller Kritik. Der revolutionäre Inhalt der Sowjetinstitutionen wird mehr und mehr verwässert. Die breiten Massen der Arbeiterklasse sind durch die Bürokratie nicht nur von der Leitung des Sowjetstaates abgedrängt worden, sondern haben tatsächlich auch keine Möglichkeit mehr, die durch die Oktoberrevolution gewonnene Arbeiterdemokratie zu genießen. Unter diesen Umständen verhält sich der Arbeiterwähler zu den Wahlen nur formell, wie zu einer lästigen Pflicht. Die Autorität der Sowjets sinkt in den Augen der Arbeitermassen. Die Arbeitermasse weicht den Wahlen aus. Man muß Zwang anwenden, um sie auf den Wahlversammlungen künstlich festzuhalten (Schließung der Tore usw.). Die Heranziehung der Massen zur Staatsarbeit beschränkt sich auf die sogenannten „Beförderungen“. Gewöhnlich äußert sich dieses Beförderungssystem entweder in Bestechungen durch hohe Zahlungen und Privilegien, oder in „Abschiebung“ der dem Parteiapparat in einem Unternehmen mißliebigen Arbeiter an Stellen, wo sie möglichst geringe Fühlung mit den Massen haben.

Infolge dieser Praktiken verwandeln sich die Organe der proletarischen Diktatur in parlamentarische Abstimmungsmechanismen, die a conto der Beamten des „alten Apparates“ (Lenin) anschwellen. Diese Apparate drücken als schwere Last auf die Schultern der Arbeiterklasse, im Gegensatz zu den Organisationen der Pariser Kommune, die das „Rätsel der billigen Regierung“ löste.

Die Bedeutung der riesigen Beamtensarmee wächst fortwährend. Da diese Armee unangreifbar und vor der Arbeiterklasse unverantwortlich ist und die sozialisierten Produktionsmittel ebenso wie die staatlichen Vollzugsorgane ihr unterstehen, so erstarkt diese Armee ökonomisch

und politisch und ist an der Erhaltung und Verstärkung des Bürokratismus interessiert. Sie verwandelt sich immer mehr in eine besondere selbständige soziale Schicht.

Sogar die Tätigkeit der GPU., der Nachfolgerin der W.Tsch.K., die im Kampf gegen die Konterrevolution die ihr zugefallene schwierige und entscheidende Aufgabe glänzend gelöst hat, weicht in dieser allgemeinen Bürokratisierung auch immer mehr von der Linie der Verteidigung der proletarischen Revolution ab. Anstatt gegen die politische und ökonomische Konterrevolution zu kämpfen, beginnt sie sich immer mehr auf den Kampf gegen die berechnete Unzufriedenheit der Arbeiter, die durch die bürokratischen und kleinbürgerlichen Korruptionen hervorgerufen wird, und sogar gegen die innerparteiliche Opposition zu richten.

Eine besonders gefährliche Lage entsteht in der Roten Armee. Obgleich das Parteiprogramm fordert, daß innerhalb der Armee die „klassenmäßige Geschlossenheit“ gefördert werden soll, daß „die militärischen Formationen mit den Fabriken und Werken, mit den Gewerkschaften und den Organisationen der Dorfarmut aufs engste verbunden sein sollen“ u. daß „der Kommandeurstab, in der ersten Zeit wenigstens der untere, aus klassenbewußten Arbeitern und Bauern“ rekrutiert werden soll, so besteht doch in Wirklichkeit der Kommandeurstab weitgehend aus den alten Offizieren und aus kulakischen Bauernelementen. Die Beschränkungen der Teilnahme nicht werktätiger Elemente an der Armee werden nach und nach aufgehoben. In den territorialen Formationen, besonders in den berittenen, herrscht das wohlhabende Bauerntum vor, auf den unteren Kommandoposten hauptsächlich das Kulakentum. Was die kommunistischen Roten Kommandeure anbetrifft, so können sie von der Bürokratisierung der Partei und von der Schwächung ihrer Verbindung mit den Arbeitern nicht unbeeinflusst bleiben. Der Einfluß des Proletariats in der Armee geht zurück. Auf diese Weise droht die Rote Armee sich in ein geeignetes Werkzeug für Abenteuer bonapartistischer Art zu verwandeln.

Um 1920 charakterisierte Lenin den Arbeiterstaat folgendermaßen: „Der Arbeiterstaat ist eine Abstraktion. Doch haben wir in der Tat einen Arbeiterstaat mit der Besonderheit, daß erstens im Lande nicht die Arbeiter sondern die Landbevölkerung überwiegt und zweitens es ein Arbeiterstaat mit bürokratischen Entstellungen ist“ (Lenin, „Krise der Partei“). Und im Jahre 1923 schrieb er: „Unser Staatsapparat, mit Ausnahme des Volkskommissariats für Ernährung, ist im höchsten Grade ein Ueberbleibsel des alten, der nur im minimalsten Ausmaße irgend welche ernstesten Veränderungen erlitten hat. Er weist oben eine leichte Tünche auf, zeigt aber sonst alle

typischen Merkmale unseres alten Apparates“ (Lenin, „Wie sollen wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren?“).

Während der letzten drei Jahre der falschen Politik des ZK. haben sich die negativen Seiten im Apparat mehr und mehr verstärkt, der Einfluß der Kleinbourgeoisie stieg, der Kulak bekam politische Rechte (Zutritt in die Sowjets). Jetzt sind die „bürokratischen Entstellungen“ schon soweit vorgeschritten, daß man in ihnen deutlich die Elemente der kleinbürgerlichen Umwandlung spürt.

„Worin bestand die charakteristische Eigenschaft des bisherigen Staates? Die Gesellschaft hatte zur Besorgung ihrer gemeinsamen Interessen, ursprünglich durch einfache Arbeitsteilung, sich eigene Organe geschaffen. Aber diese Organe, deren Spitze die Staatsgewalt, hatten sich mit der Zeit im Dienst ihrer eigenen Sonderinteressen aus Dienern der Gesellschaft zu Herren über dieselbe verwandelt. Wie dies z. B. nicht bloß in der erblichen Monarchie, sondern ebensogut in der demokratischen Republik zu sehen ist“ (Vorwort von Engels zum „Bürgerkrieg“).

Die Politik des ZK. stößt auch den Sowjetstaat in diese Richtung. Eine Fortsetzung dieser Politik führt zu der Gefahr, daß die Gewalt der proletarischen Diktatur, indem sie sich immer mehr von der Klasse, der sie entstammt, lostrennt, ohne jedoch die Interessen irgendeiner anderen Klasse vollständig auszudrücken, sich in eine über den Klassen stehende und zwischen den Klassen — je nachdem, welche Klasse momentan den stärkeren Druck auf sie ausübt — lavierende Gewalt verwandelt. — Sie droht die Gewalt der proletarischen Diktatur, um mit Engels zu sprechen, in eine Staatsgewalt zu verwandeln, die „als scheinbare Vermittlerin zwischen den beiden kämpfenden Klassen momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält“.

Um dem vorzubeugen muß man:

1. anstatt der amtlichen Losung „Belebung der Sowjets“, die in der Wirklichkeit die Losung der Entfaltung der kleinbürgerlichen Demokratie ist, die Losung der Wiederherstellung der Sowjets aufstellen, als der echten Organe der proletarischen Diktatur, wo den Arbeitern und der Dorfarmut die unbedingte Vorherrschaft gesichert werden muß. Nichtwerkstätige, Bourgeoisie und kulakische Elemente dürfen auf keinen Fall zu den Sowjetwahlen zugelassen werden;
2. die Selbständigkeit der städtischen Sowjets als der wichtigsten Organe der proletarischen Diktatur, besonders in den industriellen Zentren, wiederherstellen.
3. Das Recht der Absetzung ihrer Delegierten durch die Wähler muß wieder hergestellt u. die tatsächliche Mög-

lichkeit dieser Zurückberufung gewährleistet werden. Die Freiheit der Kritik aller Sowjetorgane und ihrer Führer in der Arbeiter- und Parteipresse und auf den Versammlungen muß garantiert werden.

4. Die Sowjets müssen in wirkliche arbeitende Körperschaften verwandelt werden, wo jedem Mitglied an Hand des Arbeitsverteilungsplanes des Sowjets eine Arbeit zugewiesen wird. Diese Arbeiten müssen sich, entsprechend dem Parteiprogramm, periodisch ablösen. Die Wahl von Sowjetwürdenträgern, die den Namen „Sowjetmitglied“ als Ehrentitel erhalten, in die Sowjets muß aufs schärfste bekämpft werden.

5. Der administrative Apparat des Staates muß planmäßig verkürzt werden, so daß in 2 Jahren ungefähr 50 % abgebaut sein müssen. Für die Umgehung des Abbauplanes muß eine kriminelle Strafe festgesetzt werden.

6. Es muß der Kurs darauf genommen werden, die materielle Lage der Staatsbeamten mit der der Arbeiter auszugleichen. Der Lohn der verantwortlichen Arbeiter darf den Arbeitslohn nicht übersteigen. Alle besonderen Privilegien der Angestellten und verantwortlichen Arbeiter müssen abgeschafft werden. Die speziellen „Reservefonds“ für die Privilegien der Bürokratie müssen abgeschafft werden.

7. Die Kriegsfachleute der alten Armee müssen für die Rote Armee weiterhin ausgenutzt werden, es muß aber unbedingt eine Neuauffüllung des Kommandeurstabes ausschließlich aus den werktätigen Elementen, besonders den Arbeitern, erfolgen. Auf keinen Fall dürfen zu den Kommandoposten, auch nicht den untersten, nichtwerktätige Elemente zugelassen werden.

Es ist selbstverständlich, daß die hier vorgeschlagene Wiederaufrichtung der Sowjetdemokratie die proletarische Diktatur nur befestigen kann unter der Führung einer kommunistischen Partei, in der ihrerseits die innere Demokratie wieder hergestellt ist.

Die Partei.

Auf dem Gebiet des innerparteilichen Aufbaus führte die Politik des ZK. nach dem Tode Lenins zu einer ununterbrochenen Bürokratisierung der Partei. Hand in Hand damit vollzog sich eine rasche Entartung der obersten Parteispitzen.

Dieser Prozeß der Entartung der Parteispitzen und der Bürokratisierung des Parteiapparates wurde durch die schweren Bedingungen begünstigt, in die die russische Revolution durch die Verzögerung der Weltrevolution versetzt wurde. Der schwere Bürgerkrieg und die Intervention hatten die Kräfte des Proletariats erschöpft. Seine

besten Elemente waren an der Front. Das proletarische Hinterland wurde immer schwächer. Zu dieser Zeit vollzog sich unter den schweren Bedingungen des Bürgerkrieges eine „Militarisierung der Partei“, eine ungemeine Verschärfung der Methoden der Abkommandierungen und Ernennungen. All das führte bei Beendigung des Bürgerkrieges zu einer starken Anhäufung bürokratischer Elemente innerhalb der Partei.

Das Ende des Bürgerkrieges und der Uebergang zum friedlichen Aufbau ermöglichten und verlangten von der Partei eine Liquidierung dieses Bürokratismus. Zu gleicher Zeit wurde klar, daß der gerade Weg zum Sozialismus, den wir während des Bürgerkrieges zu gehen versuchten, durch die Verzögerung der Weltrevolution für uns ungangbar wurde. Die Bauernschaft, die sich während des Bürgerkrieges mit der Politik des Kriegskommunismus abgefunden hatte, legte sofort nach seiner Beendigung in Form von Bauernaufständen und durch den Kronstädter Aufstand schärfsten Protest gegen diese Politik ein. Die Herrschaft des Proletariats war gefährdet, und so machte es die objektive Lage zur unabweisbaren Forderung, den geraden Weg zum Sozialismus zu verlassen und einen Umweg — den Weg der Nep — zu beschreiten.

Der Uebergang zur Nep bedeutete unvermeidlich die legale Entfaltung kapitalistischer Tendenzen und die Zunahme des ständigen Druckes der nicht proletarischen Klassen auf die Sowjetmacht: „Als wir unsere ökonomische Politik änderten“, schrieb Lenin, „wuchs die Gefahr noch mehr, weil die aus einer ungeheuren Anzahl von alltäglichen wirtschaftlichen Kleinigkeiten, an die man sich gewöhnt und die man nicht bemerkt, bestehende Oekonomie eine besondere Aufmerksamkeit und eine besondere Anstrengung von uns verlangt und uns mit besonderer Dringlichkeit vor die Notwendigkeit stellt, die richtigen Methoden ihrer Anwendung zu ergründen. Die Wiederherstellung des Kapitalismus, **die Erstarkung der Bourgeoisie, die Entwicklung bourgeois Verhältnisse** auf dem Gebiet des Handels — das ist eben die Gefahr die unseren gegenwärtigen ökonomischen Aufbau bedroht, unser gegenwärtiges allmähliches Herantreten an die Lösung von Aufgaben, die bedeutend schwieriger sind, als die vorhergehenden. Hier darf nicht der geringste Irrtum begangen werden“. (Lenin, Rede auf der Moskauer Gouvernementsparteikonferenz 1921.) Die neue ökonomische Politik stellte die Frage „Wer wen?“ nicht in bezug auf einen offenen bewaffneten Kampf, sondern in bezug auf den täglichen Kampf um den sozialistischen Aufbau: **Die Gefahr des konterrevolutionären gewaltsamen Umsturzes wurde abgelöst von der Gefahr einer Entartung der proletarischen Diktatur.** Die Frage war: Ist die Nep ein Umweg zum

Sozialismus oder führt sie gradeswegs zum Kapitalismus, wie das seit ihrer Einführung die in unser Lager geschwenkten Intellektuellen (die „Smenowechowzy“) mit Ustrialow an der Spitze erhofften.

Diese Frage zugunsten des Sieges des Sozialismus zu lösen, war eine Aufgabe, die die größte Aktivität der Arbeiterklasse unter der Führung der Partei erforderte. Die Partei hätte sich aufs engste mit der Arbeiterklasse verbinden, ihren ständigen, unablässigen Kampf gegen den Kapitalismus und gegen die unter dem Druck der kapitalistischen Elemente entstandenen bürokratischen Entstellungen des staatlichen Sowjetapparates organisieren müssen. Eben darum hat der X. Parteitag, der den Uebergang zur Nep als Notwendigkeit anerkannt hat, die grundlegende Aufgabe des Parteaufbaus folgendermaßen formuliert: „Die während der Kriegszeit in einzelne Gruppen zerspaltene Partei muß aufs neue gekittet werden. Oben und unten, militärische und Zivilarbeiter, Gewerkschaftler und Sowjetbeamte, alte und neue Mitglieder der Partei, „Alte“ und „Junge“ müssen näher aneinandergerückt werden. Ohne die Lösung dieser **grundlegenden** Aufgabe kann die proletarische Vorhut ihre gigantische wirtschaftlich aufbauende Funktion nicht erfüllen.“

„Diese Aufgabe,“ heißt es dann weiter, „kann unter den alten organisatorischen Formen nicht erfüllt werden. Die Vorgänge des Tages verlangen eine neue organisatorische Struktur: **ihre Form ist die der Arbeiterdemokratie.** Der Weg zur Arbeiterdemokratie muß mit der gleichen Entschiedenheit und der gleichen Energie eingeschlagen werden wie in der vorigen Periode der Weg zur „Militarisierung der Partei“ (Resolution des X. Parteitages nach der Berichterstattung des ZK. Punkt 15 und 16).

„Unter der innerparteilichen Arbeiterdemokratie,“ heißt es weiter, „wird bei Durchführung einer kommunistischen Parteipolitik eine solche organisatorische Form verstanden, die allen Mitgliedern der Partei, die rückständigsten miteingebunden, eine aktive Teilnahme am Parteileben, an der Beratung aller die Partei beschäftigenden Fragen, an der Lösung dieser Fragen und eine aktive Mitwirkung am parteilichen Aufbau gewährleistet. Die Arbeiterdemokratie schließt das System der Ernennungen aus und findet ihren Ausdruck in einer durchgängigen Wählbarkeit aller sowohl der niederen als auch der höheren Behörden, in ihrer Verantwortlichkeit, in ihrer Kontrollierbarkeit usw. Ihre Arbeitsmethoden sind vor allem die Methoden einer weitgehenden Beratung aller Fragen, ihrer Diskussion bei voller Freiheit innerparteilicher Kritik, die Methoden einer kollektiven Ausarbeitung der allgemeinen Parteibeschlüsse.“

Diese richtig aufgezeigte Linie ist nie befolgt worden. Das Proletariat war damals noch nicht genügend erstarkt, und während Lenins Erkrankung und später nach seinem Tode betrachteten einige Mitglieder des ZK., denen die Führung der Partei in die Hände fiel, diese Führung als ihr Monopol. Im Bestreben dieses Monopol um jeden Preis zu behalten, aber ohne über die hierzu erforderliche Autorität zu verfügen, beschritt dieser sogenannte (später gespaltene) „Leninsche Kern“ nicht den Weg des engen Zusammenschlusses der Partei mit dem Proletariat auf der Grundlage der Arbeiterdemokratie, die allein imstande gewesen wäre, feindlichen Klasseneinflüssen Widerstand entgegenzusetzen und die Frage „Wer wen?“ zu unseren Gunsten zu entscheiden, sondern den Weg zur Kommandierung durch die Partei.

Nicht nur wurde die zeitweilige Abkehr von den demokratischen Methoden der Führung durch die Partei zum regulären Parteiregime erhoben, sondern dieses Regime wurde auch in so ungeheurem Ausmaß gesteigert, wie es selbst die für die Diktatur des Proletariats gefährlichsten Momente nicht gekannt hatten. In offenem Widerspruch zu den Beschlüssen des X. Parteitages wurde ein Regime bis dahin unerhörter Bedrückung eingeführt; eine Verfolgung jeder Kritik an der Tätigkeit des ZK., nicht nur der kollektiven, sondern auch der individuellen, setzte ein, und jede Initiative, soweit sie nicht von der führenden Gruppe des ZK. ausging, wurde unterbunden.

Diese Zustände brachten Ende 1923 die Partei dahin, daß sie von den um diese Zeit ausgebrochenen Arbeiterstreiks völlig überrascht wurde. Infolge dieser Streiks und der wirtschaftlichen Krise machte sich die Unzufriedenheit der Parteimassen in Diskussionen Luft. Der Druck der breiten Parteimassen wurde so stark, daß sich die Parteispitze gezwungen sah, Zugeständnisse zu machen. Aber kaum hatte sie die innerparteiliche Demokratie in Worten verkündet (Resolution vom 5. Dezember), als sie auch schon einen erbitterten Kampf darum begann, ihre Machtpositionen innerhalb der Partei um jeden Preis aufrecht zu erhalten, und dabei vor keinem Mittel, das der Fälschung von Resolutionen der Parteiorganisationen nicht ausgenommen, zurückschreckte. Trotz des Umstandes, daß die Mehrheit der Partei gegen sie war, gelang es der Parteispitze, indem sie sich gegen die Partei auf den Parteiapparat stützte, den Sieg davon zu tragen, den proletarischen Teil der Partei zu unterdrücken und ihn einer kleinbürgerlichen Abweichung zu beschuldigen.

Im Bestreben, den auf der XIII. Parteikonferenz über die Mehrheit der Partei errungenen Sieg zu sichern und einen entsprechenden Parteitag „vorzubereiten“, unternahm die oberste Parteibehörde noch in letzter Stunde

vor dem Parteitag eine Säuberungsaktion innerhalb der Partei. Unter dem Vorwand die Klassenreinheit der Partei wahren zu müssen, entfernte sie aus den Reihen der Partei die wirklich proletarischen oppositionellen Elemente. Nun wurden zwar, um diese Machenschaft zu bemänteln, zum Teil auch wirkliche Schädlinge entfernt; aber die Opportunisten, die „kleinen Lenins von gestern“, die streberischen Elemente, die aus Furcht um ihre Posten immer bereit sind, die herrschende Gruppe zu unterstützen, blieben unbehelligt.

In den Betriebszellen griff man einerseits zum System der Versetzungen in Form von Beförderungen auf höher bezahlte Posten, andererseits zum System der Repressionen in Form von Versetzungen in eine niedere Kategorie oder einfach Entlassungen. Ein Heer von arbeitslosen Oppositionellen wurde geschaffen. In dieser Atmosphäre trat „Windstille“ ein, die „Verschwörung des Schweigens“, die um vieles schlimmer war als vor der Diskussion des Jahres 1923. Eine Selbstmordepidemie setzte ein (Lutowinow, Bosch, Seidler u. a.). Die Unzufriedenheit wurde nach innen gedrängt. Der unter diesen Umständen einberufene XIII. Parteitag nahm einstimmig alle von der führenden Gruppe eingebrachten Resolutionen an, was von dieser Gruppe für einen Sieg des Leninismus und eine Stärkung der Parteieinheit ausgegeben wurde.

Dieser Sieg wurde zur Zeit der sogenannten „literarischen Diskussion“, die sich aus Anlaß der „Lehren des Oktober“ von Trotzki 1924 entspann, weiter befestigt. Der Druck des Parteiapparates und die Repressionsdrohungen waren so stark, daß die ältesten Parteimitglieder sich an den Abstimmungen nicht mehr beteiligten und die Versammlungen verließen. Einige wenige enthielten sich der Stimme, nur einzelne stimmten dagegen und keiner wagte aufzutreten. Die Parteimitglieder lernten als die ersten ihre Gedanken zu verschweigen und sogar gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen. Der verderbliche Einfluß dieser „Diskussion“ auf die Partei war ungeheuerlich. Die Parteimassen wurden in einen Zustand der Demoralisation und Passivität versetzt. Eine Selbstherrschaft des Parteiapparates wurde aufgerichtet.

Die Parteikomitees hörten endgültig auf, Vollstrecker des Willens der Parteimassen zu sein. Im Gegenteil: die Parteimassen wurden ein Werkzeug in den Händen der Komitees. Am klarsten trat dies kurz vor dem Parteitag hervor, als die Konferenzen der zwei größten proletarischen Organisationen — der Moskauer und der Leningrader — **einstimmig** einen Beschluß faßten, und zwar die Leningrader für die Position des Gen. Sinowjew, die Moskauer für die Position des Gen. Stalin.

Zu gleicher Zeit ging auch in den Parteikomitees selbst die Gewalt in die Hände der faktisch von oben ernannten Sekretäre über. Die Parteikomitees zeigten sich praktisch den Sekretären genau so unterstellt, wie die Parteimasse den Komitees.

Dieses Schicksal traf auch das höchste Exekutivorgan der Partei — das ZK. Seit dem Jahre 1923 geht die tatsächliche Führung der Partei allmählich aus den Händen des Polbüros in die Hände des Sekretariats mit dem Generalsekretär Gen. Stalin an der Spitze über. Auf diesem Boden entstanden die Reibungen innerhalb des „Leninschen Kerns“ des Polbüros, die vor dem XIV. Parteitag zum völligen Bruch und zur Bildung der „neuen Opposition“ führten.

Die Mehrheit des Polbüros, in dessen Händen alle organisatorischen Fäden zusammenliefen, hatte ihre Vorkehrungen für diesen Bruch getroffen und Zeit gefunden, an die Spitze aller Parteiorganisationen, mit Ausnahme von Leningrad, ihre Anhänger zu bringen. Die Masse der Partei war von jeder Teilnahme an den oben stattfindenden Meinungskämpfen ausgeschlossen, ja, sie ahnte zum größten Teil nicht einmal ihr Vorhandensein. Eine Diskussion fand nicht statt. Erst am Vorabend des Parteitages wurde die Frage dieser Meinungsverschiedenheiten urplötzlich, außerhalb der festgesetzten Tagesordnung, vor die Moskauer und die Leningrader Konferenz gebracht und zwar nachdem die Wahlen schon durchgeführt waren.

Die Zertrümmerung der Leningrader Opposition konnte unter diesen Umständen nicht ausbleiben. Zwar blieben ihre Führer noch eine Zeit lang Mitglieder des Polbüros und des ZK., hatten aber jede reale Bedeutung verloren. Die Selbstherrschaft des Generalsekretärs im ZK. und im Polbüro war endgültig besiegelt.

Die neue, in der Parteigeschichte noch nicht dagewesene Struktur der Partei erhielt eine abgeschlossene Form. Die Zelle ist dem Sekretär unterstellt. Die Sekretäre der Zellen sind dem Sekretär des örtlichen Parteikomitees unterstellt, in dessen Händen sich auch das Komitee befindet. Die Sekretäre der örtlichen Komitees sind dem Generalsekretär unterstellt, dem praktisch auch das ZK. unterstellt ist — das ist heute die rein bürokratische Organisation einer Partei des Proletariats.

Diese „Organisation“ ist in Wahrheit die vollendete Form einer unkontrollierbaren und unverantwortlichen Herrschaft der opportunistischen Stalin-Fraktion, die sich durch die von ihr ausschließlich angewendeten Methoden der organisatorischen und materiellen Vergewaltigung der Partei und gestützt auf das Monopol des gesprochenen und gedruckten Wortes das Recht nahm, im Rahmen der Partei und für die Partei zu handeln und zu sprechen.

So war die Lage, als die vereinigte Opposition im Herbst 1926 den Versuch unternahm, eine Diskussion herbeizuführen. Das ZK. schreckte, nachdem es alle organisatorischen Vorrechte ausgenutzt hatte, die es dank der neuen Parteiorganisation genoß, und die jede Möglichkeit einer schnellen Aktivität vonseiten der Parteimassen ausschlossen, nicht davor zurück, seine Zuflucht zu brutalen Gewaltmaßnahmen zu nehmen, zum formellen Verbot der Diskussion, zu Ausschlüssen aus der Partei, zur Androhung von Entlassungen und zur Anwendung einer direkten Obstruktion. Nachdem es mit diesen Methoden den Sieg errungen hatte, verschob es den Parteitag um ein Jahr und sicherte sich seinen Sieg auch auf der XV. Konferenz durch ein tatsächliches Verbot der Diskussion — für immer. Durch den Beschluß der Konferenz wurde so jene Methode der Parteiarbeit verboten, die der X. Parteitag unter Lenins Führung als die **grundlegende** anerkannt hatte.

Auf diese Weise blieb die Aufgabe, die während des Bürgerkrieges „in einzelne Gruppen zerspaltene Partei“ zu einigen, unerfüllt. Die Partei ist heute mehr als je in einzelne Gruppen gespalten und krasser als je in ein „Oben“, das eng mit dem staatlichen Apparat verknüpft ist, und ein „Unten“, dem alle Parteirechte entzogen sind, geteilt. Ja, bei einer Verschärfung der Gegensätze innerhalb der staatlichen Wirtschaft ist dieses „Unten“ dem „Oben“ nicht nur parteimäßig unterstellt, es ist auch wirtschaftlich von ihm abhängig (Arbeiter-Parteimitglieder und Administrations-Parteimitglieder).

Gleichzeitig ist der Unterschied in der materiellen Lage der „Oberen“ und der „Unteren“ im ständigen Wachsen begriffen. In der Partei bilden sich Gruppen, die nicht nur ihren Anschauungen nach, sondern auch ihrer materiellen Lage und ihren Interessen nach von einander abweichen.

In dem Maße nun, wie die Aktivität der proletarischen Parteimassen unterdrückt wird, beginnt in den Parteispitzen, die sich ohne Kontrolle wissen, ein Zersetzungsprozeß. Spezifisch bürgerliche Gewohnheiten und Neigungen gewinnen in ihrer Mitte immer mehr an Boden. Karrierismus, Protektionismus, Intrigantentum, selbst kriminelle Handlungen nehmen mit bedrohlicher Schnelligkeit zu.

Andererseits dringen in den Kreis der Parteispitzen, von den hohen Posten und der privilegierten Stellung angelockt, schwankende, unentschlossene und selbst einfach streberische Elemente. Bei dem herrschenden Mangel an Arbeitskräften — einer Folge des Verfahrens, alle die, die nicht gewillt sind, die Befehle von oben blind zu befolgen, von jeder verantwortlichen Arbeit fernzuhalten — beginnt das ZK. die unentschlossenen Elemente und

Streber in leitende Stellungen zu bringen: Rafes, ein ehemaliges Mitglied der Petljura-Regierung, der das Attentat auf Lenin im Jahre 1918 öffentlich gebilligt hat, und Martynow, der sich erst nach der Nep mit der Sowjetmacht ausgesöhnt hat, spielen in der Komintern die größte Rolle. Ljadow, der im Sommer des Jahres 1917 den Menschewiken heilige Eide schwur, er habe jede Verbindung mit den Bolschewisten abgebrochen, der Tscheidsebat, ihm in der menschewistischen Organisation eine bezahlte Arbeit zu verschaffen, erzieht jetzt die kommunistische Studentenschaft an der Swerdlower Universität. Petrowsky (Lipez), ein ehemaliger Bundist, ist Vertreter der Komintern in der englischen Arbeiterbewegung. Broido, ein ehemaliger Menschewik, ist Leiter des Staatsverlages, und trotz seiner schmutzigen, an Verbrechen grenzenden Machenschaften ist selbst das ZK. gegen ihn machtlos. Die Liste solcher Emporkömmlinge läßt sich unschwer verlängern. „Auf der Suche nach einer Betätigungsmöglichkeit sind in die Reihen der einzigen legalen Partei Gruppen und Schichten eingedrungen, die sich unter anderen Umständen nicht in den Reihen der kommunistischen Partei, sondern in den Reihen der Sozialdemokratie oder einer anderen Partei des kleinbürgerlichen Sozialismus befunden hätten. Diese Elemente, die oft ehrlich von ihrem Kommunismus überzeugt sind, haben ihren „alten Adam“ der Kleinbürgerlichkeit in Wirklichkeit nicht abgelegt und bringen in die RKP. ihre kleinbürgerliche Psychologie und Denkgewohnheiten mit“ (Resolution des XI. Parteitag). Jetzt nimmt sich das ZK. seine treuesten „hundertprozentigen“ Anhänger aus den Reihen eben dieser aus den kleinbürgerlichen Parteien hervorgegangenen Leute. Diese kleinbürgerliche Umgebung wirkt zersetzend auch auf den alten bolschewistischen Stamm, der zahlenmäßig unbedeutend ist, da er zum größten Teil an den Fronten des Bürgerkrieges umgekommen ist.

Die Erziehung der Parteijugend verfolgt nicht die Aufgabe, wahrhaft proletarische Revolutionäre zu schaffen, sondern gehorsame Beamte des Partei- und Staatsapparates. Ihre scholastische Ausbildung an Hand der Lehrbücher des politischen Elementarunterrichtes verwässert den Kampfgehalt des Marxismus und Leninismus, verdreht seinen Klassensinn, ertötet in der Jugend das Gefühl des lebendigen Zusammenhanges mit dem Proletariat.

Das System der mechanischen Unterordnung der Arbeiter-Parteimassen und ihre Abhängigkeit von den Parteispitzen bringt eine Schwächung ihrer Aktivität mit sich und entfremdet die Partei der Arbeiterklasse. Der Austritt von über 100 000 Arbeitern aus der Partei während der Parteizählung 1926 ist ein schlagender Beweis dafür und eine drohende Warnung für die gesamte Partei.

Die Bürokratisierung der Partei, die Entartung ihrer regierenden Spitzen, die Verschmelzung des leitenden Parteiapparates mit dem bürokratischen Staatsapparat, die Verminderung des Einflusses des proletarischen Teils der Partei auf das Parteileben, das Heranziehen des staatlichen Apparats im innerparteilichen Kampf — das alles zeigt, daß das ZK. in seiner Politik der Knebelung der Partei bereits die Grenze überschritten hat, hinter der **die Liquidierung der Partei und ihre Umwandlung in einen Hilfsapparat des Staates beginnt.**

Die Durchführung dieser Liquidierung der Partei würde das Ende der proletarischen Diktatur in der U. d. SSR. bedeuten. Die Partei ist die Vorhut und die wichtigste Waffe im Klassenkampf des Proletariats. Ohne sie ist weder sein Sieg noch die Aufrechterhaltung seiner Diktatur möglich. Welche Gruppe von aufrichtig dem Proletariat ergebenen Männern immer an der Spitze des Staates stehen, eine wie richtige politische Linie sie auch einschlagen mag — ohne die Partei wäre diese Gruppe von vornherein der Entartung, ihre Linie der völligen Verkehrung geweiht. Darum ist die zentrale Frage im Augenblick nicht die Frage irgendeiner Veränderung im führenden Personalbestand der Partei, sondern die Frage der Wiedergeburt der Partei, der Wiederherstellung ihrer Selbständigkeit, der Wiederherstellung eines lebendigen Zusammenhanges mit der Arbeiterklasse. Hierzu ist erforderlich:

1) die Wiederherstellung der vollen innerparteilichen Arbeiterdemokratie, wie sie von dem X. Parteitag beschlossen worden ist. Die Partei, die zu unterirdischer Arbeit gezwungen ist in dem Maße, daß selbst Anhänger des ZK. außerhalb der gewöhnlichen Parteiversammlungen, und geheim vor der Masse der Parteimitglieder, illegal zusammenkommen, um ihre Angelegenheiten zu beraten, muß legalisiert werden;

2) die Unterordnung der beamteten Parteimitglieder unter die Parteiorganisation. Zu diesem Zweck ist ihre materielle Abhängigkeit sowohl von den übergeordneten Parteiorganen als auch von den Sowjet- und Wirtschaftsorganen aufzuheben. Die Bezahlung der beamteten Personen hat aus den Mitteln der Mitgliederbeiträge zu erfolgen. Privilegien, insbesondere die Gewährung von nicht öffentlichen Unterstützungen, sind einzustellen;

3) die im Interesse des Kampfes gegen den Bürokratismus, das Strebertum, den Karrierismus u. gegen das unmäßige Anschwellen der Parteiapparate gebotene Herabsetzung der aus staatlichen und lokalen Mitteln zur Erhaltung der Parteiapparate gewährten Geldmittel, zunächst auf etwa die Hälfte und später völlig;

4) die Unantastbarkeit des Rechts aller Parteiorganisationen und aller Parteimitglieder, innerhalb der Partei in Wort und Schrift, einzeln und in Gruppen, alle Fragen des parteilichen, sowjetstaatlichen, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen, genossenschaftlichen Aufbaus, der Tätigkeit der Komintern und der Lage in ihren einzelnen Sektionen usw. aufzurollen und zu erörtern. Bestrafung aller gegen die auftretenden Mitglieder angewandten Repressalien als Verbrechen gegen die Partei.

5) Anerkennung des Rechtes der Parteimitglieder, ihre Manuskripte unter den Parteimitgliedern zu verbreiten, falls sich ihre Veröffentlichung in der Parteipresse aus irgendwelchen Gründen als unmöglich erweisen sollte.

6) Revision der Parteistatuten und Aufhebung aller in den letzten Jahren gefaßten Beschlüsse, sofern sie das Prinzip der innerparteilichen Demokratie verletzen oder zur Aufhebung der Wählbarkeit der Parteiorgane und zu deren und der ganzen Partei Entartung führen, insbesondere:

a) vollständige und vorbehaltlose Wiederherstellung der Wählbarkeit aller Parteiorgane von unten bis oben;

b) Aufhebung der Bestätigung von Sekretären, Zellenbüros und anderer Parteiorgane und Personen seitens übergeordneter Komitees (darunter auch des ZK);

c) Wiederherstellung der alten bolschewistischen Tradition, die jedem Parteimitglied das Recht der Teilnahme an allen allgemeinen Parteimitgliederversammlungen (von Zellen, Gruppen usw.), auch wenn es kein Mitglied der betreffenden Organisation ist, und das Recht der beratenden Stimme einräumt.

7) Einstellung der sogenannten „Parteisäuberungen“, die zu einem Werkzeug des Fraktionskampfes und der persönlichen Streitigkeiten geworden sind. Die Säuberung der Partei von fremden Elementen kann in völlig ausreichender Weise durch die tatsächliche Einführung der innerparteilichen Demokratie und durch freie Erörterung des Verhaltens der Parteimitglieder unabhängig von ihrer Stellung erzielt werden.

Die gesamte Tätigkeit der ZKK. ist eine ungeheuerliche Verdrehung alles dessen, was Lenin in seinen letzten Aufsätzen gefordert hatte: Statt „aufmerksam alle Umstände zu verfolgen, die zu einer Spaltung führen können“, statt „eine festgefügte Gruppe zu schaffen, die ohne Ansehen der Person darauf zu achten hat, daß ihr keine noch so große Autorität bei der Nachprüfung von Dokumenten, bei Nachfragen und überhaupt beim Streben nach einer unbedingten Klarheit und Offenkundigkeit und strengster Korrektheit der Geschäfte im Wege stehen kann“ (Lenin, „Wie sollen wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren?“), wurde sie ein Werkzeug des Polbüros im

Kampfe gegen die Opposition, ein Hilfsorgan des Fraktionskampfes. Die Tätigkeit der Kontrollkommissionen ist von Grund auf zu ändern, sie sind zu einem wirklichen Werkzeug der Kontrolle der proletarischen Parteimitglieder über die Tätigkeit des Partei- und Staatsapparates zu gestalten. Ihre Zusammensetzung muß von Grund auf erneuert werden. Ihren Kern müssen Arbeiter von der Werkbank bilden, die periodisch abgelöst werden, damit sie den Zusammenhang mit den Massen nicht verlieren. Die ZKK. muß in der Tat ein Organ werden, das tatsächlich die Einheit der Partei bewahrt vor der Gefahr der „Einflüsse rein persönlicher und zufälliger Umstände“ (Lenin, a. a. O.).

9) Liquidierung der Institution der sogenannten Parteiinformatoren, die von den Parteikomitees vertraulich in die Parteiversammlungen geschickt werden, nicht um an ihren Arbeiten teilzunehmen, sondern um das Auftreten der Parteimitglieder zu beobachten und die „unzuverlässigen Elemente“ dem Parteikomitee anzuzeigen.

10) Aufhebung aller gegen einzelne Parteimitglieder aus Anlaß ihrer Zugehörigkeit zur Opposition angewandten Repressalien, Unterlassung weiterer ähnlicher Repressalien in offener oder versteckter Form: Versetzungen, Entlassungen, Verbot der Mitarbeit auf diesem oder jenem Gebiet der Parteiarbeit usw.

11) Bestimmung, daß die letzte Instanz, die über die Frage des Ausschlusses aus der Partei wegen innerparteilicher Meinungsverschiedenheiten und sogenannter „Fraktionsarbeit“ zu entscheiden hat, ausschließlich der Parteitag ist. Die Entscheidungen aller anderen Instanzen in dieser Hinsicht haben nur einen provisorischen Charakter. Parteimitglieder, die gegen eine solche Entscheidung Berufung eingelegt haben, behalten bis zur Entscheidung des Parteitags alle ihre Parteirechte.

12) Wiederverleihung der Parteimitglieds-Rechte an alle aus der Partei wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit ausgeschlossenen Genossen.

Die Politik der Komintern.

Die WKP. spielt in der revolutionären Bewegung des Proletariats eine weltgeschichtliche Rolle, vor allem als die Partei, die die Oktoberrevolution vorbereitet und vollendet hat, zweitens als die Partei, durch deren Initiative die Komintern geschaffen und organisiert wurde, und drittens als die Partei, die sich sowohl in der Periode des offenen revolutionären Kampfes 1905 und 1917 als auch in der Periode der Reaktion unter den schwersten Bedingungen illegaler Arbeit eine

ungeheure geschichtliche Erfahrung angeeignet hat. Das alles sichert der WKP eine führende Rolle in der Komintern.

Aber eben darum konnte es nicht ausbleiben, daß das Verlassen der proletarischen Positionen in den Fragen der inneren Politik eine opportunistische Entartung der Führung der Komintern zur Folge hatte und daß diese Entartung sich auf das Schwerste im Wachstum der kommunistischen Sektionen der Komintern und in der proletarischen Weltbewegung auswirkte.

Die Politik der Komintern ohne Lenin wird in der ersten Zeit vor allem durch das Uebergreifen des in der WKP. eingebürgerten Regimes auf die Komintern charakterisiert. Statt in den noch jungen kommunistischen Parteien des Westens alle wahrhaft revolutionären Elemente zu stärken und sie, nach Lenins Beispiel, im Geiste des proletarischen Kommunismus zu erziehen, wurde von den Kommunisten des Westens vor allem unbedingter Gehorsam gefordert. Eine ganze Reihe wahrhaft revolutionärer Elemente wurde dadurch gewaltsam aus der kommunistischen Bewegung gestoßen, während im Gegenteil Leute, deren einzige Tugend der Gehorsam war, in leitende Stellungen gelangten.

Die Führung der kommunistischen Parteien artet seit dieser Zeit in ein Kommando der WKP.-Spitzen über die ausländischen Sektionen der Komintern aus, während die Massen der Partei über die Fragen der proletarischen Weltbewegung sehr ungenügend unterrichtet und sogar künstlich von ihnen ferngehalten werden. Die ausländischen Delegationen werden immer mehr aus der Leitung der Komintern verdrängt. Auf diese Weise machte sich das ZK. der WKP. von der Kontrolle seiner inländischen Politik seitens der Komintern frei, und die proletarischen Parteien des Westens waren nunmehr außerstande, einen Einfluß auf diese Politik im Sinne einer Bekämpfung ihrer kleinbürgerlichen Schwankungen, die sich naturgemäß mit der Entwicklung der Nep sehr verstärkt hatten, auszuüben. Das ZK. der WKP. bekam im Gegenteil das unbeschränkte Recht, sich in jede wichtigste Frage innerhalb der einen oder anderen ausländischen Sektion einzumischen. So stießen die kleinbürgerlichen Mißstände in der Politik des ZK. der WKP. nicht nur auf keinen Widerstand in der Komintern, sondern übten, je mehr sie wuchsen, einen von Tag zu Tag verderblicheren Einfluß auf die Taktik der ausländischen Sektionen aus.

Anfänglich hatte diese in Kommandierung ausgeartete Führung nur die eine negative Bedeutung, daß sie die revolutionäre Erziehung der jungen kommunistischen Parteien des Westens schwächte. Eine neue Etappe begann mit der Diskussion im Jahre 1923. Bei den wachsenden

Schwierigkeiten des Kampfes mit der Opposition innerhalb der U.d.SSR. kam es dem ZK. darauf an, zu zeigen, daß es die Komintern auf seiner Seite habe. Es erfolgte eine Neubesetzung der leitenden Stellen der kommunistischen Parteien unter dem Gesichtspunkt ihrer Bereitschaft, das ZK. in seinem Kampf gegen die Opposition zu unterstützen. Die Auswahl der Führungen der Sektionen der Komintern geschieht nicht im Hinblick auf die Interessen der internationalen Bewegung, sondern im Hinblick auf den inneren Kampf der WKP. Diese inzwischen noch verschärften Methoden führten zu einer ganzen Reihe von Spaltungen und Abspaltungen, zu einem großen Mitgliederverlust in den bedeutendsten Sektionen, zu einer Schwächung der Autorität der kommunistischen Sektionen in den Reihen der breiten Arbeitermassen und zum Verlust von Millionen von Wählern. Sie werden jetzt noch weiter kompliziert durch neue Mißstände, die aufs engste mit der von der proletarischen Linie sich immer mehr entfernenden Politik des ZK. und ihrer nationalen Beschränktheit zusammenhängen. Diese neuen Mißstände sind mit besonderer Schärfe in der Politik gegenüber dem Anglo-Russischen Komitee und in der Leitung der chinesischen Revolution zum Ausdruck gekommen.

Das Weiterbestehen des Anglo-Russischen Komitees rechtfertigen die Anhänger des ZK. damit, daß seine Beibehaltung angeblich aus der „Taktik der Einheitsfront“ folge. Aber der Sinn der Einheitsfront besteht, solange die opportunistischen Führer der Arbeiterbewegung ihren Verrat an der Arbeiterklasse durch ihr Eintreten für Forderungen der Arbeiter bemänteln, darin, diese Forderungen zu unterstützen und gleichzeitig den Opportunismus der Führer zu kritisieren und auf das Ungenügende dieser Forderungen und die Notwendigkeit des Ueberganges zu revolutionären Kampfmethoden hinzuweisen; dafür aber in dem Augenblick, da die Opportunisten zur Zeit schwerwiegender Ereignisse das Proletariat offen verraten, entschlossen mit ihnen zu brechen, ihre Untauglichkeit als Führer entschlossen aufzudecken und die Massen ihrem Einfluß zu entziehen.

Von diesem Standpunkt aus war die Gründung des Anglo-Russischen Komitees und die Beteiligung an seiner Tätigkeit bis zum Verrat des Generalrats im Jahre 1926 richtig und notwendig. Aber nichts in der Welt vermag zu erklären, warum wir nach dem **offenen Verrat des Generalrats**, nach seinem offenen Uebertritt zur Bourgeoisie während des Generalstreiks gezwungen sein sollten, an einem Tisch mit diesen Verrätern zu sitzen, die praktischen Fragen der Arbeiterbewegung mit ihnen zu besprechen und in den Massen auf diese Weise den Anschein zu erwecken, als sei von diesen Verrätern noch immer etwas Gutes zu erwarten.

Die Unsinnigkeit dieser Taktik trat am klarsten zutage in dem kläglichen Zusammenbruch der Entlarvungskampagne, die der WZSPS.*) im Betreiben, das Anglo-Russische Komitee zu erhalten, gegen die Führer des Generalrats durchzuführen versuchte: Die durch den Weiterbestand des Anglo-Russischen Komitees in die zweideutigste Lage versetzte englische kommunistische Partei wagte nicht einmal, den den Generalrat entlarvenden Aufruf des WZSPS. zu veröffentlichen.

Die Aufrechterhaltung des Anglo-Russischen Komitees war auf diese Weise schon damals eine ungeheuerliche Entstellung der Einheitsfronttaktik, ein Uebergang zu den kompromißlerischen Positionen der Sozialverräter. Aber auf der Berliner Tagung des Anglo-Russischen Komitees im April 1927 **unternahm die Delegation des WZSPS. eine Rechtfertigung des Verrates des Generalrates und der Zusammenarbeit mit der englischen Gewerkschaftsspitze zum Nachteil der Einheit der Arbeitermassen.**

Diese Tagung stellte fest, daß die englisch-russische Gewerkschaftskonferenz im April 1925 „rechtzeitig die Arbeiter der ganzen Welt darauf aufmerksam gemacht habe, daß ein Angriff auf ihre Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen vorbereitet werde. Der Angriff auf die britischen Bergarbeiter, die vermehrte Ausbeutung, die Senkung der Arbeitslöhne und die Verlängerung des Arbeitstages für die Arbeiter Europas **zeigen, daß diese Warnung rechtzeitig und richtig war**“. Im Einverständnis mit der Delegation der kommunistischen Gewerkschaften wurde also die Lage so hingestellt, als ob die Sozialverräter „rechtzeitig und richtig“ die Arbeiter auf die ihnen von den Kapitalisten drohende Gefahr hingewiesen hätten. Daß aber im Augenblick, da dieser Angriff erfolgte, der Generalrat gemeinsame Sache mit der Bourgeoisie gemacht hat, daß er den Generalstreik hintertrieben und mit allen Kräften den Bergarbeiterstreik desorganisiert hat, wurde mit keinem Wort erwähnt. Durch ihre Autorität deckt hier die Delegation des WZSPS. das Verbrechen der Verräter des englischen Streiks.

„Die einzigen Vertreter der internationalen und nationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens sind der britische Gewerkschaftskongreß und sein Generalrat“, heißt es in der gleichen Resolution. **Der WZSPS erkennt also an, daß die alleinigen Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Englands die Verräter des Proletariats sind**, dank deren Mithilfe selbst die wirtschaftlichen Forderungen der Bergarbeiter von der Bourgeoisie abgelehnt wurden. Das bedeutet des weiteren, daß alle Beziehungen der russischen Gewerkschaften zu den englischen Arbeitern durchaus nur durch den Generalrat gehen können und daß jede Unterstützung der

*) Allrussischer Zentralrat der Gewerkschaften.

englischen Arbeiter durchaus nur mit Zustimmung des englischen Generalrats erfolgen kann, der es während des Generalstreiks abgelehnt hatte, „das verfluchte russische Geld“ anzunehmen.

„Das brüderliche Band zwischen den gewerkschaftlichen Bewegungen beider Länder“, erklärt die Resolution weiter, „kann und darf in keiner Weise ihre (des Generalrats und des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften) innere Tätigkeit beengen . . . oder die Einmischung des einen Landes in die inneren Angelegenheiten des anderen zulassen . . .“. Damit wird offen erklärt, daß der an den englischen Arbeitern begangene Verrat eine „innere Angelegenheit“ der englischen Gewerkschaftsführer ist und daß die russischen Gewerkschaften diesen Verrat „in keiner Weise stören können und dürfen“. Dieses schimpfliche Aufgeben aller bolschewistischen Positionen in der internationalen gewerkschaftlichen Bewegung, dieser Uebergang zu der Position des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes läßt sich durch die kasuistischste Auslegung der Einheitsfronttaktik nicht rechtfertigen. Selbst Tomsky konnte sich auf der Apriltagung nur darauf berufen, daß diese „Zugeständnisse“ zur Erhaltung des Anglo-Russischen Komitees unbedingt erforderlich wären und daß man bei der Beurteilung der Frage des Anglo-Russischen Komitees seine Bedeutung für den Schutz der U.d.SSR., als des Bollwerks der Weltrevolution, gegen die Kriegsgefahr nicht außer acht lassen dürfe. **Das Anglo-Russische Komitee muß erhalten werden, um die Gefahr einer Intervention abzuschwächen — das ist der entscheidende Grund für seine Erhaltung. Ihm zuliebe werden die Verräter der Arbeiterklasse zu „den einzigen Vertretern und Wortführern“ der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Englands ernannt.** Die Interessen der internationalen gewerkschaftlichen Bewegung sind hier der Illusion geopfert worden, daß die Opportunisten der englischen Arbeiterbewegung gegen den Krieg ankämpfen können und ankämpfen werden.

„Die englisch-russische gewerkschaftliche Einheit“, heißt es in der Resolution weiter, „ist, wie die letzten Ereignisse mit größter Deutlichkeit gezeigt haben, besonders notwendig, um die Gefahr eines Angriffs auf die Sowjetunion, den Herd der ersten Arbeiterrepubliken, abzuwenden“. Für diese nichtssagende und zu nichts verpflichtende Phrase sind die Verräter des englischen Proletariats als „die alleinigen Vertreter der internationalen und nationalen Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung Großbritanniens“ anerkannt worden. Eine opportunistischere Verletzung der bolschewistischen Taktik kann man sich nicht denken.

Lenin betonte immer wieder, daß die Friedenskundgebungen der Opportunisten keinen Pfifferling wert sind, daß alle pazifistischen Phrasen reinster Unsinn sind, daß der einzig mögliche Kampf gegen den Krieg der Kampf für den Sturz des Kapitalismus ist. Heute wird der Generalrat für ein Bollwerk des Friedens erklärt, derselbe, der „rechtzeitig“ die englischen Arbeiter auf den drohenden Angriff des Kapitals aufmerksam gemacht und sie beim erfolgten Angriff verraten hat. Sein gegenwärtiger „rechtzeitiger“ Hinweis auf die Gefahr eines Angriffs auf die Sowjetunion besagt lediglich, daß er in dem Augenblick, wenn der Angriff erfolgen wird, die Sowjetunion genau so verraten wird, wie er seine Arbeiter verraten hat. Die Haltung der englischen „Arbeiter“-Partei während der Parlamentsdebatte über den Abbruch der Handelsbeziehungen mit der U.d.SSR. — einer Partei, die vor einem bourgeoisien Parlament ihren Haß gegen den Kommunismus beschworen hat und die nur darum gegen den Abbruch stimmte, weil ihrer Meinung nach die „verbrecherischen Handlungen“ der U.d.SSR. nicht genügend erwiesen seien — läßt keinen Zweifel daran.

In einer noch ungeheuerlicheren Weise entfernte sich von den Grundlagen revolutionärer Taktik die Politik des ZK. in bezug auf die chinesische Revolution. Die Grundlagen dieser Taktik wurden vor mehr als 75 Jahren, im März 1850, von Marx in einem der kommunistischen Taktik vor und nach der Revolution gewidmeten Schreiben an den Kommunistenbund ausführlich festgelegt:

„Statt sich abermals dazu herabzulassen, bürgerlichen Demokraten als beifallsklatschender Chor zu dienen“, schrieb er, „müssen die Arbeiter und vor allem der Bund dahin wirken, neben den offiziellen Demokraten **eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen und jede Gemeinde zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen**, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden Sie müssen überhaupt den Siegesrausch und die Begeisterung für den neuen Zustand . . . in jeder Weise **durch ruhige und kaltblütige Auffassung der Zustände und durch unverhohlenen Mißtrauen gegen die neue Regierung so sehr wie möglich zurückhalten**. Sie müssen neben den neuen offiziellen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterklubs oder Arbeiterkomitees, errichten, so daß die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vornherein von Behörden überwacht und bedroht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht. Mit einem

Worte: vom ersten Augenblick des Sieges muß sich das Mißtrauen nicht mehr gegen die besiegte reaktionäre Partei, sondern gegen ihre bisherigen Bundesgenossen, gegen die Partei richten, die den gemeinsamen Sieg allein exploitieren will.“

„Sie selbst (die Arbeiter) müssen das meiste zu ihrem endlichen Siege dadurch tun“, so schließt das Schreiben, „daß sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteistellung sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irremachen lassen. Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.“

Diese Taktik wurde von der bolschewistischen Partei unter Lenins Führung im Jahre 1917 durchgeführt und in der Praxis erprobt. In der chinesischen Revolution verfahren diejenigen, die in der Oktoberrevolution mit Lenin waren (zum Teil auch diejenigen, die gegen sie kämpften: Martynow, Rafes) gerade umgekehrt. Das Exekutivkomitee der Komintern hielt unter dem Druck des ZK. der WKP. während der ganzen Zeit die chinesische kommunistische Partei in der kleinbürgerlichen Kuomintangpartei. Nach dem Siege der Kuomintang wurde kein Versuch unternommen, unter den Arbeitern „Mißtrauen gegen die neue Regierung“ zu organisieren, im Gegenteil: auf jede Art und Weise wurde die volle Solidarität der Kommunisten mit der Kuomintangregierung demonstriert, in der die Macht immer mehr an den rechten Flügel der Kuomintang mit dem General Tschangkaischek an der Spitze überging. Es wurde endlich auch kein Versuch unternommen, neben der bourgeoisien Regierung den Keim einer echt revolutionären Regierung in Form von **Arbeiterräten**, Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendelegierten zu schaffen, die, gestützt auf breite Massen der Arbeiter und Bauern, die bürgerlich demokratische Regierung sorgfältig kontrolliert, in Schach gehalten und ihr keine Möglichkeit gegeben hätten, die Revolution durch Abmachungen mit ihren Feinden zu verraten. Statt der chinesischen kommunistischen Partei das Ziel der Entfaltung einer nationalen Revolution im Sinne von Marx und Lenin zu stecken, orientierten die Führer der Komintern die chinesischen Kommunisten auf die kleinbürgerliche Kuomintangpartei und auf die „revolutionäre Gesinnung“ dieses oder jenes Generals. Eine Garantie gegen den Verrat dieser Generale erblickten sie nicht in der revolutionären Bewegung der Massen, nicht in der Bewaffnung der Arbeiter, sondern in den von der Kuomintang und den Kommunisten entsandten Armeeeinstruktoren.

„Zunächst Beendigung der bürgerlichen Revolution und dann ihre Ueberführung auf das sozialistische Geleise“ — diese erzmenschewistische Etappentheorie war die Grundlage der Taktik, die das ZK. der chinesischen kommunistischen Partei empfahl. Aber selbst die Menschewisten hielten es nach ihrer Fragestellung niemals für möglich, die Bildung einer eigenen Partei, die offen mit einem eigenen Programm hervortritt und eine eigene gesonderte Organisation besitzt, abzulehnen.

Die Aufgabe der chinesischen Revolution selbst wurde von dem ZK. im Grunde genommen auf einen Kampf gegen die Imperialisten reduziert, als ob man diesen Kampf vom Kampf gegen die eigene Bourgeoisie trennen könnte. „Die chinesische Revolution“ — so heißt es in einer Resolution des Moskauer Partei-Aktivs — „ist eine bürgerlich demokratische, national-freiheitliche Revolution, deren Spitze gegen den Imperialismus gerichtet ist, gegen den Feudalismus und die feudal-kapitalistischen Cliquen Chinas, auf die sich der ausländische Imperialismus stützt.“

So wird selbst der Kampf gegen die feudalen Klassen nur damit motiviert, daß sie die Imperialisten unterstützen. Die Aufgaben der chinesischen Revolution werden auf den Krieg gegen die fremden Bedrücker beschränkt.

Nur unter diesem Gesichtspunkt kann man die Politik verstehen, die das ZK. unter der Flagge der Komintern in China betreibt: Sie besteht in der Unterstützung aller derjenigen, die im gegenwärtigen Augenblick gegen die Imperialisten kämpfen wollen. Darum die Taktik des „Vier-Klassen-Blocks“, darum der Wunsch, den Krieg nicht durch eine Arbeiterbewegung zu „komplizieren“; darum das Zurückhalten der Arbeiter von Streiks; darum die Entwaffnung der Schanghaier Arbeiter, die Bewaffnung der Armee Tschangkaischeks vor dem Schanghaier Umsturz. Darum die Sabotage der Parole: Das Land den Bauern! Darum endlich die Ablehnung der Räte. Das alles stört den Krieg, schreckt die Bourgeoisie, schreckt die Generäle mit ihren Söldnerheeren.

Die Ergebnisse dieser Politik liegen jetzt auf der Hand. Die Hoffnung auf die Kuomintangregierung — gleichgültig auf welche, die ehemalige Kantoner oder die gegenwärtige Wuhaner — ist genau so falsch wie die Hoffnung auf die englische Arbeiterpartei als Instrument des Friedens in Europa. Buchstäblich einige Tage nach der Rede des Gen. Stalin auf dem Moskauer Parteikongress, in der er ausführte, daß Tschangkaischek, auch wenn er wollte, keinen konterrevolutionären Umsturz herbeiführen könnte, da seine Armee sich unter dem Einfluß kommunistischer Instruktionen befinde, wurde dieser Umsturz und der Uebertritt Tschangkaischeks zu den Imperialisten eine vollendete

Tatsache. Die von der Furcht, die chinesische Bourgeoisie zu erschrecken und sie in die Arme der Imperialisten zu treiben, diktierte Taktik des ZK. führt dazu, daß diese Bourgeoisie, die keinem Druck des Proletariats ausgesetzt ist, ein Bündnis mit den Imperialisten schließt. Darin bestand die Lehre des konterrevolutionären Umsturzes Tschangkaischeks, der klar gezeigt hat, daß sich das gleiche Schauspiel mit der „revolutionären“ Wuhaner Regierung wiederholen kann, in der als Finanzminister der ultrarechte Sun-Fo sitzt und die nur über Söldnerarmeen unter dem Kommando rechter Generäle verfügt. Der gegenwärtige Umsturz in Schangschai und die versöhnliche Position, die die „linke“ Kuomintang ihm gegenüber eingenommen hat, erlauben keinen Zweifel daran, daß auch die Wuhaner Regierung nicht weniger als Tschangkaischek zu einem Geschäft mit den Imperialisten fähig ist.

Auf diese Weise entfernt sich die Politik des ZK. von der Linie des Klassenkampfes des internationalen Proletariats für die Weltrevolution und führt zur Mitarbeit mit den kleinbürgerlichen Parteien: in England im Namen des Friedens, in China im Namen des antiimperialistischen Krieges. Aber auch diese Ziele erreicht sie nicht. Der Schutz der UdSSR. als des ersten Staates der proletarischen Diktatur in Europa vor imperialistischen Angriffen und die Brechung der imperialistischen Mächte im Osten sind nur auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes und des Sturzes des Kapitalismus möglich. Wie in anderen Fällen, kann das ZK. auch hier nicht einmal diese beschränkten Aufgaben lösen, die es sich selbst gestellt hat.

Die Umkehr von dieser opportunistischen Linie ist eine unumgängliche Bedingung für den Weiterbestand der Komintern als eines Kampforganes der Weltrevolution. Daraus folgt:

1. Mit Bezug auf die westeuropäische Bewegung muß mit den Entstellungen der Einheitsfronttaktik Schluß gemacht werden. Die Einheitsfronttaktik ist eine Taktik der Einheit von unten und nicht die Taktik von Spitzenabkommen mit den Sozialverrättern. Das Anglo-Russische Komitee muß aufgelöst werden.

2. In der chinesischen Revolution muß die Politik der Komintern nicht auf die Generäle, nicht auf die kleinbürgerlichen Demokraten, sondern auf die Entfaltung der revolutionären Bewegung der Arbeiter- und Bauernmassen eingestellt werden. Von der Tatsache ausgehend, daß sich die Revolution trotz des Verrates der Generäle weiter entwickelt, muß unverzüglich die Parole der Bildung von Räten ausgegeben werden. Die kommunistische Partei muß unverzüglich die Parole ausgeben: Besitzergreifung des Bodens durch die Bauern, d. h. Aufhebung

der Pachtzahlung an private Besitzer, Achtstundenarbeitstag, Streikrecht, Aufhebung der obligatorischen Schiedsgerichte, Bewaffnung der Arbeiter. Sie darf dabei keine Rücksicht darauf nehmen, daß die Proklamierung dieser Parolen ihren Ausschluß aus der Kuomintang nach sich ziehen wird.

3. Die Rolle der ausländischen Parteien, in erster Linie der erfahrensten (Deutschland, Frankreich, Italien) in der Leitung der Komintern muß verstärkt werden. Die Komintern muß nicht nur formell ein Kampforgan der Weltrevolution werden, sondern auch dem Inhalt ihrer Politik und der Zusammensetzung ihrer Exekutivorgane nach. Ihrer Führung müssen alle ihre Sektionen gleichmäßig unterstellt sein, darunter auch die WKP: „Die inneren Angelegenheiten“ einer jeden Sektion werden mehr denn je zu Angelegenheiten des internationalen Proletariats.

4. Aber die Komintern kann zu dem wirklichen Kampfstage der Weltrevolution nur dann werden, wenn es ihr gelingt, auf breite Basis gestellte kommunistische Parteien zu organisieren, hinter denen die Arbeiterklasse steht. Das jedoch ist nur zu erreichen, wenn das gegenwärtige Regime in der Komintern liquidiert und durch das Regime der innerparteilichen Demokratie ersetzt wird.

5. Alle Gruppen, die wegen ihrer Opposition gegen die opportunistischen Verdrehungen der Linie der Komintern aus ihr ausgeschlossen worden sind und die auch außerhalb der Komintern nach wie vor auf bolschewistischen leninistischen Standpunkten stehen, sind wieder in die Rechte der Mitglieder der Komintern einzusetzen.

Die Revision des Marxismus und Leninismus.

„Die unterdrückenden Klassen haben den großen Revolutionären, solange sie am Leben waren, mit steten Verfolgungen gelohnt, sind ihrer Lehre mit wildestem Grimm, mit tollstem Haß, mit dem rücksichtslosesten Lügen- und Verläumdungsfeldzug begegnet. Nach ihrem Tode wurden Versuche gemacht, sie in unschädliche Heiligenbilder zu verwandeln, sie sozusagen zu kanonisieren, ihrem Namen einen gewissen Ruhm einzuräumen zum „Trost“ und zur Nasführung für die unterdrückten Klassen, wobei man den Inhalt der revolutionären Lehre verwässerte, die revolutionäre Spitze abstumpfte, vulgarisierte. Bei einer solchen „Bearbeitung“ des Marxismus begegnen sich heutzutage die Bourgeoisie und die Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung“. (Lenin, „Staat und Revolution“ K 1.)

Die Geschichte wiederholt sich. Die gescheiterten Bourgeois und die Opportunisten innerhalb der WKP. tun heute mit der Leninschen Lehre dasselbe, was die Bour-

geoisie und die Sozialdemokratie mit der Marxschen getan haben. Ustrialoff hat sich schon zum Leninisten erklärt und verteidigt Genossen Stalin gegen die Opposition. Er behauptet, Gen. Stalin wäre dem „Geist“ Lenins treu, während sich die Opposition an den „Buchstaben“ seiner Lehre hält. Buchstäblich dem Beispiel seiner deutschen Gesinnungsgenossen folgend, die den Revolutionär Marx zum „nationaldeutschen“ Marx zu erklären versuchen (s. dasselbe Kapitel von Lenin) — erklärt er Lenin für einen „nationalrussischen“ Lenin, für einen Helden der „Wiedergeburt“ Rußlands, der es auf den Weg führte, der es zum „Nationalen Pantheon“ führen wird, „das ihm von der Geschichte vorbehalten ist“ (siehe seinen Artikel „Die Kirche des 20. Jahrhunderts“). Die Theoretiker der Stalin-Bucharinschen Gesinnung, nachdem sie Lenin ein Mausoleum mit seinem „unverweslichen“ Leichnam errichtet haben und indem sie ihm und seiner Lehre in Worten Weihrauch streuen, verzerren zugleich Schritt für Schritt die Lehre Lenins, selbstverständlich in erheblich besser maskierter u. versteckter Form, u. stellen das als „Leninismus“ hin, was er zu seinen Lebzeiten scharf bekämpft hat. Um seine eigenen Ansichten über die Uebergangsperiode zum Sozialismus einzuschmuggeln, erfindet Gen. Bucharin die Theorie Lenins über die „zwei Pläne“ — den staatskapitalistischen und den genossenschaftlichen. Die „Smytschka“ (Bündnis) mit dem Bauerntum, die Lenin für „zulässig, richtig und prinzipiell möglich“ nur dann hielt, wenn sie die proletarische Diktatur unterstützt und ein Mittel der Klassenvernichtung wird (Rede über die Naturalsteuer auf der Allrussischen Konferenz der RKP. 26. Mai 1921), wird Selbstzweck, wird zum Zusammengehen mit dem Bauerntum. Die Gegensätze zwischen dem Staat und dem Arbeiter, deren Unvermeidlichkeit für die gesamte Uebergangszeit Lenin oft nachdrücklich betont hat, werden jetzt als nicht vorhanden hingestellt. Die Taktik der Einheitsfront, die Lenin als eines der **Kampfmittel** gegen die Opportunisten in der Arbeiterbewegung angewendet hat, verwandelt sich immer mehr in eine Taktik des Zusammengehens mit ihnen. So wie das ZK., indem es immer mehr von der proletarischen Klassenlinie abweicht, genötigt ist, diese Abweichung zu maskieren, so proklamieren sich die Theoretiker Stalin-Bucharinscher Gesinnung in Worten als „orthodoxe Leninisten“ — in Wirklichkeit aber revidieren sie Lenin und verwässern den revolutionären Inhalt mehr und mehr. Diese Revision des Leninismus zeigt sich in drei eng miteinander verbundenen wichtigen Fragen: in der Frage des Zusammenhanges unseres sozialistischen Aufbaus mit der Weltrevolution („Theorie des Sieges des Sozialismus in einem Lande“), in der Frage des Charakters unserer Wirtschaft überhaupt und in der Frage des Charakters unserer staatlichen Untenehmungen im besonderen.

Der Sieg des Sozialismus in einem Lande.

„Aus diesen Diskussionen (gegen den Trotzismus) haben wir, wie es mir scheint, für die gesamte Partei eine klare und genaue Ueberzeugung gewonnen, nämlich, daß wir wegen **der Klassenunterschiede innerhalb unseres Landes**, wegen unserer technischen Rückständigkeit nicht untergehen werden, daß wir den Sozialismus sogar auf dieser dürftigen technischen Basis aufbauen können, daß das Wachstum des Sozialismus um vieles langsamer sein wird, daß wir uns im Schildkrötenschritt fortbewegen werden und daß wir **diesen Sozialismus trotz alledem doch aufbauen werden**“ (Bucharin, „Drei Reden“ S. 48). „Die Weltrevolution hat für uns die Bedeutung, daß eine Garantie gegen Interventionen, gegen einen neuen Krieg, gegen die Restauration, die die imperialistischen Armeen auf ihren Bajonetten bringen, nur durch die internationale sozialistische Revolution gewährleistet werden kann.“ (Daselbst, S. 49.)

Diese Fragestellung ist eine ungeheuerliche opportunistische Verkehrung der früheren Stellungnahme der Partei, die gerade Stalin selbst formuliert hat, und zwar noch im April 1924 in seiner Broschüre über „Die Grundsätze des Leninismus“: „Für den Sieg über die Bourgeoisie genügen die Bemühungen eines Landes. Das beweist uns die Geschichte unserer Revolution. Für den endgültigen Sieg des Sozialismus, für die Organisierung der sozialistischen Produktion genügen die Bemühungen eines Landes, besonders eines Bauernlandes, gleich dem unseren, nicht. Dafür bedarf es der Bemühungen des Proletariates mehrerer fortgeschrittener Länder.“

Man braucht nur zu sehen, mit welchen erbärmlichen Verrenkungen Gen. Stalin (z. B. in seiner Broschüre „Probleme des Leninismus“ und in seinen Reden auf dem VII. erweiterten Plenum des EKK(l.) sich jetzt bemüht, dieser Formulierung den Sinn zu unterschieben, daß man in einem Lande wohl den Sozialismus aufbauen könne, jedoch, falls sich die Weltrevolution nicht einstellt, ohne volle Garantie gegen Interventionen, um zu verstehen, mit welcher Schnelligkeit — ohne sich Zeit zur Beschönigung der Tatsache zu lassen — dieser „Führer“ der Partei in dem revisionistischen Sumpf versinkt und wie tief er jetzt bereits im Sumpfe steckt.

Das opportunistische Wesen dieser Theorie unterliegt keinem Zweifel:

1. Die internationale Revolution wird bei einer solchen Fragestellung zu einem bloßen Mittel der Verteidigung unserer Republik. Das bedeutet objektiv den prinzipiellen Uebergang zur Verteidigungsstellung gegenüber der internationalen Bourgeoisie. Das tritt besonders klar hervor in

einer ganzen Reihe von Reden des Gen. Stalin und seiner Anhänger, die mit Befriedigung feststellen, daß das bloße Vorhandensein der Arbeiterbewegung im Westen genüge, um die Gefahr des Ueberfalls auf uns zu paralysieren. Die Arbeiterbewegung im Westen wird hier vor allem als ein Bollwerk der Sowjetunion gegen den Ueberfall der imperialistischen Mächte aufgefaßt, nicht aber als ein Weg zur Weltrevolution. Es liegt auf der Hand, wie gut die Betonung **dieser** Bedeutung der westlichen Revolutionsbewegung geeignet ist, die Tätigkeit der Komintern in den Augen des Kleinbürgertums zu rechtfertigen.

2. Es ist allgemein bekannt, daß unsere Politik der Weltrevolution eine der Hauptursachen für die Feindschaft der kapitalistischen Mächte gegen uns bedeutet, und daß ihre Verleugnung unsererseits eine gewisse „Garantie gegen Interventionen“ bilden würde. Und tatsächlich bereitet die Theorie der „Garantie gegen Interventionen“ den Boden für die Versuche, diese Garantie nicht mehr in der Entwicklung der Weltrevolution, sondern im Zusammengehen mit den kapitalistischen Mächten zu suchen. So führt die Theorie des Sozialismus in einem Lande geradeswegs zum Bündnis mit den Kapitalisten zum Schaden der Interessen der Weltrevolution.

3. Sogar die Urheber dieser Theorie schätzen, daß der Aufbau des Sozialismus bei uns etwa 20 bis 40 Jahre erfordern wird (Rede des Gen. Rykow zum politischen Bericht des ZK. auf dem XIV. Parteitag). Diese Theorie hat jedoch nur dann einen praktischen Sinn, wenn ihre Urheber die Verschiebung der Revolution im Westen auf eine so ausgedehnte Periode für möglich halten. Und wirklich geht offensichtlich die Politik des ZK. von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß die internationale Revolution ernstlich und für lange Zeit aufgehalten ist. **Das bedeutet eine Verleugnung der Leninschen Formel über den Eintritt der Welt in die Epoche der Kriege und Revolutionen, das bedeutet eine liquidatorische Einstellung zur Weltrevolution.**

4. Wenn die Weltrevolution in erster Linie eine „Garantie gegen Interventionen“ ist, u. nicht die unerläßliche Bedingung zur Vollendung des sozialistischen Aufbaus, so verliert die Weltrevolution für die Arbeiterschaft die Verbindung mit ihren Alltagsinteressen, erscheint ihr nur als eine moralische und zeitweise unangenehme Pflicht. Das führt geradeswegs zur **Absonderung unseres Proletariats von dem internationalen Proletariat.**

Es ist eine demagogische Verleumdung, wenn die ZKisten der Opposition die These zuschieben, daß wir ohne die Weltrevolution von heute auf morgen zu Grunde gehen müßten. Die Schicksalsfrage der proletarischen Diktatur entscheidet sich nicht in theoretischen Streitig-

Der Sieg des Sozialismus in einem Lande.

„Aus diesen Diskussionen (gegen den Trotzismus) haben wir, wie es mir scheint, für die gesamte Partei eine klare und genaue Ueberzeugung gewonnen, nämlich, daß wir wegen **der Klassenunterschiede innerhalb unseres Landes**, wegen unserer technischen Rückständigkeit nicht untergehen werden, daß wir den Sozialismus sogar auf dieser dürftigen technischen Basis aufbauen können, daß das Wachstum des Sozialismus um vieles langsamer sein wird, daß wir uns im Schildkrötenschritt fortbewegen werden und daß wir **diesen Sozialismus trotz alledem doch aufbauen werden**“ (Bucharin, „Drei Reden“ S. 48). „Die Weltrevolution hat für uns die Bedeutung, daß eine Garantie gegen Interventionen, gegen einen neuen Krieg, gegen die Restauration, die die imperialistischen Armeen auf ihren Bajonetten bringen, nur durch die internationale sozialistische Revolution gewährleistet werden kann.“ (Dasselbst, S. 49.)

Diese Fragestellung ist eine ungeheuerliche opportunistische Verkehrung der früheren Stellungnahme der Partei, die gerade Stalin selbst formuliert hat, und zwar noch im April 1924 in seiner Broschüre über „Die Grundsätze des Leninismus“: „Für den Sieg über die Bourgeoisie genügen die Bemühungen eines Landes. Das beweist uns die Geschichte unserer Revolution. Für den endgültigen Sieg des Sozialismus, für die Organisation der sozialistischen Produktion genügen die Bemühungen eines Landes, besonders eines Bauernlandes, gleich dem unseren, nicht. Dafür bedarf es der Bemühungen des Proletariates mehrerer fortgeschrittener Länder.“

Man braucht nur zu sehen, mit welchen erbärmlichen Verrenkungen Gen. Stalin (z. B. in seiner Broschüre „Probleme des Leninismus“ und in seinen Reden auf dem VII. erweiterten Plenum des EKKI.) sich jetzt bemüht, dieser Formulierung den Sinn zu unterschieben, daß man in einem Lande wohl den Sozialismus aufbauen könne, jedoch, falls sich die Weltrevolution nicht einstellt, ohne volle Garantie gegen Interventionen, um zu verstehen, mit welcher Schnelligkeit — ohne sich Zeit zur Beschönigung der Tatsache zu lassen — dieser „Führer“ der Partei in dem revisionistischen Sumpf versinkt und wie tief er jetzt bereits im Sumpfe steckt.

Das opportunistische Wesen dieser Theorie unterliegt keinem Zweifel:

1. Die internationale Revolution wird bei einer solchen Fragestellung zu einem bloßen Mittel der Verteidigung unserer Republik. Das bedeutet objektiv den prinzipiellen Uebergang zur Verteidigungsstellung gegenüber der internationalen Bourgeoisie. Das tritt besonders klar hervor in

einer ganzen Reihe von Reden des Gen. Stalin und seiner Anhänger, die mit Befriedigung feststellen, daß das bloße Vorhandensein der Arbeiterbewegung im Westen genüge, um die Gefahr des Ueberfalls auf uns zu paralysieren. Die Arbeiterbewegung im Westen wird hier vor allem als ein Bollwerk der Sowjetunion gegen den Ueberfall der imperialistischen Mächte aufgefaßt, nicht aber als ein Weg zur Weltrevolution. Es liegt auf der Hand, wie gut die Betonung **dieser** Bedeutung der westlichen Revolutionsbewegung geeignet ist, die Tätigkeit der Komintern in den Augen des Kleinbürgertums zu rechtfertigen.

2. Es ist allgemein bekannt, daß unsere Politik der Weltrevolution eine der Hauptursachen für die Feindschaft der kapitalistischen Mächte gegen uns bedeutet, und daß ihre Verleugnung unsererseits eine gewisse „Garantie gegen Interventionen“ bilden würde. Und tatsächlich bereitet die Theorie der „Garantie gegen Interventionen“ den Boden für die Versuche, diese Garantie nicht mehr in der Entwicklung der Weltrevolution, sondern im Zusammengehen mit den kapitalistischen Mächten zu suchen. So führt die Theorie des Sozialismus in einem Lande geradeswegs zum Bündnis mit den Kapitalisten zum Schaden der Interessen der Weltrevolution.

3. Sogar die Urheber dieser Theorie schätzen, daß der Aufbau des Sozialismus bei uns etwa 20 bis 40 Jahre erfordern wird (Rede des Gen. Rykow zum politischen Bericht des ZK. auf dem XIV. Parteitag). Diese Theorie hat jedoch nur dann einen praktischen Sinn, wenn ihre Urheber die Verschiebung der Revolution im Westen auf eine so ausgedehnte Periode für möglich halten. Und wirklich geht offensichtlich die Politik des ZK. von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß die internationale Revolution ernstlich und für lange Zeit aufgehalten ist. **Das bedeutet eine Verleugnung der Leninschen Formel über den Eintritt der Welt in die Epoche der Kriege und Revolutionen, das bedeutet eine liquidatorische Einstellung zur Weltrevolution.**

4. Wenn die Weltrevolution in erster Linie eine „Garantie gegen Interventionen“ ist, u. nicht die unerläßliche Bedingung zur Vollendung des sozialistischen Aufbaus, so verliert die Weltrevolution für die Arbeiterschaft die Verbindung mit ihren Alltagsinteressen, erscheint ihr nur als eine moralische und zeitweise unangenehme Pflicht. Das führt geradeswegs zur **Absonderung unseres Proletariats von dem internationalen Proletariat.**

Es ist eine demagogische Verleumdung, wenn die ZKisten der Opposition die These zuschieben, daß wir ohne die Weltrevolution von heute auf morgen zu Grunde gehen müßten. Die Schicksalsfrage der proletarischen Diktatur entscheidet sich nicht in theoretischen Streitig-

keiten, sondern im realen Klassenkampf. Es handelt sich nicht darum, ob wir zugrunde gehen müssen, sondern darum, ob es uns ohne die Hilfe der fortgeschrittenen Länder gelingen kann, zur sozialistischen Organisation der Produktion überzugehen, die Nep mit allen ihr innewohnenden Gefahren und Widersprüchen zu überwinden. Hier kommen wir zur Frage des Charakters unserer Wirtschaft und unserer Staatsunternehmungen.

Unsere Wirtschaft im Ganzen.

Die grundlegende Charakteristik unseres Wirtschaftssystems ist deutlich in folgenden Worten Lenins enthalten:

„Was bedeutet nun aber das Wort „Uebergang?“ Bedeutet es nicht bei Anwendung auf die Oekonomie, daß in der bestehenden Struktur Elemente, Bruchteile, Stücker des Kapitalismus und des Sozialismus enthalten sind? Ein jeder muß das zugeben. Aber nicht jeder, der dies anerkennt, überlegt sich dabei, welches denn die Elemente der verschiedenen in Rußland vorhandenen sozialökonomischen Beziehungen sind, und das ist doch der Kern der Frage. Zählen wir diese Elemente auf:

1. die patriarchalische, d. h. in großem Ausmaße naturale Bauernwirtschaft;
2. die kleine Warenproduktion (hierzu gehört die Mehrzahl der Bauern, die Getreide verkaufen);
3. der privatwirtschaftliche Kapitalismus;
4. der Staatskapitalismus;
5. der Sozialismus.“ (Lenin, Band XVII, S. 103*)

Hier wird von den **Elementen** verschiedener sozialökonomischer Beziehungen gesprochen. Erst durch die willkürliche Auslegung Bucharins verwandeln sich diese „Elemente der verschiedenen sozialökonomischen Beziehungen“, die in Rußland vorhanden sind, in fünf wirtschaftliche **Typen**.

Lenin, indem er unser Wirtschaftssystem als ein gemischtes, als ein Uebergangssystem bezeichnete, meinte damit nicht etwa, daß ein Teil der Wirtschaften patriarchalische (d. h. ganz und gar naturalwirtschaftliche) Wirtschaften sind, der andere kleine Warenwirtschaften (d. h. solche, die ausschließlich für den Markt produzieren), der dritte privatkapitalistische (d. h. solche, die ausschließlich vom Mehrwert leben, im Gegensatz zum Kulaken, der auch seine eigene Arbeitskraft verwendet), der vierte staatskapitalistische, der fünfte rein sozialistische. Im Gegenteil betonte er unermüdlich, daß während der Uebergangsperiode der Kampf zwischen den Elementen des Kapitalismus und des Sozialismus auf der ganzen Front vor sich geht, daß die verschiedenen Elemente in verschiedenen Zusammensetzungen und ver-

*) Rede über die Naturalsteuer.

schiedenen Proportionen überall vermengt sind, daß Millionen Fangarme der kleinbürgerlichen Polypen da und dort einzelne Schichten der Arbeiter umfassen, daß die Spekulation anstelle des Staatsmonopols in alle Poren unseres sozialökonomischen Organismus dringt.

Der Sinn seines Planes besteht darin, daß wir — gestützt auf den Wirtschaftszweig, den wir am sichersten beherrschen, auf die Staatsindustrie — durch Konzessionen, gemischte Gesellschaften, Kooperative die Privatwirtschaft zu beherrschen, die kapitalistischen Elemente unter die Kontrolle des proletarischen Staates zu stellen und durch ihre allmähliche Unterminierung der sozialistischen Organisation näherzukommen suchen. Anstatt dieser tief dialektischen Fragestellung zerteilt die Stalin-Bucharinsche Theorie unsere Wirtschaft metaphysisch, in „Sektoren“: sozialistische, staatskapitalistische usw., indem sie zum Sozialismus alles rechnet, was sich in den Händen des Staates befindet, (d. h. auch den Kredit, den Staatshandel und den Geldverkehr). Daraus ergibt sich ihre Folgerung, daß — weil einerseits uns die „staatskapitalistischen“ Unternehmungen mißlungen sind (Konzessionen und Pacht) und weil andererseits die Bedeutung der Staatswirtschaft gestiegen ist — nun die staatskapitalistischen Formen eine minimale Rolle spielen, daß angeblich Lenin selbst zu dem anderen „kooperativen“ Plan für unsere Wirtschaftsentwicklung übergang, und daß die ganze Aufgabe des sozialistischen Aufbaus jetzt darin besteht, die Rolle der staatlichen und kooperativen Unternehmungen in der Volkswirtschaft zu verstärken. Diese Theorie bemüht sich, die Tatsache zu vertuschen, daß auch die Staatswirtschaft kapitalistische Elemente enthält, daß sich die letzteren mit dem Uebergang von der Natural- zur Geldwirtschaft vermehrt haben, obgleich Lenin selbst diesen Uebergang als einen weiteren Rückschritt betrachtete*) und vor den Gefahren des Rückzuges warnte. Die „Stalinisten“ und „Bucharinisten“ ziehen es vor, gegenüber diesen Schwierigkeiten die Augen zuzudrücken. Aus diesem Grunde wird von ihnen die Frage des Kampfes zwischen dem Kapitalismus und Sozialismus ganz anders gestellt.

„Entweder werden wir diese Kleinbürger unserer Kontrolle und Rechnungslegung unterwerfen, oder sie werden unsere Arbeitermacht abwerfen, so wie die Napoleons und Cavaignacs, die gerade aus diesem Boden des Kleinbesitzes herausgewachsen sind, die Revolution zu Fall gebracht haben. Nur so steht die Frage.“ So stellte Lenin die Frage („Ueber die Naturalsteuer“).

*) Der Versuch des geldlosen Handels ist mißlungen. Der Privatmarkt erwies sich als stärker als wir, und aus dem Warenaustausch wurde einfaches „Kauf- und Verkaufswesen.“ Jetzt sind Umstände eingetreten, die uns nicht nur zwingen, ein wenig rückwärts zu gehen, nicht nur zum Staatskapitalismus, sondern auch zu der staatlichen Regulierung des Handels und des Geldverkehrs“. (Rede auf der Moskauer Gouvernements-Parteiokonferenz 29. Okt. 1921)

Die Stalin-Gruppe stellt die Frage anders: „Man darf die Landwirtschaft in Rußland nicht mit der im Westen durcheinanderbringen. Dort vollzieht sich die Entwicklung der Landwirtschaft auf dem gewöhnlichen kapitalistischen Wege. Nicht so in Rußland. Bei uns kann die Entwicklung der Landwirtschaft diesen Weg schon darum nicht beschreiten, weil das Vorhandensein der Sowjetmacht und die Nationalisierung der hauptsächlichsten Werkzeuge und Produktionsmittel **solche Entwicklung nicht zuläßt**“ (Stalin „Ueber die Grundlagen des Leninismus“).

„Die Bauernschaft ist ihrer Lage nach nicht sozialistisch. Aber sie **muß und wird** den Weg der sozialistischen Entwicklung betreten, denn eine andere Möglichkeit gibt es für das Bauerntum nicht, der Armut und dem Ruin zu entgehen. (Stalin „Probleme des Leninismus“ — deutsche Ausgabe S. 54 und 57.)

„Die Frage „Wer wen“ existiert für die neue Theorie nicht. Sie ist schon entschieden: da die Industrie in unser... Händen ist, so ist sie sozialistisch, da sie sozialistisch ist, so wird das Bauerntum unvermeidlich den sozialistischen Weg beschreiten; das Bauerntum will Armut und Ruin entgehen und wird also auch Mittel und Wege finden, um ihnen zu entgehen. Die konkrete Analyse der Wirklichkeit wird durch diese logischen Betrachtungen ersetzt, die auf einen Kilometer nach Narodnikum*) riechen und die auch zu denselben Folgen führen wie das Narodnikum. Das optimistische Gerede über die Unvermeidlichkeit der sozialistischen Entwicklung des Dorfes, das jede „Panik vor den Kulak“ zerstreut, trägt nur dazu bei, das Bewußtsein zu verdunkeln, daß „die kleinbürgerliche Hydra alle Poren unseres sozialökonomischen Organismus durchdringt“, und damit den Kampf gegen die kapitalistischen Elemente unserer Wirtschaft zu schwächen.

„Wer dies nicht sieht,“ sagte hierüber Lenin, „äußert gerade durch seine Blindheit seine Besessenheit von kleinbürgerlichen Vorurteilen.“

Unsere Staatsunternehmungen.

Dieselbe Scholastik haftet den Betrachtungen der „Stalinisten“ und „Bucharinisten“ über den Charakter unserer Staatsunternehmungen an.

Ihr diesbezüglicher Standpunkt ist am deutlichsten auf der XIV. Parteikonferenz in Moskau formuliert worden. In den Reden des Gen. Rykow und des Gen. Bucharin wurde unsere Industrie durchwegs als **direkt sozialistisch** bezeichnet. Kein Wort verlautete darüber, daß sie wenigstens einzelne kapitalistische Momente aufweist. Nach ihrer Meinung bestehen alle Fehler unserer Industrie darin, daß sie arm ist, daß die Arbeiter ärmlich wohnen, der

Arbeitslohn gering ist, daß die Arbeiter bei uns weniger erhalten als bei Ford (Referat Rykow). Erst in den Referaten des XIV. Parteitages und danach traten Einschränkungen auf, in denen zugegeben wird, daß — obgleich unsere Unternehmungen konsequent sozialistisch sind — doch die Beziehungen der Menschen im Rahmen der Staatsindustrie nicht ganz sozialistisch sind (Bucharin, Referat auf der Versammlung der aktiven Parteiarbeiter der Moskauer Organisation vom 5. Januar 1926). Aber auch diese schüchternen Einschränkungen können nicht die allgemeine Tendenz verbergen, die Struktur unserer Industrie einfach als sozialistisch hinzustellen, besonders wenn wir uns vergegenwärtigen, daß derselbe Bucharin in seiner Polemik mit Kautsky angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit zu behaupten wagte, daß der Ausdruck „gedungene Arbeiter“ im strengen Sinne des Wortes auf die Arbeiter der Staatsindustrie „nicht anwendbar“ ist. „Wir gebrauchen ihn nur in Ermangelung eines anderen Ausdrucks“. („Die internationale Bourgeoisie und ihr Apostel Karl Kautsky“ S. 64.) Nicht umsonst sagte Lenin von Bucharin: „Er hat die Dialektik nie gelernt und ich denke, auch nie ganz verstanden“. Diese ganze doktrinaire Scholastik gießt Wasser auf die Mühle des Opportunismus.

Unsere Unternehmungen gehören dem Staate, und an der Spitze dieses Staates steht das Proletariat. Darin besteht der ungeheure und grundsätzliche Unterschied zwischen ihnen und den kapitalistischen Unternehmen, und deshalb, wenn nur die Herrschaft des Proletariats sich hält und festigt, haben unsere Unternehmungen eine natürliche Tendenz, auf dem Weg der Evolution zu sozialistischen Produktionsformen überzugehen. Das unterscheidet sie auch von allen anderen bei uns jetzt vorhandenen Wirtschaftsformen: **Während diese entweder (wie die Genossenschaften) elementar dahin tendieren, oder (wie die bäuerlichen, handwerkerlichen und privaten Wirtschaften) auch bei unerschüttertem Fortbestand der proletarischen Diktatur sich auf kapitalistischem Wege entwickeln können, ist für unsere Staatsunternehmungen die Erhaltung der proletarischen Diktatur die einzige Gewähr für ihre Entwicklung in sozialistischer Richtung. Nur der Niedergang dieser Diktatur oder ihre Entartung kann die Richtung ihrer Entwicklung verändern. In diesem Sinne bieten sie in dem Gesamtsystem unserer Wirtschaft eine echte Basis für den sozialistischen Aufbau. Das will aber nicht besagen, daß sie schon jetzt sozialistisch sind.**

Der Sozialismus unterscheidet sich vom Kapitalismus dadurch, daß die Arbeitskraft aufhört eine Ware zu sein. Indessen wird unter den Bedingungen der Nep die Arbeitskraft gekauft — wenn auch von dem proletarischen Staate, so doch auf dem Markte, und nur als Ware; ebenso wie die Produktionsmittel, wird sie zum Element des Pro-

duktionsprozesses. Daß dieser Umstand sehr konkrete Folgen zeitigt und nicht — um den Ausdruck mancher junger Bucharinisten zu gebrauchen — eine bloße „kapitalistische Maske“ ist, die ein konsequent sozialistisches Unternehmen aus irgendeinem Grunde aufsetzen muß, das enthüllt sich sofort, wenn diese Arbeitskraft aus diesen oder jenen Gründen für den Produktionsprozeß überflüssig wird. Der Arbeiter wird dann zu einem Arbeitslosen. Mögen wir ihn dann auch besser versorgen und unterstützen als die Kapitalisten — das hebt den grundsätzlichen Unterschied von der sozialistischen Struktur nicht auf; denn beim Sozialismus zieht der Ueberschuß der Arbeitskraft im Verhältnis zum Bedarf die Verkürzung der Arbeit eines jeden Arbeiters nach sich, nicht aber die Verkürzung der Zahl der Arbeiter. Solche Organisationsformen der Industrie, bei denen die Arbeitskraft noch eine Ware bleibt, als Sozialismus — wenn auch als einen schlechten — zu bezeichnen, das heißt die Wirklichkeit auf abgeschmackteste Weise zu beschönigen, den Sozialismus in den Augen der Arbeiter zu diskreditieren, das heißt die noch ungelöste Aufgabe als gelöst hinstellen und **die Nep für den Sozialismus ausgeben.**

Indem wir in den Händen des Staates den Hauptteil der Produktionsmittel konzentrierten, haben wir die Voraussetzungen für den Uebergang zum Sozialismus geschaffen. Aber gerade im allerwichtigsten Punkte, in den Beziehungen des Unternehmens zum Arbeiter, sind wir noch gezwungen, kapitalistische Formen (wenn auch ohne Kapitalisten) beizubehalten. Und dazu sind wir gezwungen, weil das Niveau der Arbeitsproduktivität in unserem Lande so niedrig ist, daß wir nicht in der Lage sind, auch nur das verhältnismäßig geringe Lebensniveau für die ganze Masse der im Lande vorhandenen freien Arbeitskraft sicherzustellen, wodurch wir gezwungen sind, einen Teil davon als industrielle Reservearmee zu halten, weil das Dorf aus denselben Gründen unserer industriellen Schwäche seine Produktivkräfte nicht ohne Klassenscheidung zu entwickeln vermag und massenhaft Arbeitslose ausstößt. **Nur auf Grund der Erreichung des westeuropäischen Niveaus in unserer Technik** werden wir diese Erscheinung soweit überwinden können, daß sich nicht nur die Lage des Arbeiters bessern wird (das müssen und können wir auch im Rahmen unserer Wirtschaft tun), sondern daß er auch aus einem gedungenen Arbeiter zu einem Glied der sozialistischen Gesellschaft wird, dem sowohl die Arbeit wie die Existenzmittel immer gesichert sind . . . Darin besteht eben die organische Verbindung unseres sozialistischen Aufbaus mit der internationalen Revolution. Indem sie diese Position aufgibt, geht die Stalingruppe zu der Position des Nationalsozialismus über und reduziert diesen Sozialismus wiederum bis zum Niveau der Nep.

Es wäre die größte Naivität anzunehmen, daß diese Entstellung sowohl des Marxismus als auch der Lehre Lenins sich auf das theoretische Gebiet beschränkte, sie zeitigt auch sehr praktische Folgen. Am deutlichsten kamen sie in der Rede des Gen. Molotow auf der XIV. Konferenz in Moskau zum Ausdruck.

„Unser Staat ist ein Arbeiterstaat. Aus diesem Grunde müssen wir die Gegenüberstellung der Arbeiter gegen den Staat unbedingt zurückweisen. Auch selbst den Keim eines solchen Gedankens kann und darf die Partei nicht zulassen.“ Und weiter: „Wie kann man denn die Arbeiter dem Staate näher bringen, d. h. **die Arbeiter der Arbeiterklasse selbst näherbringen, die die Macht hat.**“ Es genügt, diesen Ausführungen die Rede Lenins gegen die Gen. Bucharin und Trotzki in der Fraktion des VIII. Sowjetkongresses zur Gewerkschaftsfrage gegenüberzustellen, um zu begreifen, wie skrupellos die heutigen „Leninisten“ Lenin verdrehen. Sogar Anfang 1921, d. h. in der Zeit des Kriegskommunismus, hat Lenin mit größter Schärfe betont: „Das vollzählig organisierte Proletariat muß sich verteidigen, und wir müssen diese Arbeiterorganisationen ausnützen zur **Verteidigung der Arbeiter gegen ihren Staat und zur Verteidigung des Staates durch die Arbeiter.**“ Das wurde auch auf dem XI. Parteitag bekräftigt in dem Moment des Ueberganges zur voll entfalteten Form der Nep, zur kaufmännischen Wirtschaftsführung in den Staatsunternehmungen und zum geldlichen Warenverkehr. „Die Ueberführung der Staatsunternehmungen zur kaufmännischen Wirtschaftsführung,“ heißt es in der Resolution des Parteitages über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften, „gebiert unvermeidlich einen gewissen Interessengegensatz in den Arbeitsfragen zwischen den Arbeitern und den zuständigen Direktoren, die die Staatsunternehmungen verwalten, oder den Behörden, denen sie unterstehen.“ Jetzt, wo sich die Nep noch mehr entfaltet hat, wo die Klassenschichtung im Bauerntum sich verstärkt hat, wo eine neue Bourgeoisie entstanden ist und der Druck dieser Klassen auf den Arbeiterstaat unvergleichlich viel intensiver geworden ist, jetzt kommt wieder die alte Scholastik auf, die Lenin als „Intellektuellen - Gerede“ u. „abstrakte Betrachtungen“ stempelte, u. behauptet, die Arbeiter u. der Staat seien eins. Das heißt soviel, als im höchsten Stadium der Nep die Theorie der Verstaatlichung der Gewerkschaften wieder aufzurichten. Auf diese Weise kommen wir dazu, jede Forderung der Arbeiter an den Staat als Meuterei anzusehen; auf diese Weise binden wir die Arbeiterklasse an Händen und Füßen, während sich die kleinbürgerliche Demokratie entwickelt; wir öffnen den kleinbürgerlichen Elementen breit das Tor zum Arbeiterstaat und führen das Sowjetsystem zur Entartung.

Wir sehen, wie diese Theorie durch die Arbeiterpolitik des ZK. im Laufe der letzten Jahre tatsächlich verwirklicht wird. Bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mögen sie den objektiven Bedingungen oder den kleinbürgerlichen Fehlern des ZK. entspringen, werden von den Arbeitern Opfer verlangt und zwar angeblich für den sozialistischen Aufbau, für die „gemeinsamen Interessen aller Klassen“. Jeder Widerstand der Arbeiter dagegen wird als eine „Verteidigung von Zunftinteressen“ hingestellt. Wir haben gesehen, wie Gen. Stalin jetzt eine Theorie aufstellt, daß bei uns „nicht ein einziger großer Schritt getan wird, der nicht seitens einzelner Gruppen der Arbeiterklasse in dem Interesse der ganzen Arbeiterklasse unseres Landes manche Opfer fordert“, und daß „wir vor manchen unbedeutenden Opfern im Interesse der gesamten Arbeiterklasse nicht zurückschrecken dürfen“.

Die proletarische Partei bedarf keiner Beschönigungen der Wirklichkeit. Im Gegenteil, sie soll, wie es Lenin auch getan hat, die Arbeiterklasse genau und bestimmt darüber aufklären, welchen Grad der Annäherung an den Sozialismus wir tatsächlich erreicht haben, ohne auch nur die geringste Uebertreibung zuzulassen. Es ist nicht unsere Schuld, sondern unser Unglück, das die proletarische Partei nicht zu verbergen braucht, wenn die Arbeitskraft bei uns noch immer eine Ware geblieben ist. Und solange es so ist, darf man weder die Staatsunternehmungen mit dem Sozialismus, noch die Arbeiter mit dem Arbeiterstaat identifizieren. Vorläufig müssen wir bei der Leninschen Formulierung ihrer wechselseitigen Beziehungen verbleiben. Diese Formulierung, die die bestehenden Gegensätze wiedergibt und den Schlüssel zu ihrer Ueberwindung gibt, lautet: **„Es handelt sich darum, die Arbeiter zu ihrer Verteidigung gegen unsere unvollkommenen Unternehmungen und gegen unseren unvollkommenen Staat zu organisieren, und auch zur Verteidigung unserer unvollkommenen Unternehmungen und unseres unvollkommenen Staates gegen die Klassenfeinde zu organisieren.“**

Die theoretischen Erfindungen der neuen „Leninisten“, die sich jetzt als offizielle Parteiideologie aufspielen wollen, sind der Leninschen Lehre nicht ähnlicher, als der Marxismus der Führer der II. Internationale in der Vorkriegszeit der wirklichen Lehre von Marx gewesen ist.

1. Eine offensichtlich kleinbürgerliche Abweichung mit Bezug auf die Industrie, die zur Hemmung der Produktivkräfte des Landes, zum zunehmenden Mißverhältnis zwischen der Industrie und der Landwirtschaft, zum Wachstum der Arbeitslosigkeit und der parasitären Bourgeoisie geführt hat.

2. Eine Bedrückung der Arbeiter: niedriger Lohn bei hoher Arbeitsintensität, der zur Gegensätzlichkeit der Interessen des Sowjetstaates und der Arbeiterschaft geführt hat.

3. Eine im Wesen kulakische Linie auf dem Dorfe, die einerseits die Maßnahmen zur Entwicklung der sozialistischen Elemente in der Landwirtschaft völlig lahmlegt, andererseits den Klassenkampf gegen die Kulaken eindämmt.

4. Eine Bürokratisierung des Sowjetstaates bei gleichzeitiger Verstärkung des Einflusses der nicht proletarischen Klassen.

5. Eine schwankende Politik der Komintern, die in der Korruption der Einheitsfronttaktik bis zur Vereinigung mit dem Anglo-Russischen Komitee herabgesunken ist und die revolutionäre Taktik des Klassenkampfes in China aufgegeben hat.

6. Die Verleugnung der Leninschen Stellung in der Frage des Sozialismus in einem Lande, des Charakters der Wirtschaft in der Uebergangsperiode und des Charakters der nationalisierten Unternehmungen in der Uebergangsperiode, die tatsächlich den Uebergang zu der Position des „Nationalsozialismus“ und die Erklärung der Nep für Sozialismus bedeutet.

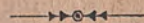
7. Ein innerparteiliches Regime, das die Aktivität des werktätigen Teiles der Partei unterdrückt, die Partei von den Massen der Arbeiterklasse loslöst, zur Korruption der Parteispitze führt und die Partei als Avantgarde des Proletariats zu liquidieren droht, indem es sie in ein Hilfsorgan des Staats verwandelt — alles das zeigt, daß die gegenwärtigen Parteiführer von den letzten Grenzen der proletarischen Positionen abgerutscht sind.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Partei schon entartet ist. Trotz der Politik des ZK., die das Wachsen der Industrialisierung der UdSSR. aus Angst vor dem Kleinbürgertum hemmt, wächst das Proletariat und seine Solidarität. Die Abwehr der kleinbürgerlichen Schwankungen seitens des werktätigen Teils der Partei verstärkt sich. Die Kampagnen gegen die Opposition haben immer weniger Erfolg. Angesichts der drohenden Gefahr der Entartung der proletarischen Diktatur muß die proletarische Partei sich dazu aufrufen, das innerparteiliche Regime von Grund auf zu verändern, wieder die Avantgarde des Proletariats zu werden, die gelockerte Verbindung mit ihm wieder herzustellen und mit ihm zusammen einen mächtigen Widerstand gegen den wachsenden Druck der kleinbürgerlichen Klassen zu organisieren. Unter dieser Parole müssen die Vorbereitungen zum XV. Parteitag vor sich gehen, der die klein-

bürgerlichen Abweichungen bekämpfen und ihnen eine feste proletarisch bolschewistische Linie gegenüberstellen muß.

Sawarjan, N.	Mitgl. d. bolschew. Partei seit	1906
Emeljanow (Kalin), W.	" " " " "	1910
Sapronow, T. W.	" " " " "	1910
Mino, M. N.	" " " " "	April 1917
Minkow, M. I.	" " " " "	1912
Smirnow, W. I.	" " " " "	1907
Charetschko, T.	" " " " "	1914
Oborin, W. P.	" " " " "	1904
Daschkowski, I. K.	" " " " "	März 1917
Schreiber, S.	" " " " "	1908
Smirnow, M.	" " " " "	April 1917
Dilipenko, F. I.	" " " " "	März 1917
Dune, F.	" " " " "	März 1917
Slidowker, A. L.	" " " " "	April 1917
Tidonow, L.	" " " " "	1917

Eigenhändige Unterschriften liegen bei. Für die Unterschrift des Gen. Sapronow ist seine Zustimmung erteilt worden.



Begleitschreiben der Unterzeichner.

An alle Mitglieder des ZK. der WKP.

Werte Genossen! Schon seit mehr als drei Jahren durchlebt die Partei eine Krisis. Die Meinungsverschiedenheiten um die sich die Diskussion im Jahre 1923 drehte, sind nicht im geringsten überwunden. Im Gegenteil, sie verbreitern sich und vertiefen sich immer mehr. Schon im Jahre 1925 zerfiel endgültig die Gruppe, die bis dahin die führende Rolle im Polbüro gespielt hatte. Von dieser Gruppe trennte sich die Leningrader Opposition, gegen die der übrig gebliebene Teil der früheren Gruppe einen ebenso erbitterten Kampf führt, wie gegen die Opposition des Jahres 1923. Im Jahre 1926 vollzog sich die Vereinigung der Oppositionen von 1923 und 1925. Gleichzeitig sind innerhalb der neuen führenden Gruppe wieder Meinungsverschiedenheiten zu beobachten, es ist eine neue Spaltung möglich. All dies zeigt augenscheinlich, daß die Partei sich im Zustande einer so tiefen Krisis befindet, wie sie sie seit der Revolution noch nicht erlebt hat. Und diese Krisis zur Entscheidung zu bringen, ist heute notwendiger als jemals.

In direktem Zusammenhang mit den letzten Mißerfolgen in China, die in hohem Grade durch die unrichtige Führung der chinesischen Revolution verursacht wurden, hat sich die internationale Situation schroff zugespitzt. Die Gefahr von Krieg und Intervention ist nicht zu bezweifeln. Der Krieg gegen die U. d. S. S. R. als den Staat der proletarischen Diktatur kann nicht ein gewöhnlicher Krieg eines Staates gegen einen andern sein. Er kann nur der Kampf der Bourgeoisie gegen das internationale Proletariat sein. Der Kampf gegen den internationalen Imperialismus, so wie er kriegerischen Charakter annimmt, ruft unvermeidlich die äußerste Verschärfung des Klassenkampfes in jedem der kämpfenden Länder hervor und schafft eine innere Front gleichzeitig mit der äußeren. Die entscheidende Rolle bei diesem Zusammenstoß wird die Verbindung mit der revolutionären Bewegung des Weltproletariats spielen. Es ist überflüssig zu sagen, daß in einem solchen Kampfe, wie auch in den historischen Kämpfen des Bürgerkriegs, der Teil der Partei, der sich jetzt in der Opposition befindet, nicht an letzter Stelle stehen wird. Aber der proletarische Klassenkampf, in welchen Formen er auch geführt werden möge, kann nur erfolgreich geführt werden, wenn an seiner Spitze eine einheitliche aktive mit der Arbeiterklasse eng verbundene Partei steht. Diese Einheitlichkeit, diese Aktivität besteht gegenwärtig nicht, das muß man offen sagen, um sie herbeizuführen. Die Krisis der Partei muß überwunden werden.

Das ZK. versucht, sie durch ein mechanisches Schlagen auf die Opposition zu lösen. Schriftstück folgt auf Schriftstück. Eine Kampagne gegen die Vorstöße der Opposition folgt der anderen. Die Genossen, die auf dem Standpunkt der Opposition stehen, werden aus dem Polbüro ausgeschlossen, und jetzt sind die Vorbereitungen im Gange, um sie auch aus dem Ekki und dem ZK auszuschließen — einige Monate vor dem Zusammentritt des Parteitages, wo auf normalem Wege ein neues ZK gewählt werden muß. Gegenüber den einfachen Mitgliedern der Partei, die die oppositionellen Anschauungen teilen, tragen die Verfolgungen noch erbitterteren Charakter, bis zum Ausschluß aus der Partei, ohne jede Rücksicht auf ihre revolutionären Verdienste, noch auf die Tatsache, daß sie Arbeiter vom Schraubstock sind. Schon haben die Verfolgungen gegen die Unterzeichner der Erklärung der 84 eingesetzt, die auf dem legalsten Parte Wege dem ZK. eingereicht worden ist. Die Oppositionellen werden vor das Parteigericht gestellt nur deswegen, weil sie auf Parteiversammlungen Meinungen geäußert haben, die mit dem Standpunkt des ZK nicht übereinstimmen. **Die Parteimitglieder werden so der elementarsten Parteirechte beraubt.** Ganz offen wird die öffentliche Meinung der Partei auf den Ausschluß der Oppositionellen vorbereitet

Das ist noch nicht alles. Im Kampf gegen die Opposition wendet das ZK unverhüllt außerparteiliche Maßnahmen an. Gleichzeitig wurde ein Fall Sinowjew geschaffen, weil er angeblich „an die Parteilosen appelliert“ hätte. „Ihr werdet auf der Börse lachen“, drohte unlängst auf einer Parteiversammlung in Charkow das Mitglied des Polbüros des ZK der KPSU, Genosse Postischew, der Opposition. „Wir werden Euch von der Arbeit wegnehmen“, schreckte sie in Moskau der Sekretär des M. K., Genosse Koteff. Man will die Opposition durch die Drohung mit Hunger zum Schweigen zwingen. **Das ZK greift offen zur Hilfe des Staatsapparates gegen die Parteimitglieder.**

Man muß blind sein, um nicht zu sehen, daß der Kampf gegen die Opposition mit diesen Methoden ein **Kampf gegen die Partei ist.** Das ZK gibt der unteren Parteimasse nicht die Möglichkeit, sich in den Meinungsverschiedenheiten zurecht zu finden. Die Anschauungen der Opposition kennt die Partei nur aus der verfälschenden Wiedergabe durch die ZK-Anhänger. Die Artikel und Reden der Genossen, die auf dem oppositionellen Standpunkt stehen, werden nicht gedruckt, und mitunter, wie es auf dem Aprilplenum des ZK bei der chinesischen Frage war, nicht einmal stenographiert. Selbst die Berichte über das Plenum des Ekki wurden entgegen allen Traditionen nicht in der Parteipresse veröffentlicht, und in einem kürzlich

für die Parteimitglieder herausgegebenen Teil der Diskussion ist die Rede des Genossen Trotzki nicht mitgedruckt unter dem Vorwand, daß er keine Zeit gefunden hätte, das Stenogramm zu korrigieren. Wenn man es den Oppositionellen nicht gestattet zu sprechen, so gestattet man den Parteimassen nicht zu wissen, worüber gestritten wird, so will man sie dadurch zwingen, den offiziellen Referenten aufs Wort zu glauben.

Die Parteimitglieder stimmen auf den Parteiversammlungen für das ZK (wenn sie sich nicht überhaupt um die Abstimmung drücken) unter der Drohung mit Repressalien. Es wird die berüchtigte „Einstimmigkeit“ geschaffen, dieser Schein einer Einstimmigkeit, der mit wirklicher Parteieinheit nichts gemein hat. Durch diesen Schein der Einheit wird die Zerstörung jeder Parteiaktivität erreicht. **Der Weg, den das ZK geht, ist nicht der Weg der Einheit, sondern der Weg der Parteizerstörung.** Außerdem ist er der Weg der vollständigen Verzerrung der Leninschen Methode der Parteiführung.

„Was muß man tun, um die schnellste und richtigste Heilung zu finden? Es ist nötig, daß alle Parteimitglieder mit vollständiger Ruhe und größter Ehrlichkeit **studieren:** erstens das Wesen der Meinungsverschiedenheiten, zweitens die Entwicklung der Parteikämpfe. Eins wie das andere muß studiert werden, wobei man die genauesten Dokumente gedruckt und von beiden Seiten beglaubigt studieren muß. Wer aufs Wort glaubt, der ist ein hoffnungsloser Idiot, den man mit einer Handbewegung abtut. Wenn keine Dokumente vorhanden sind, so ist eine genaue Befragung der Zeugen und Teilnehmer der beiden oder mehreren Seiten notwendig, und zwar ein Verhör und ein Verhör mit Zeugen“.

So stellte Lenin die Frage im Jahre 1921. Nicht anders muß man sie auch heute stellen. Die Parteimasse und in erster Linie die Arbeiterparteimasse ist das einzige Gericht, welches das Recht hat und auch allein die Fähigkeit hat, die schleichende Parteikrise zu entscheiden. Wenn man hinter dem Rücken der Parteimasse den oppositionellen Teil der Partei absägt, dem Hunderte und Tausende von Genossen zugehören, die durch das Feuer dreier Revolutionen gegangen sind, an den Fronten des Bürgerkriegs gelitten haben, den revolutionären Kampf des Proletariats geführt und in den schwersten Momenten an der Spitze der proletarischen Diktatur gestanden haben, so ist das kein Ausweg aus der Lage. Nur auf dem Leninschen Wege ist es möglich, die Partei zur wirklichen Einheit zurückzuführen; dies bedeutet vor allem größte Aktivität der gesamten Parteimasse und Bereitschaft, alle Opfer zu bringen für den Sieg der proletarischen Revolution und den internationalen Sozialismus.

Die Parteimasse hat das Recht zu fordern, und jede der streitenden Gruppen ist verpflichtet ihr vorzulegen, eine genaue und ausführliche Darlegung ihrer Anschauungen über alle strittigen Fragen. Diese unsere Pflicht erfüllen wir hiermit in dem beiliegenden Dokument. Auch das ZK. muß seine Pflicht gegenüber der Partei erfüllen.

Es muß der Partei nasse zur Kenntnisnahme vorlegen alle die Dokumente, darunter auch unseres, durch die sich die Parteimasse in der jetzigen schwierigen Situation zu recht finden kann. Es muß diese Dokumente abdrucken und sie an alle Parteiorganisationen schicken als Material zum XV. Parteitag, bis zu dessen Zusammentritt nur noch ungefähr 4 Monate sind. Das nächste Plenum des ZK muß der Besprechung der Tagesordnung des Kongresses gewidmet werden, der Kampagne zur Vorbereitung des Parteitages und den Materialien, die zum Parteitag hergestellt werden müssen. Wir sind überzeugt, daß man uns die Möglichkeit geben wird, auch auf dem Plenum eine Darlegung unserer Anschauungen zu geben.

Der XV. Parteitag wird nach einer zweijährigen Unterbrechung im Moment der schärfsten Parteikrise zusammentreten. Um so mehr muß er unter Bedingungen vorbereitet werden, die jede Möglichkeit der Terrorisierung der Partei, jeden Unterdrückungsversuch unmöglich machen. Die Wahlen zum Parteitag müssen in voller Uebereinstimmung mit dem Parteistatut und mit den bolschewistischen Traditionen durchgeführt werden, auf Grund ausführlicher Diskussionen über die wichtigsten Fragen der ganzen Partei. Nur dann können seine Beschlüsse richtig und autoritativ sein.

27. Juni 1927.